

## **Antwort**

### **der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Clara Bünger, Nicole Gohlke, Anke Domscheit-Berg, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.  
– Drucksache 20/7833 –**

### **Ergänzende Informationen zur Asylstatistik für das erste Halbjahr 2023**

#### Vorbemerkung der Fragesteller

Die von der Fraktion DIE LINKE. regelmäßig erfragten ergänzenden Informationen zur Asylstatistik des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) beleuchten ausgewählte Aspekte, die sonst kaum Beachtung finden. So ist wenig bekannt, dass die Anerkennungsquote bei inhaltlichen Asylentscheidungen weitaus höher liegt als die offiziellen Zahlen vermuten lassen. Die sogenannte bereinigte Schutzquote, bei der formelle Entscheidungen des BAMF, die keine inhaltliche Bewertung des Schutzgesuchs enthalten, unberücksichtigt bleiben, lag im Jahr 2022 auf einem Rekord-Hoch bei 72,3 Prozent, gegenüber der vom BAMF und der Bundesregierung verwandten (unbereinigten) Schutzquote in Höhe von 56,2 Prozent (vgl. hierzu und zum Folgenden, soweit nicht anders angegeben, Bundestagsdrucksache 20/5709).

Zu den Anerkennungen durch das BAMF kommen Anerkennungen durch die Gerichte nach einer zunächst negativen Entscheidung im Asylverfahren hinzu; gegen 88,1 Prozent aller („einfach“) ablehnenden BAMF-Bescheide wurde im Jahr 2022 geklagt. Mehr als die Hälfte der Klagen (52,4 Prozent) endete 2022 mit einer „sonstigen Verfahrenserledigung“ (Angaben zu Gerichtsverfahren ohne Dezember 2022), z. B. wenn Verfahren von mehreren Familienangehörigen zusammengelegt werden, wenn eine Klage nicht weiterverfolgt oder wenn ein Schutzstatus im Einvernehmen mit dem BAMF erteilt wird. „Sonstige Verfahrenserledigungen“ erfolgen nicht etwa überwiegend in Fällen mit schlechten Erfolgsaussichten, wie die wichtigsten betroffenen Herkunftsländer zeigen: Afghanistan, Syrien und der Irak. Auch wenn ein Gericht entscheidet, dass das Asylverfahren in Deutschland durchgeführt werden muss, gilt dies als „sonstige Erledigung“ (vgl. Antwort zu Frage 26 auf Bundestagsdrucksache 19/4961), obwohl den klagenden Asylsuchenden in diesen Fällen Recht gegeben wurde. Die Bundesregierung räumte auf Nachfrage ein (vgl. Antwort zu Frage 18 auf Bundestagsdrucksache 19/22023), dass „sonstige Verfahrenserledigungen“ der Gerichte keine Aussage zur Schutzbedürftigkeit der Betroffenen beinhalten und nicht als Bestätigung der Entscheidungen des BAMF gewertet werden können.

Werden diese formellen Erledigungen außer Betracht gelassen und nur inhaltliche Entscheidungen der Gerichte betrachtet, ergibt sich nach Berechnung der Fragestellenden eine bereinigte Erfolgsquote von Asylsuchenden im Klage-

verfahren im Jahr 2022 in Höhe von 37 Prozent. 2020 lag der Wert bei 31,2 Prozent, das BAMF gab demgegenüber eine Aufhebungsquote in Höhe von nur 16,6 Prozent an (Gerichtsstatistik 2020, [www.bamf.de](http://www.bamf.de)), weil sonstige Erledigungen wie eine Bestätigung der Bescheide gezählt wurden. Bei afghanischen Geflüchteten lag die bereinigte Erfolgsquote im Klageverfahren 2022 sogar bei 94,8 Prozent, d. h., fast alle überprüften BAMF-Bescheide erwiesen sich als rechtswidrig. Hohe Aufhebungsquoten gab es auch in Bezug auf Schutzsuchende aus dem Iran (42,7 Prozent) und Somalia (61,5 Prozent). Hinzu kommen Korrekturen durch das BAMF, die oft auf Anregung der Gerichte geschehen oder auf geänderten Lageeinschätzungen beruhen. In absoluten Zahlen heißt das: 37 286 vom BAMF zunächst abgelehnte Asylsuchende erhielten im Jahr 2022 doch noch einen Schutzstatus, 16 478 durch Entscheidungen der Gerichte (ohne Dezember 2022), 7 015 durch Abhilfeentscheidungen des BAMF, 11 629 im Rahmen von Folgeanträgen und 2 164 aus „sonstigen Gründen“.

Die Spannbreite der bereinigten Schutzquoten unterschiedlicher Außenstellen des BAMF in Bezug auf einzelne Herkunftsländer ist groß: Bei irakischen Schutzsuchenden beispielsweise lag sie im Jahr 2022, je nach Standort, zwischen 2,3 und 71 Prozent, bei iranischen zwischen 24,5 und 79,2 Prozent, bei türkischen zwischen 5 und 90 Prozent und bei Asylsuchenden aus der russischen Föderation zwischen 3,7 und 60 Prozent. Das Forschungszentrum des BAMF nannte u. a. folgende Erklärungen für eine abweichende Entscheidungspraxis innerhalb des BAMF: ein besonderes „Mikroklima“ in der jeweiligen Organisationseinheit, die Zusammensetzung des Personals und lokale Auslegungen von Leitsätzen. Das wurde von der Bundesregierung zunächst als „hypothetisch“ bewertet (Antwort zu Frage 5 auf Bundestagsdrucksache 19/6786), auf Nachfrage (Antwort zu Frage 4f auf Bundestagsdrucksache 19/18498) hieß es dann, dass Qualitätssicherungsmaßnahmen und Schutzquotenüberprüfungen „den hypothetischen lokalen (Fehl-)Entwicklungen entgegenwirken bzw. diese verhindern sollen“.

Viele Anerkennungen erfolgen im Rahmen des Familienschutzes, d. h., es geht um Angehörige von in Deutschland bereits anerkannten Flüchtlingen, hierunter auch Personen, die meist im Wege des Familiennachzugs legal eingereist sind (Antwort zu Frage 2b auf Bundestagsdrucksache 19/13945). Beim Schutz nach der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) lag der Anteil des Familienschutzes im Jahr 2022 bei 67 Prozent (2021: 82,9 Prozent, 2019: 80,6 Prozent, 2017: 24,5 Prozent, 2015: 2,2 Prozent). Werden diese Anerkennungen für Familienangehörige außer Betracht gelassen, zeigt sich, dass z. B. syrischen Asylsuchenden im Jahr 2015 zu 99,7 Prozent vom BAMF ein Schutz nach der GFK zugesprochen wurde, im ersten Halbjahr 2020 aber nur noch zu knapp 5 Prozent (vgl. Valentin Feneberg und Sebastian Pukrop: „Zur Asyl- und Gerichtsstatistik des BAMF“, in: ASYLMAGAZIN 10–11/2020, S. 356). Die meisten GFK-Status werden also an Familienangehörige infolge einer früheren Spruchpraxis des BAMF erteilt, die aktuelle Entscheidungspraxis hingegen ist restriktiver, häufiger wird z. B. nur subsidiärer Schutz gewährt.

Bei vielen Asylsuchenden in Deutschland handelt es sich um Kinder und Jugendliche: 2022 lag der Anteil der unter 18-jährigen Asylsuchenden bei 37,3 Prozent (2021: 49,4 Prozent), 3,3 Prozent aller Asylsuchenden waren unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. 24 791 Asylanträge (11,4 Prozent aller Anträge; 2021: 17,5 Prozent, 2020: 25,9 Prozent) wurden für in Deutschland geborene Kinder von Geflüchteten (Asylsuchenden, anerkannten Flüchtlingen, Personen mit humanitärer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 5 des Aufenthaltsgesetzes – AufenthG) gestellt. Das Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) benennt vor diesem Hintergrund seit Januar 2020 die Zahl der „grenzüberschreitenden Asylerstanträge“, bei der Anträge für hier geborene Kinder nicht berücksichtigt werden (<https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2020/01/asylzahlen-jahr-2019.html>).

1. a) Wie hoch war die Gesamtschutzquote (Anerkennungen nach Artikel 16a des Grundgesetzes [GG], nach § 60 Absatz 1 des Aufenthaltsgesetzes in Anwendung der Genfer Flüchtlingskonvention, subsidiärer Schutz und Abschiebungshindernisse) in der Entscheidungspraxis des BAMF im ersten Halbjahr 2023 bzw. im zweiten Quartal 2023 (bitte jeweils in absoluten und relativen Zahlen angeben und für die 15 wichtigsten Herkunftsländer gesondert darstellen, bitte für jedes dieser Länder in relativen Zahlen angeben, wie viele Asylsuchende Schutz nach Artikel 16a GG, nach § 60 Absatz 1 AufenthG in Anwendung der GFK, einen subsidiären Schutzstatus bzw. nationalen Abschiebungsschutz zugesprochen bekommen haben, bitte in einer weiteren Tabelle nach Art der Anerkennung differenzieren: Asylberechtigung [darunter Familienasyl], internationaler Flüchtlingsschutz [darunter Familienschutz], subsidiärer Schutz [darunter Familienschutz], nationale Abschiebungsverbote – bitte jeweils so differenziert wie möglich darstellen und in jedem Fall Angaben zu den Herkunftsländern Algerien, Marokko, Tunesien, Georgien, Moldawien, Ukraine, Belarus, Russische Föderation sowie zu allen sicheren Herkunftsstaaten machen)?
- b) Wie hoch war in den genannten Zeiträumen jeweils die „bereinigte Gesamtschutzquote“, d. h. die Quote der Anerkennungen bezogen auf tatsächlich inhaltliche und nicht formelle Entscheidungen (bitte wie zu Frage 1a differenzieren), und welche näheren Angaben lassen sich zu den Gründen sonstiger Verfahrenserledigungen in den genannten Zeiträumen machen?

Die Fragen 1a und die Quote zu 1b werden wegen ihres Sachzusammenhangs zusammen beantwortet.

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden. Vorsorglich wird darauf hingewiesen, dass durch Heranziehen der erfragten sog. bereinigten Gesamtschutzquote (Quote zu Frage 1b) etwaige Bleibeperspektiven von Staatsangehörigen der unten genannten Staaten nicht hergeleitet oder begründet werden können, da die formellen Ablehnungen von Asylanträgen bei einer derartigen Quotenberechnung nicht berücksichtigt werden. Formelle Ablehnungen führen ebenso wie materiell entschiedene Asylabelhnungen im Regelfall zu einer Ausreisepflicht. Maßgeblich für die Feststellung einer etwaigen Bleibeperspektive ist daher die Gesamtschutzquote, die alle ablehnenden Asylentscheidungen berücksichtigt.

1. Halbjahr 2023	Asylberechtigung Art 16a GG		Flüchtlingsschutz § 3 I AsylG		Subsidiärer Schutz § 4 I AsylG		Abschiebungsverbot § 60 V und VII AufenthG		Gesamtschutz		Quote zu Frage 1b
	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	Anteil
Herkunftsländer gesamt	924	0,7 %	20.427	15,4 %	35.235	26,5 %	11.954	9,0 %	68.540	51,6 %	71,3 %
darunter:											
Syrien	68	0,1 %	5.754	12,6 %	32.863	71,7 %	169	0,4 %	38.854	84,8 %	100,0 %
Afghanistan	249	1,0 %	7.281	29,4 %	691	2,8 %	10.192	41,1 %	18.413	74,3 %	99,1 %
Türkei	148	1,4 %	1.304	12,7 %	68	0,7 %	27	0,3 %	1.547	15,0 %	21,9 %
Iran	70	2,0 %	777	21,7 %	86	2,4 %	36	1,0 %	969	27,1 %	48,4 %
Irak	-	-	1.129	15,4 %	276	3,8 %	351	4,8 %	1.756	23,9 %	33,3 %
Georgien	-	-	7	0,1 %	1	0,0 %	14	0,3 %	22	0,5 %	0,6 %
Russische Föderation	42	1,5 %	124	4,4 %	59	2,1 %	5	0,2 %	230	8,2 %	33,4 %
Somalia	39	1,9 %	896	42,7 %	204	9,7 %	501	23,9 %	1.640	78,2 %	93,8 %
Eritrea	61	3,1 %	1.354	68,6 %	240	12,2 %	38	1,9 %	1.693	85,8 %	91,0 %
Ungeklärt	32	1,6 %	832	40,5 %	222	10,8 %	40	1,9 %	1.126	54,8 %	77,1 %
Venezuela	14	1,6 %	14	1,6 %	15	1,7 %	119	13,6 %	162	18,5 %	19,3 %
Nordmazedonien	-	-	1	0,0 %	-	-	-	-	1	0,0 %	0,1 %

1. Halbjahr 2023	Asylberechtigung Art 16a GG		Flüchtlingsschutz § 3 I AsylG		Subsidiärer Schutz § 4 I AsylG		Abschiebungsverbot § 60 V und VII AufenthG		Gesamtschutz		Quote zu Frage 1b
	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	Anteil
Kolumbien	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Indien	-	-	1	0,1 %	-	-	-	-	1	0,1 %	0,3 %
Guinea	31	3,7 %	163	19,5 %	42	5,0 %	25	3,0 %	261	31,2 %	53,3 %
Albanien	-	-	2	0,2 %	2	0,2 %	5	0,5 %	9	0,8 %	1,3 %
Bosnien und Herzegowina	-	-	1	0,2 %	-	-	1	0,2 %	2	0,4 %	0,9 %
Ghana	-	-	1	0,6 %	-	-	-	-	1	0,6 %	1,1 %
Kosovo	-	-	1	0,3 %	-	-	1	0,3 %	2	0,6 %	1,6 %
Montenegro	-	-	-	-	1	0,8 %	2	1,6 %	3	2,4 %	5,8 %
Senegal	-	-	3	4,2 %	-	-	4	5,6 %	7	9,7 %	21,2 %
Serbien	-	-	-	-	3	0,2 %	-	-	3	0,2 %	0,3 %
Algerien	-	-	13	1,3 %	6	0,6 %	1	0,1 %	20	1,9 %	6,1 %
Marokko	-	-	18	2,6 %	19	2,7 %	5	0,7 %	42	6,0 %	15,6 %
Tunesien	4	0,4 %	10	1,0 %	-	-	1	0,1 %	15	1,4 %	4,5 %
Moldau, Republik	-	-	1	0,1 %	2	0,1 %	2	0,1 %	5	0,3 %	0,6 %
Ukraine	4	3,1 %	2	1,6 %	7	5,5 %	1	0,8 %	14	10,9 %	93,3 %
Belarus	7	3,5 %	13	6,4 %	-	-	2	1,0 %	22	10,9 %	25,6 %

2. Quartal 2023	Asylberechtigung Art 16a GG		Flüchtlingsschutz § 3 Absatz 1 AsylG		Subsidiärer Schutz § 4 Absatz 1 AsylG		Abschiebungsverbot § 60 Absätze 5 und 7 AufenthG		Gesamtschutz		Quote zu Frage 1b
	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	Anteil
Herkunftsländer gesamt	496	0,7 %	10.952	16,5 %	17.698	26,7 %	4.574	6,9 %	33.720	51,0 %	71,6 %
darunter:											
Syrien	35	0,2 %	2.690	11,6 %	16.597	71,8 %	117	0,5 %	19.439	84,1 %	100,0 %
Afghanistan	144	1,2 %	4.780	39,1 %	276	2,3 %	3.655	29,9 %	8.855	72,4 %	99,2 %
Türkei	76	1,5 %	585	11,2 %	38	0,7 %	18	0,3 %	717	13,7 %	20,5 %
Iran	28	1,5 %	382	20,3 %	40	2,1 %	14	0,7 %	464	24,7 %	49,0 %
Georgien	-	-	3	0,1 %	1	0,0 %	5	0,2 %	9	0,4 %	0,5 %
Irak	-	-	468	14,4 %	115	3,5 %	176	5,4 %	759	23,3 %	33,7 %
Russische Föderation	22	1,3 %	69	4,1 %	43	2,6 %	4	0,2 %	138	8,2 %	35,9 %
Somalia	20	1,9 %	473	45,1 %	86	8,2 %	231	22,0 %	810	77,2 %	95,3 %
Eritrea	37	3,8 %	667	67,8 %	131	13,3 %	19	1,9 %	854	86,8 %	91,7 %
Ungeklärt	20	1,9 %	374	35,9 %	130	12,5 %	15	1,4 %	539	51,8 %	76,0 %
Jemen	3	1,0 %	21	7,2 %	113	38,6 %	7	2,4 %	144	49,1 %	55,8 %
Kolumbien	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Nordmazedonien	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Venezuela	1	0,2 %	9	1,5 %	6	1,0 %	73	12,3 %	89	15,0 %	15,8 %
Guinea	23	5,1 %	80	17,6 %	19	4,2 %	13	2,9 %	135	29,7 %	52,9 %
Albanien	-	-	1	0,2 %	1	0,2 %	3	0,6 %	5	0,9 %	1,6 %
Bosnien und Herzegowina	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Ghana	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Kosovo	-	-	1	0,7 %	-	-	1	0,7 %	2	1,4 %	2,9 %
Montenegro	-	-	-	-	-	-	2	3,9 %	2	3,9 %	10,5 %
Senegal	-	-	-	-	-	-	1	2,9 %	1	2,9 %	6,3 %
Serbien	-	-	-	-	1	0,1 %	-	-	1	0,1 %	0,2 %
Algerien	-	-	8	1,5 %	3	0,5 %	1	0,2 %	12	2,2 %	7,2 %

2. Quartal 2023	Asylberechtigung Art 16a GG		Flüchtlingsschutz § 3 Absatz 1 AsylG		Subsidiärer Schutz § 4 Absatz 1 AsylG		Abschiebungsverbot § 60 Absätze 5 und 7 AufenthG		Gesamtsschutz		Quote zu Frage 1b
	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	Anteil
Marokko	-	-	10	2,7 %	7	1,9 %	1	0,3 %	18	4,9 %	12,8 %
Tunesien	2	0,4 %	3	0,6 %	-	-	-	-	5	0,9 %	3,0 %
Moldau, Republik	-	-	1	0,1 %	1	0,1 %	1	0,1 %	3	0,4 %	0,9 %
Ukraine	-	-	1	1,3 %	4	5,3 %	-	-	5	6,7 %	83,3 %
Belarus	5	4,6 %	7	6,5 %	-	-	-	-	12	11,1 %	24,0 %

1. Halbjahr 2023			Quote zu Frage 1b	
	absolut	Anteil	Anteil	
Asylberechtigung	924	0,7 %	1,0 %	
darunter Familienschutz	309	0,2 %	0,3 %	
Flüchtlingsschutz (§ 3 I AsylG)	20.427	15,4 %	21,3 %	
darunter Familienschutz	12.075	9,1 %	12,6 %	
Subsidiärer Schutz nach				
§ 4 I Nr. 1 AsylG	26	0,0 %	0,0 %	
§ 4 I Nr. 2 AsylG	31.108	23,4 %	32,4 %	
§ 4 I Nr. 3 AsylG	251	0,2 %	0,3 %	
§ 4 I AsylG Familienschutz	3.850	2,9 %	4,0 %	
Summe subsidiärer Schutz	35.235	26,5 %	36,7 %	
Abschiebungsverbot nach				
§ 60 V AufenthG	11.840	8,9 %	12,3 %	
§ 60 VII AufenthG	114	0,1 %	0,1 %	
Summe Abschiebungsverbot	11.954	9,0 %	12,4 %	
Gesamtsschutz	68.540	51,6 %	71,3 %	

2. Quartal 2023			Quote zu Frage 1b	
	absolut	Anteil	Anteil	
Asylberechtigung	496	0,7 %	1,1 %	
darunter Familienschutz	181	0,3 %	0,4 %	
Flüchtlingsschutz (§ 3 I AsylG)	10.952	16,5 %	23,3 %	
darunter Familienschutz	6.280	9,5 %	13,3 %	
Subsidiärer Schutz nach				
§ 4 I Nr. 1 AsylG	9	0,0 %	0,0 %	
§ 4 I Nr. 2 AsylG	15.721	23,8 %	33,4 %	
§ 4 I Nr. 3 AsylG	125	0,2 %	0,3 %	
§ 4 I AsylG Familienschutz	1.843	2,8 %	3,9 %	
Summe subsidiärer Schutz	17.698	26,7 %	37,6 %	
Abschiebungsverbot nach				
§ 60 V AufenthG	4.515	6,8 %	9,6 %	
§ 60 VII AufenthG	59	0,1 %	0,1 %	
Summe Abschiebungsverbot	4.574	6,9 %	9,7 %	
Gesamtsschutz	33.720	51,0 %	71,6 %	

Nähere Angaben zu den Gründen sonstiger Verfahrenserledigungen für die genannten Zeiträume können den folgenden Tabellen entnommen werden.

1. Halbjahr 2023 Entscheidungskategorie	
Abschiebung vor Entscheidung	1
Antrag nicht weiter bearbeitet	6
Einstellung wg. § 33 I u. II, § 32a II AsylG	2.999
nicht erforderlich, Dublin	130
sonstige Einstellung	2.188

1. Halbjahr 2023 Entscheidungskategorie	
Unzulässig (§ 29 I Nr. 1 AsylG)	21.839
Unzulässig (§ 29 I Nr. 2 AsylG)	2.247
Unzulässig (§ 29 I Nr. 3 AsylG)	14
Unzulässig (§ 29 I Nr. 4 AsylG)	3
Unzulässig (kein Zweitverf. § 29 I Nr. 5 AsylG)	844
Unzulässig (kein Folgeverf. § 29 I Nr. 5 AsylG)	6.395

2. Quartal 2023 Entscheidungskategorie	
Einstellung wg. § 33 I u. II, § 32a II AsylG	1.593
nicht erforderlich, Dublin	68
sonstige Einstellung	1.135
Unzulässig (§ 29 I Nr. 1 AsylG)	11.705
Unzulässig (§ 29 I Nr. 2 AsylG)	1.414
Unzulässig (§ 29 I Nr. 3 AsylG)	7
Unzulässig (§ 29 I Nr. 4 AsylG)	1
Unzulässig (kein Zweitverf. § 29 I Nr. 5 AsylG)	381
Unzulässig (kein Folgeverf. § 29 I Nr. 5 AsylG)	2.809

- c) Wie lautet die Antwort der Bundesregierung zu Frage 1c auf Bundestagsdrucksache 20/4019, wenn sie berücksichtigt, dass es in der Frage nicht um die „Beurteilung der Bleibeperspektive“ ging, wie von ihr in der Antwort unterstellt wurde, sondern um „den Grad der Schutzbedürftigkeit“ von Asylsuchenden – und dann ist nach Auffassung der Fragestellenden sehr wohl die bereinigte Schutzquote aussagekräftiger, wie in der Frage dargelegt (bitte begründet ausführen)?

Wird die Bundesregierung hierbei berücksichtigen, dass auch bei den Asylstatistiken von Eurostat Entscheidungen zu Dublin-Verfahren, Verfahrenseinstellungen und Rücknahmen bei der Berechnung der Schutzquote nicht als Entscheidungen gezählt werden (vgl. <https://www.bamf.de/DE/Themen/Statistik/Asylzahlen/asylzahlen-node.html>), sodass im Ergebnis die vom BAMF bzw. von Eurostat zu Deutschland verbreiteten Schutzquoten auseinanderfallen, was nach Auffassung der Fragestellenden Irritationen und Fragen hervorrufen kann; bitte begründen), und wie lauteten diese auseinanderfallenden Schutzquoten des BAMF bzw. von Eurostat für die letzten zehn Jahre (bitte nach Jahren auflisten)?

Zur ersten Teilfrage:

Über die Frage, ob in Deutschland einer Person Schutz im Rahmen des Asylverfahrens gewährt wird, entscheidet das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Nach formellen Entscheidungen erhalten diese Personen in Deutschland im Regelfall keinen Schutz, z. B. weil der Asylantrag zurückgenommen oder das Asylverfahren nicht mehr betrieben wurde, oder weil bereits in einem anderen Dublin-Staat über die Schutzbedürftigkeit der betroffenen Person entschieden und ggf. ein Schutz dort gewährt wurde. Dieser Personenkreis hat insoweit im Grundsatz keine Bleibeperspektive in Deutschland, analog zu den Personen, die im Rahmen des Asylverfahrens eine materielle Ablehnung erhalten haben. Eine Schutzbedürftigkeit, die einen Verbleib in Deutschland erforderlich machen würde, besteht demnach auch bei formellen Asylablehnungen im Regelfall nicht. Im Übrigen wird hierzu auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 1c der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 20/4019 verwiesen.

Zur zweiten Teilfrage:

Die nationale Asylstatistik in Deutschland und die EU-bezogenen Asyldaten des Statistikamtes der Europäischen Union (EUROSTAT) haben unterschiedli-

che Zielsetzungen und auch unterschiedliche Verantwortlichkeiten, die sich ggf. in voneinander abweichenden Statistiken manifestieren können. Die in der Fragestellung formulierte Auffassung der Fragestellenden wird von der Bundesregierung insoweit nicht geteilt.

Die erfragten Schutzquoten des BAMF sind öffentlich verfügbar und können z. B. unter folgendem Link beim BAMF abgerufen werden (Das Bundesamt in Zahlen 2022 – Modul Asyl – S. 37): [www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Staistik/BundesamtinZahlen/bundesamt-in-zahlen-2022-asyl.html](http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Staistik/BundesamtinZahlen/bundesamt-in-zahlen-2022-asyl.html).

Die in der Fragestellung angeführten und von EUROSTAT ggf. veröffentlichten Schutzquoten liegen in der alleinigen Zuständigkeit von EUROSTAT. Seitens der Bundesregierung werden diesbezüglich keine eigenen Statistiken geführt. Insofern wird auf diesbezügliche Veröffentlichungen von EUROSTAT (z. B. EUROSTAT-Datenbank) verwiesen.

- d) Ist die Bundesregierung bereit, ihre zu Frage 1d auf Bundestagsdrucksache 20/4019 geäußerte ablehnende Haltung zur Einführung einer Verlaufsstatistik zu Schutzquoten unter Berücksichtigung korrigierender BAMF- oder Gerichtsentscheidungen zu überdenken, wenn sie in Betracht zieht, dass z. B. eine Schutzquote zu Fällen berechnet werden könnte, in denen eine bestands- bzw. rechtskräftige Entscheidung ergangen ist – diese Quote könnte nach Auffassung der Fragestellenden eine belastbare Einschätzung dazu ermöglichen, in welchem Umfang Schutzsuchende auch unter Berücksichtigung korrigierender Behörden- oder Gerichtsentscheidungen, was angesichts z. T. hoher Fehlerquoten beim BAMF (siehe Vorbemerkung der Fragesteller) nach Auffassung der Fragestellenden wichtig wäre, als schutzbedürftig angesehen werden können?

Wird die Bundesregierung hierbei berücksichtigen, dass Deutschland für die Erstellung von EU-Statistiken ohnehin Angaben zu sogenannten endgültigen Entscheidungen in Asylverfahren machen muss (vgl. Artikel 4 Absatz 3 der Verordnung Nummer 862/2007 vom 11. Juli 2007; allerdings liegen infolgedessen nur getrennte Statistiken zur ersten bzw. endgültigen Asylinstanz vor, die keine personengebundene Verlaufsstatistik darstellen, sodass diese statistischen Angaben nach Auffassung der Fragestellenden nur einen eingeschränkten Wert haben; bitte begründen)?

Die Bundesregierung hat in den Bundestagsdrucksachen 20/4019 und 20/5709 jeweils zu Frage 1d nach eigener Auffassung auch bei Berücksichtigung der vorliegenden Fragestellung hinreichend begründet, warum die Einführung einer Verlaufsstatistik zu „Schutzquoten unter Einbeziehung von Gerichtsentscheidungen“ als nicht zielführend zu bewerten ist. Insoweit wird auf die Antworten der Bundesregierung jeweils zu Frage 1d der Kleinen Anfragen der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksachen 20/4019 und 20/5709, verwiesen. Im Übrigen übermittelt Deutschland statistische Daten an EUROSTAT unter Beachtung der gesetzlichen Vorgaben.

2. a) Wie viele der Anerkennungen nach § 3 Absatz 1 des Asylgesetzes (AsylG) in Anwendung der GFK im ersten Halbjahr 2023 bzw. im zweiten Quartal 2023 beruhten auf staatlicher, nichtstaatlicher bzw. geschlechtsspezifischer Verfolgung bzw. waren Familienflüchtlingsschutzstatus (bitte in absoluten und relativen Zahlen und noch einmal gesondert nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern angeben)?

Angaben zu Entscheidungen aufgrund staatlicher, nichtstaatlicher bzw. geschlechtsspezifischer Verfolgung werden nur für Entscheidungen nach § 3 Ab-

satz 1 des Asylgesetzes (AsylG) erfasst und können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

1. Halbjahr 2023	Gewährung von Flüchtlingsschutz nach § 3 I AsylG					
		Familien- flüchtlings- schutz nach § 26 V AsylG	staatliche Verfolgung		nichtstaatliche Verfolgung	
				davon geschlechts- spez. Verfolgung		davon geschlechts- spez. Verfolgung
Herkunftsländer gesamt	20.427	12.075	5.547	1.720	2.281	1.217
darunter:						
Syrien	5.754	5.216	462	67	20	8
Afghanistan	7.281	2.426	3.271	1.242	1.383	526
Türkei	1.304	475	798	94	23	23
Iran	777	282	458	123	16	11
Irak	1.129	974	27	16	118	67
Georgien	7	0	7	3	0	0
Russische Föd.	124	38	81	42	4	4
Somalia	896	444	16	14	378	352
Eritrea	1.354	1.339	5	1	6	6
Ungeklärt	832	414	202	26	84	6
Venezuela	14	2	5	1	5	5
Nordmazedonien	1	0	1	0	0	0
Kolumbien	0	0	0	0	0	0
Indien	1	0	0	0	1	1
Guinea	163	82	3	3	68	68

2. Quartal 2023	Gewährung von Flüchtlingsschutz nach § 3 I AsylG					
		Familien- flüchtlings- schutz nach § 26 Absatz 5 AsylG	staatliche Verfolgung		nichtstaatliche Verfolgung	
				davon geschlechts- spez. Verfolgung		davon geschlechts- spez. Verfolgung
Herkunftsländer gesamt	10.952	6.280	3.220	1.191	1.156	607
darunter:						
Syrien	2.690	2.401	250	36	7	1
Afghanistan	4.780	1.759	2.123	943	765	290
Türkei	585	232	340	44	11	11
Iran	382	123	243	67	7	5
Georgien	3	0	3	3	0	0
Irak	468	416	12	8	39	30
Russische Föd.	69	18	49	33	2	2
Somalia	473	247	9	7	179	169
Eritrea	667	665	2	1	0	0
Ungeklärt	374	180	101	14	30	4
Jemen	21	5	9	3	6	3
Kolumbien	0	0	0	0	0	0
Nordmazedonien	0	0	0	0	0	0
Venezuela	9	1	2	0	4	4
Guinea	80	39	1	1	33	33

- b) Wie viele der Anerkennungen im ersten Halbjahr 2023 waren Schutzstatus nach § 26 AsylG für Familienangehörige bereits Anerkannter (bitte jeweils nach dem Bezugsstatus – Asylberechtigung, Flüchtlingsstatus nach der GFK bzw. subsidiärer Schutz – differenzieren), und wie viele dieser erteilten Status betrafen in Deutschland geborene Kinder (bitte nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

1. Halbjahr 2023	§ 26 AsylG Anerkennung		§ 3 I AsylG Familienschutz		§ 4 I AsylG Familienschutz	
		davon in DE geborene Kinder		davon in DE geborene Kinder		davon in DE geborene Kinder
Herkunftsländer gesamt	309	84	12.075	6.096	3.850	2.154
darunter:						
Syrien	39	13	5.216	3.300	2.781	1.627
Afghanistan	53	13	2.426	550	190	99
Türkei	64	13	475	155	47	7
Iran	20	4	282	111	22	2
Irak	0	0	974	687	194	107
Georgien	0	0	0	0	0	0
Russische Föderation	10	4	38	14	31	6
Somalia	7	3	444	208	121	63
Eritrea	54	19	1.339	584	201	112
Ungeklärt	9	1	414	231	109	46
Venezuela	5	1	2	1	2	1
Nordmazedonien	0	0	0	0	0	0
Kolumbien	0	0	0	0	0	0
Indien	0	0	0	0	0	0
Guinea	0	0	82	48	13	9

- c) Wie viele der Asylsuchenden im ersten Halbjahr 2023 verfügten zum Zeitpunkt der Asylantragstellung über einen rechtmäßigen Aufenthaltstitel (welchen?) oder eine Duldung (bitte auch nach den zehn wichtigsten Herkunftsstaaten differenzieren), und wie viele Personen verfügten zuletzt über einen Aufenthaltstitel zur Familienzusammenführung mit einem Schutzberechtigten?

Zum Stichtag vom 30. Juni 2023 waren im Ausländerzentralregister (AZR) 9 932 Personen erfasst, die im ersten Halbjahr 2023 einen Asylantrag gestellt haben, während sie einen gültigen Aufenthaltstitel oder eine gültige Duldung besaßen. 2 371 Personen verfügten zum Zeitpunkt ihrer Asylantragstellung über einen gültigen Aufenthaltstitel zur Familienzusammenführung mit einem Schutzberechtigten. Die weiteren Angaben können den nachstehenden Tabellen entnommen werden.

Asylantragstellung, während ein gültiger Titel oder eine Duldung vorlagen	1. Halbjahr 2023 gesamt
Gesamt	9.932
darunter	
Syrien	3.645
Afghanistan	2.100
Irak	451
Türkei	436
Iran	385

Asylantragstellung, während ein gültiger Titel oder eine Duldung vorlagen	1. Halbjahr 2023 gesamt
Eritrea	363
Somalia	337
Ungeklärt	285
Nordmazedonien	228
Russische Föderation	226

Asylantragstellung, während ein gültiger Titel oder eine Duldung vorlagen	1. Halbjahr 2023 gesamt
Gesamt	9.932
davon	
Aufenthaltserlaubnis (AE) – Erwerbstätigkeit	28
AE – familiäre Gründe	3.331
AE – völkerrechtliche, humanitäre, politische Gründe	614
AE – Besondere Aufenthaltsrechte	94
AE – Ausbildung	204
EU-Aufenthaltsrechte	4
Duldungen	5.657

1. Halbjahr 2023	Asylberechtigung Art. 16a GG	Flüchtlingsschutz § 3 I AsylG	Subsidiärer Schutz § 4 I AsylG
Anerkennungen im Rahmen des Familienschutzes insgesamt	924	20.427	35.235
darunter:			
Syrien	68	5.754	32.863
Afghanistan	249	7.281	691
Türkei	148	1.304	68
Iran	70	777	86
Irak	0	1.129	276
Georgien	0	7	1
Russische Föderation	42	124	59
Somalia	39	896	204
Eritrea	61	1.354	240
Ungeklärt	32	832	222
Venezuela	14	14	15
Nordmazedonien	0	1	0
Kolumbien	0	0	0
Indien	0	0	0
Libanon	0	0	0

- d) Wie viele der im ersten Halbjahr 2023 vom BAMF zugesprochenen Schutzstatus basierten auf Anerkennungen im Rahmen des Familienschutzes (bitte nach Schutzstatus und den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

1. Halbjahr 2023	Asylberechtigung Art. 16a GG	Flüchtlingsschutz § 3 I AsylG	Subsidiärer Schutz § 4 I AsylG
Anerkennungen im Rahmen des Familienschutzes insgesamt	924	20.427	35.235
darunter:			
Syrien	68	5.754	32.863

1. Halbjahr 2023	Asylberechtigung Art. 16a GG	Flüchtlingsschutz § 3 I AsylG	Subsidiärer Schutz § 4 I AsylG
Afghanistan	249	7.281	691
Türkei	148	1.304	68
Iran	70	777	86
Irak	0	1.129	276
Georgien	0	7	1
Russische Föderation	42	124	59
Somalia	39	896	204
Eritrea	61	1.354	240
Ungeklärt	32	832	222
Venezuela	14	14	15
Nordmazedonien	0	1	0
Kolumbien	0	0	0
Indien	0	0	0
Libanon	0	0	0

3. Welche genaueren Angaben kann die Bundesregierung zu den Rechtsgrundlagen der im ersten Halbjahr 2023 durch das BAMF bzw. durch die Gerichte (soweit vorliegend) gewährten subsidiären Schutzstatus machen (nach § 4 Absatz 1 Nummer 1, 2 bzw. 3 AsylG; bitte in absoluten und relativen Zahlen darstellen und nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden, wobei die Statistik zu den Gerichten erst für den Zeitraum Januar bis Mai 2023 vorliegt.

Asylentscheidungen BAMF.

1. Halbjahr 2023	subsidiärer Schutz	subsidiärer Schutz gem. § 4 I Nr. 1 AsylG		subsidiärer Schutz gem. § 4 I Nr. 2 AsylG		subsidiärer Schutz gem. § 4 I Nr. 3 AsylG	
	Gesamt	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil
Staatsangehörigkeiten gesamt	35.235	26	0,1 %	31.108	88,3 %	251	0,7 %
darunter							
Syrien	32.863	17	0,1 %	30.005	91,3 %	60	0,2 %
Afghanistan	691	7	1,0 %	494	71,5 %	0	0,0 %
Somalia	204	0	0,0 %	83	40,7 %	0	0,0 %
Irak	276	0	0,0 %	81	29,3 %	1	0,4 %
Eritrea	240	0	0,0 %	39	16,3 %	0	0,0 %
Ungeklärt	222	0	0,0 %	110	49,5 %	3	1,4 %
Jemen	227	1	0,4 %	36	15,9 %	174	76,7 %
Venezuela	15	0	0,0 %	13	86,7 %	0	0,0 %
Iran	86	1	1,2 %	63	73,3 %	0	0,0 %
Nigeria	12	0	0,0 %	4	33,3 %	0	0,0 %
Türkei	68	0	0,0 %	21	30,9 %	0	0,0 %
Äthiopien	16	0	0,0 %	3	18,8 %	0	0,0 %
Guinea	42	0	0,0 %	29	69,0 %	0	0,0 %
Russische Föd.	59	0	0,0 %	28	47,5 %	0	0,0 %
Libanon	17	0	0,0 %	5	29,4 %	0	0,0 %

Asylentscheidungen durch Gerichte.

01.01. – 31.05.2023	subsidiärer Schutz	subsidiärer Schutz gem. § 4 I Nr. 1 AsylG		subsidiärer Schutz gem. § 4 I Nr. 2 AsylG		subsidiärer Schutz gem. § 4 I Nr. 3 AsylG	
	Gesamt	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil
Staatsangehörigkeiten gesamt	497	12	2,4 %	205	41,4 %	252	50,9 %
darunter							
Jemen	111	4	3,6 %	7	6,3 %	100	90,1 %
Ukraine	60	-	0,0 %	1	1,7 %	59	98,3 %
Russische Föd.	44	1	2,3 %	42	95,5 %	-	0,0 %
Eritrea	36	2	5,6 %	32	88,9 %	-	0,0 %
Somalia	30	-	0,0 %	7	23,3 %	22	73,3 %
Irak	27	-	0,0 %	24	88,9 %	-	0,0 %
Sudan	24	-	0,0 %	1	4,3 %	23	95,8 %
Pers. aus palästinensischen Gebieten (nicht als Staat anerkannt)	23	-	0,0 %	-	0,0 %	23	100,0 %
Ungeklärt	21	1	4,8 %	4	19,0 %	7	33,3 %
Iran	15	1	6,7 %	14	93,3 %	-	0,0 %
Afghanistan	10	2	20,0 %	8	80,0 %	-	0,0 %
Syrien	9	-	0,0 %	6	66,7 %	3	33,3 %
Burkina Faso	9	-	0,0 %	-	0,0 %	9	100,0 %
Türkei	8	1	12,5 %	7	87,5 %	-	0,0 %
sonst. asiat. Staatsangeh.	7	-	0,0 %	-	0,0 %	5	71,4 %

4. Welche Organisationseinheiten des BAMF (bitte genau bezeichnen) wurden im zweiten Halbjahr 2022 wegen signifikant negativer oder signifikant positiver (bitte getrennt darstellen) Abweichungen bei den (bereinigten) Schutzquoten um Stellungnahme gebeten, und welche Abweichungen in Bezug auf welche Herkunftsländer waren dies (bitte genauer bezeichnen und in Tabellenform darstellen wie zu Frage 4 auf Bundestagsdrucksache 20/5709)?

Welche Erklärungen wurden von den jeweiligen Organisationseinheiten für die signifikanten Abweichungen gegeben (bitte ausführen), und inwieweit wurden diese Erklärungen vom BAMF als nachvollziehbar bewertet bzw. welche Schlussfolgerungen wurden hieraus gegebenenfalls gezogen (bitte ausführen)?

Im Rahmen der Betrachtung des zweiten Halbjahres 2022 wurden innerhalb der Gesamtschutzquote ohne Berücksichtigung formeller Entscheidungen (bGSQ) die Organisationseinheiten (OrgE) berücksichtigt, in denen mindestens 50 materiell-rechtliche Entscheidungen zu den jeweiligen zehn Hauptherkunftsländern (TOP-10-HKL) in dem genannten Zeitraum getroffen wurden.

Für das zweite Halbjahr 2022 wurden insgesamt 56 Abweichungen der lokalen bSQ hinsichtlich der Staatsangehörigkeitsbezeichnungen Irak, Türkei, Iran und „ungeklärt“ betrachtet, darunter 31 Abweichungen unterhalb und 25 Abweichungen oberhalb der bGSQ. Hinsichtlich der HKL Syrien, Afghanistan, Georgien, Eritrea, Nordmazedonien und Albanien wurden keine relevanten Abweichungen festgestellt.

Die OrgE, bei denen die größten Abweichungen von der bGSQ (d. h. die größte Überschreitung sowie die größte Unterschreitung) festgestellt worden sind, wurden im Nachgang einer Stichprobensichtung um Plausibilisierung der Abweichungen gebeten. Nähere Einzelheiten (OrgE sowie die Art der Abwei-

chung) können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden (Erläuterung: mrE = materiell-rechtliche Entscheidungen).

Auswertung der Entscheidungsstatistik im zweiten Halbjahr 2022 anhand überschreitender Abweichungen von zehn Prozentpunkten oder mehr und Aufforderung zur Stellungnahme (Stand: Januar 2023).

	Irak	Türkei	Ungeklärt	Iran
TOP-10-HKL /Organisationseinheit	(8.105 mrE* bGSQ 30,4 %)	(4.543 mrE; bGSQ 32,3 %)	(1.839 mrE; bGSQ 76,2 %)	(1.745 mrE; bGSQ 42,3 %)
AS Braunschweig	221 (55,7 %)			
AS Bochum, LAS			149 (96,0 %)	
AS Heidelberg im AZ				57 (68,4 %)
AS Sigmaringen		74 (71,6 %)		

Auswertung der Entscheidungsstatistik im zweiten Halbjahr 2022 anhand unterschreitender Abweichungen von zehn Prozentpunkten oder mehr und Aufforderung zur Stellungnahme (Stand: Januar 2023).

	Irak	Türkei	Ungeklärt	Iran
TOP-10-HKL /Organisationseinheit	(8.105 mrE; bGSQ 30,4 %)	(4.543 mrE; bGSQ 32,3 %)	(1.839 mrE; bGSQ 76,2 %)	(1.745 mrE; bGSQ 42,3 %)
AS Neumünster LAS				117 (22,2 %)
AS Berlin im AZ	124 (4,0 %)			
AZ Dresden in Anker		153 (4,6 %)		
AS Gießen in AZ, LAS			66 (45,5 %)	

Seitens der OrgE wurde als Hauptursache für eine Abweichung der lokalen bSQ von der bGSQ die Verteilung der Verfahren benannt. Maßgebliche Auswirkungen auf die lokale bSQ haben somit Verfahren, in denen eine Ableitung des Schutzes im Rahmen von Familienasyl, abgeleitetem Flüchtlingsschutz bzw. abgeleitetem subsidiären Schutz in Betracht kommt. Ebenfalls sind persönliche Merkmale der Antragstellenden (Ethnie, Volkszugehörigkeit, Familienstand, Geschlecht, Alter, Religionszugehörigkeit sowie Herkunftsregion je nach Herkunftsland) bestimmend.

Diese im Rahmen der Plausibilisierungsanfragen ergangenen Stellungnahmen der OrgE wurden erneut einer systematischen Überprüfung unterzogen. Dabei wurde die Plausibilität der abgegebenen Stellungnahmen unter Berücksichtigung der bundesweiten Entscheidungspraxis sowie der aktuellen bzw. zum Zeitpunkt der Entscheidung gültigen Leitsätze zu den jeweiligen Herkunftsländern betrachtet. Alle relevanten Abweichungen im Betrachtungszeitraum wurden vom BAMF als nachvollziehbar bewertet.

5. Wie lauten nach Kenntnis der Bundesregierung die bereinigten Schutzquoten und absoluten Fallzahlen für die Herkunftsländer Afghanistan, Irak, Iran, Eritrea, Somalia, Nigeria, Russische Föderation und Türkei im ersten Halbjahr 2023, differenziert nach Organisationseinheiten im BAMF (bitte nur solche Organisationseinheiten mit über 50 entsprechenden Entscheidungen auflisten – in jedem Fall aber auch die Quoten der BAMF-Außenstellen nennen, die für Asyl-Flughafenverfahren zuständig sind – und nach den Quoten auf- oder absteigend sortieren; bitte wie zu Frage 5 auf Bundestagsdrucksache 20/5709 auflisten)?

Die Angaben können den folgenden Tabellen entnommen werden.

1. Halbjahr 2023	Afghanistan	
	Gesamt	Anteil Gesamtschutz unter Außerachtlassung formeller Entscheidungen des BAMF
Organisationseinheiten	24.790	99,1 %
darunter:		
AS Schweinfurt in AnKER	553	100,0 %
AS Karlsruhe, LAS	484	100,0 %
AS Suhl im AZ	385	100,0 %
AS Schwerin im AZ	192	100,0 %
AS Braunschweig	186	100,0 %
AS Unna im AZ	160	100,0 %
AS Frankfurt/Flughafen	159	100,0 %
AS Mönchengladbach im AZ	148	100,0 %
AS Bremen im AZ, LAS	122	100,0 %
AS Ellwangen	99	100,0 %
AS Lebach in AnKER, LAS	87	100,0 %
AS Zirndorf in AnKER	57	100,0 %
Entscheidungszentrum West Bonn	1.010	99,9 %
AS Gießen im AZ, LAS	2.579	99,9 %
AS Bonn im AZ	513	99,8 %
AS Heidelberg im AZ	431	99,8 %
AS Bramsche im AZ	498	99,6 %
AS München	639	99,5 %
AS Nostorf-Horst, LAS	202	99,5 %
AS Speyer	185	99,4 %
AS Düsseldorf	790	99,4 %
AS Manching in AnKER	630	99,4 %
AS Bochum, LAS	618	99,3 %
AS Neustadt	141	99,3 %
AS Berlin, LAS	866	99,2 %
AS Augsburg in AnKER	139	99,2 %
AS Neumünster, LAS	1.124	98,9 %
AS Friedland, LAS	169	98,8 %
AS Büdingen	450	98,6 %
AS Hamburg im AZ, LAS	1.065	98,5 %
AS Sigmaringen	197	98,4 %
AS Leipzig im AZ	123	98,3 %
AS Bielefeld im AZ	117	98,2 %
AS Chemnitz im AZ, LAS	273	98,1 %
AS Oldenburg	178	97,7 %
AS Halberstadt im AZ, LAS	206	97,4 %
AS Trier, LAS	854	96,2 %
AS Essen	242	96,2 %
AS Freiburg	97	96,1 %

1. Halbjahr 2023	Afghanistan	
	Gesamt	Anteil Gesamtschutz unter Außerachtlassung formeller Entscheidungen des BAMF
AS Dresden in AnKER	132	95,9 %
AS Jena/Hermsdorf, LAS	162	94,8 %
AS Eisenhüttenstadt, LAS	252	94,6 %

1. Halbjahr 2023	Irak	
	Gesamt	Anteil Gesamtschutz unter Außerachtlassung formeller Entscheidungen des BAMF
Organisationseinheiten	7.338	33,3 %
darunter:		
AS Bielefeld im AZ	179	72,4 %
AS Oldenburg	140	65,0 %
AS Ellwangen	55	52,9 %
AS Braunschweig	233	52,7 %
AS Bochum, LAS	408	51,3 %
AS Suhl im AZ	85	48,6 %
AS Zirndorf in AnKER	135	45,2 %
AS Friedland, LAS	80	42,1 %
AS Düsseldorf	329	39,8 %
AS München	115	39,3 %
AS Regensburg in AnKER	133	36,9 %
AS Bonn im AZ	284	35,5 %
AS Unna im AZ	109	35,1 %
AS Hamburg im AZ, LAS	73	34,8 %
AS Berlin, LAS	81	32,8 %
AS Essen	170	30,2 %
Entscheidungszentrum West Bonn	380	29,8 %
AS Bramsche im AZ	317	28,9 %
AS Trier, LAS	115	23,7 %
AS Karlsruhe, LAS	259	22,8 %
AS Gießen im AZ, LAS	172	22,7 %
AS Sigmaringen	114	22,0 %
AS Dresden in AnKER	81	21,9 %
AS Berlin im AZ	145	20,8 %
AS Heidelberg im AZ	293	20,4 %
AS Augsburg in AnKER	163	15,2 %
AS Mönchengladbach im AZ	106	14,4 %
AS Chemnitz im AZ, LAS	104	14,1 %
AS Neumünster, LAS	405	12,2 %
AS Bamberg in AnKER	130	11,1 %
AS Frankfurt/Flughafen	91	3,6 %

1. Halbjahr 2023	Iran	
	Gesamt	Anteil Gesamtschutz unter Außerachtlassung formeller Entscheidungen des BAMF
Organisationseinheiten	3.578	48,4 %
darunter:		
AS Braunschweig	51	78,3 %
AS Bramsche im AZ	64	65,0 %
AS Gießen im AZ, LAS	206	64,4 %
AS Heidelberg im AZ	112	63,7 %

1. Halbjahr 2023	Iran	
	Gesamt	Anteil Gesamtschutz unter Außerachtlassung formeller Entscheidungen des BAMF
Entscheidungszentrum West Bonn	82	58,5 %
AS Trier, LAS	103	56,8 %
AS Bochum, LAS	113	53,2 %
AS Bremen im AZ, LAS	82	51,9 %
AS München	5	50,0 %
AS Essen	85	47,8 %
AS Karlsruhe, LAS	55	42,0 %
AS Frankfurt/Flughafen	31	40,0 %
AS Düsseldorf	158	39,6 %
AS Bamberg in AnKER	74	34,9 %
AS Bonn im AZ	143	34,1 %
AS Unna im AZ	55	33,3 %
AS Berlin im AZ	83	28,6 %
AS Neumünster, LAS	97	24,4 %
AS Hamburg im AZ, LAS	154	23,4 %
AS Zirndorf in AnKER	141	22,8 %

1. Halbjahr 2023	Eritrea	
	Gesamt	Anteil Gesamtschutz unter Außerachtlassung formeller Entscheidungen des BAMF
Organisationseinheiten	1.974	91,0 %
darunter:		
AS Düsseldorf	99	100,0 %
AS Hamburg im AZ, LAS	84	98,8 %
Entscheidungszentrum West Bonn	104	98,1 %
AS Augsburg in AnKER	52	96,0 %
AS München	91	95,5 %
AS Bochum, LAS	121	94,2 %
AS Büdingen	137	94,1 %
AS Bonn im AZ	80	93,7 %
AS Trier, LAS	55	87,0 %
AS Neumünster, LAS	127	87,0 %
AS Gießen im AZ, LAS	187	83,3 %
AS Halberstadt im AZ, LAS	53	80,4 %
AS Deggendorf in AnKER	57	60,0 %
AS Frankfurt/Flughafen	3	50,0 %

1. Halbjahr 2023	Somalia	
	Gesamt	Anteil Gesamtschutz unter Außerachtlassung formeller Entscheidungen des BAMF
Organisationseinheiten	2.098	93,8 %
darunter:		
AS Bochum, LAS	125	100,0 %
AS Friedland, LAS	60	100,0 %
AS Schweinfurt in AnKER	159	98,7 %
AS Bonn im AZ	68	98,5 %
AS Speyer	54	98,1 %
AS Heidelberg im AZ	104	97,9 %

1. Halbjahr 2023	Somalia	
	Gesamt	Anteil Gesamtschutz unter Außerachtlassung formeller Entscheidungen des BAMF
AS Hamburg im AZ, LAS	81	97,5 %
Entscheidungszentrum West Bonn	97	96,9 %
AS München	46	95,3 %
AS Büdingen	79	93,7 %
AS Düsseldorf	81	92,4 %
AS Trier, LAS	152	90,5 %
AS Gießen im AZ, LAS	196	87,3 %
AS Frankfurt/Flughafen	9	66,7 %

1. Halbjahr 2023	Nigeria	
	Gesamt	Anteil Gesamtschutz unter Außerachtlassung formeller Entscheidungen des BAMF
Organisationseinheiten	1.439	19,4 %
darunter:		
AS Bochum, LAS	101	40,5 %
AS Heidelberg im AZ	174	19,6 %
AS Trier, LAS	56	17,1 %
AS Karlsruhe, LAS	65	16,4 %
AS Düsseldorf	61	14,3 %
AS München	179	11,2 %
AS Frankfurt/Flughafen	14	-

1. Halbjahr 2023	Russische Föderation	
	Gesamt	Anteil Gesamtschutz unter Außerachtlassung formeller Entscheidungen des BAMF
Organisationseinheiten	2.792	33,4 %
darunter:		
Entscheidungszentrum West Bonn	151	56,5 %
AS Bamberg in AnKER	68	50,0 %
AS Eisenhüttenstadt, LAS	80	46,7 %
AS Bochum, LAS	52	38,1 %
AS München	10	20,0 %
AS Frankfurt/Flughafen	3	-

1. Halbjahr 2023	Türkei	
	Gesamt	Anteil Gesamtschutz unter Außerachtlassung formeller Entscheidungen des BAMF
Organisationseinheiten	10.308	21,9 %
darunter:		
AS Ellwangen	58	83,7 %
AS Freiburg	53	53,1 %
AS Karlsruhe, LAS	201	49,7 %
AS Speyer	131	48,0 %
AS Trier, LAS	460	46,2 %
AS Bielefeld im AZ	113	44,4 %
AS Bramsche im AZ	65	44,2 %
AS Heidelberg im AZ	470	39,5 %

1. Halbjahr 2023	Türkei	
	Gesamt	Anteil Gesamtschutz unter Außerachtlassung formeller Entscheidungen des BAMF
AS Sigmaringen	139	28,1 %
AS Bidingen	144	27,7 %
AS Mönchengladbach im AZ	162	26,0 %
AS Nostorf-Horst, LAS	68	23,9 %
AS Unna im AZ	173	23,2 %
AS Friedland, LAS	87	23,0 %
AS Bonn im AZ	453	22,3 %
AS Augsburg in AnKER	297	22,3 %
AS Gießen im AZ, LAS	921	21,2 %
AS Bochum, LAS	194	19,8 %
AS Düsseldorf	223	18,8 %
Entscheidungszentrum West Bonn	239	18,4 %
AS Frankfurt/Flughafen	40	18,4 %
AS München	245	15,8 %
AS Lebach in AnKER, LAS	102	15,3 %
AS Braunschweig <sup>2</sup> im AZ	76	14,9 %
AS Essen	179	14,8 %
AS Bremen im AZ, LAS	112	12,5 %
AS Zirndorf in AnKER	249	10,6 %
AS Dresden in AnKER	160	10,6 %
AS Hamburg im AZ, LAS	174	9,7 %
AS Oldenburg	75	8,7 %
AS Neumünster, LAS	338	6,7 %
AS Suhl im AZ	125	5,9 %
AS Berlin, LAS	954	5,8 %
AS Eisenhüttenstadt, LAS	78	5,1 %
AS Chemnitz im AZ, LAS	215	3,1 %

6. Wie viele Asylanträge von nichtukrainischen Staatsangehörigen, die vor dem Krieg in der Ukraine geflohen sind, gab es im ersten Halbjahr 2023, und wie wurden diese vom BAMF entschieden (bitte jeweils auch nach den zehn wichtigsten Staatsangehörigkeiten auflisten)?

Die Angaben können der folgenden Tabelle entnommen werden.

1. Halbjahr 2023	Asylanträge	Entscheidungen über Asylanträge						
		insgesamt	Asylberechtigung Art 16a GG	Flüchtlingsschutz § 3 I AsylG	Subsidiärer Schutz § 4 I AsylG	Abschiebungsverbot § 60 V, VII AufenthG	Ablehnungen (offens. unbegr. abgelehnt)	Sonstige Verfahrens erledigungen (ohne Dublin-Entscheidungen)
Staatsangehörigkeiten gesamt	72	82	-	6	3	8	51	14
darunter:								
Georgien	8	5	-	-	-	-	4	1

1.Halbjahr 2023	Asyl- anträge	Entscheidungen über Asylanträge						
		insge- samt	Asylbe- rechtigung Art 16a GG	Flücht- lings- schutz § 3 I AsylG	Subsidiä- rer Schutz § 4 I AsylG	Abschie- bungs- verbot § 60 V, VII Aufenth G	Ablehnun- gen (of- fens. un- begr. ab- gelehnt)	Sonstige Verfahrens- erledigun- gen (ohne Dublin-Ent- scheidun- gen)
Nigeria	7	12	-	-	-	-	10	2
Usbekistan	7	-	-	-	-	-	-	-
Armenien	5	4	-	-	-	2	2	-
Türkei	4	2	-	-	-	-	2	-
Vietnam	4	2	-	-	-	-	1	1
Iran	4	2	-	1	-	-	1	-
Turkmenistan	4	3	-	-	-	-	3	-
Syrien	4	1	-	-	1	-	-	-
Sudan	3	-	-	-	-	-	-	-
Aserbaidschan	3	2	-	-	-	-	2	-

7. Wie begründet das BAMF seine Entscheidungspraxis zu weiblichen Asylsuchenden aus Afghanistan, denen von Januar bis Mai 2023 zwar häufiger ein internationaler Schutzstatus als in der Vergangenheit erteilt wurde, in vielen Fällen jedoch auch nicht, obwohl auch nach den Empfehlungen der EU-Asylagentur davon ausgegangen werden kann, dass bei Frauen und Mädchen aus Afghanistan eine begründete Furcht vor Verfolgung vorliegt (vgl. Antwort des BMI auf die Schriftliche Frage 45 der Abgeordneten Clara Büniger auf Bundestagsdrucksache 20/7650 und [www.proasyl.de/news/verfolgt-weil-sie-frauen-sind-afghanische-frauen-muessen-als-fluechtlinge-anerkannt-werden/](http://www.proasyl.de/news/verfolgt-weil-sie-frauen-sind-afghanische-frauen-muessen-als-fluechtlinge-anerkannt-werden/); bitte begründen), und wie lauten die geschlechtsspezifisch differenzierten Anerkennungszahlen zu Asylsuchenden aus Afghanistan für das erste bzw. zweite Quartal 2023 in absoluten und relativen Zahlen (bitte jeweils auch nach den Formen Anerkennung bzw. Ablehnung bzw. sonstige Erledigungen differenzieren)?

Die weitere Verschlechterung der Situation von afghanischen Frauen und Mädchen führte dazu, dass das BAMF die Herkunftsländerleitsätze Afghanistan im Frühjahr 2023 insbesondere im Hinblick auf diese Personengruppe nochmals aktualisierte. Nach diesen Vorgaben des BAMF sind die Einschränkungen für Frauen und Mädchen in der Regel so gravierend, dass sie in ihrer Kumulierung als Verfolgungshandlung i. S. v. § 3a Absatz 1 Nr. 2 AsylG zu bewerten sind. Damit liegen bei afghanischen Frauen und Mädchen in der Regel die Voraussetzungen für die Zuerkennung von Flüchtlingsschutz bzw. subsidiärem Schutz bei Nichtvorliegen eines Verfolgungsgrundes i. S. v. § 3b AsylG vor. Diese Entscheidungspraxis steht im Einklang mit den aktuellen Bewertungen zu Frauen und Mädchen in der EUAA Country Guidance Afghanistan (Länderleitfaden der Asylagentur der Europäischen Union). Die Prüfung, ob die Voraussetzungen der jeweiligen Schutzform bei einer Antragstellerin auch tatsächlich erfüllt sind, erfolgt auf Grundlage der Umstände des jeweiligen Einzelfalles unter Berücksichtigung der oben dargestellten allgemeinen Vorgaben zur Entscheidungspraxis. Aufgrund der zeitlichen Nähe der Anpassung der Herkunftsländerleitsätze zu den in der Fragestellung dargestellten statistischen Angaben lassen sich auf dieser Grundlage noch keine Schlussfolgerungen hinsichtlich der

Auswirkungen auf die Schutzquote für afghanische Frauen und Mädchen ziehen.

Entscheidungen über Asylanträge von weiblichen und männlichen Antragstellenden aus Afghanistan													
Zeitraum & Geschlecht		Asylberechtigung Art 16a GG		Flüchtlingsschutz § 3 I AsylG		Subsidiärer Schutz § 4 Absatz 1 AsylG		Abschiebungsverbot § 60 V und VII AufenthG		Ablehnungen (unbegr./offens. unbegr.)		Sonstige Verfahrenserledigungen	
Q1/2023	Gesamt	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil
Männlich	9.342	59	0,6 %	1.288	13,8 %	259	2,8 %	4.970	53,2 %	85	0,9 %	2.681	28,7 %
Weiblich	3.604	46	1,3 %	1.206	33,5 %	155	4,3 %	1.556	43,2 %	12	0,3 %	629	17,5 %
Q2/2023	Gesamt	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil
Männlich	8.431	48	0,6 %	2.113	25,1 %	159	1,9 %	3.388	40,2 %	66	0,8 %	2.657	31,5 %
Weiblich	3.805	96	2,5 %	2.667	70,1 %	117	3,1 %	267	7,0 %	2	0,1 %	656	17,2 %

8. Welche Änderungen der internen Weisungslage, Herkunftsländerleitsätze usw. in Bezug auf Afghanistan hat es in den letzten zwölf Monaten gegeben (bitte mit Datum und Inhalt auflisten), und unter welchen Bedingungen wird jungen, gesunden Männern aus Afghanistan Abschiebungsschutz verwehrt, wie sind hierzu die internen Vorgaben im BAMF (bitte so konkret wie möglich darlegen; den Fragestellenden liegt eine Ablehnung des BAMF von Ende März 2023 in dem Fall eines jungen, gesunden Mannes mit guter Ausbildung vor, dem unterstellt wird, dass er „sich auf dem umkämpften afghanischen Arbeitsmarkt [...] behaupten“ könne)?

In den letzten zwölf Monaten erfolgten zwei inhaltliche Anpassungen der Herkunftsländerleitsätze Afghanistan. Eine Anpassung aus Dezember 2022 betraf allgemeine Aktualisierungen zur Lage sowie verschiedene redaktionelle Klarstellungen und Differenzierungen. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 7 verwiesen.

Als Grundlage der Entscheidungspraxis zu § 60 Absatz 5 AufenthG wird davon ausgegangen, dass aufgrund der aktuellen humanitären Bedingungen in Afghanistan in der Regel allen Antragstellenden bei Rückkehr eine Verletzung von Artikel 3 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit droht, weshalb ein Abschiebungsverbot festzustellen ist.

Ausnahmen von dieser Regelvermutung sind nach den Vorgaben der Herkunftsländerleitsätze individuell zu prüfen und kommen auch bei jungen gesunden und arbeitsfähigen Männern nur im Ausnahmefall in Betracht. Bei dieser Prüfung sind sowohl nachteilige Faktoren als auch begünstigende Umstände des jeweiligen Antragstellers und seine individuelle Belastbarkeit und Durchsetzungsfähigkeit im Rahmen einer Gesamtschau zu würdigen.

9. Teilt die Bundesregierung die Besorgnis der Fragestellenden in Bezug auf Entscheidungen des BAMF zu Asylsuchenden aus der Türkei, wenn
- a) berichtet wird (vgl. z. B. <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1174619.a bschiebung-kurden-in-der-tuerkei-bundesamt-nimmt-folter-in-kau f.html>), dass eine erlittene bzw. drohende Folter eines politisch aktiven Kurden in der Türkei vom BAMF als unbeachtlich eingestuft worden sein soll mit der Begründung, dass „nicht ersichtlich“ sei, „dass diese Folter aufgrund der Rasse, Religion, Nationalität, politischen Überzeugung oder Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe“ erfolgt sei, sondern „tatsächlich der Terrorbekämpfung“ diene, so die Darstellung im genannten Zeitungsartikel – entspricht diese Darstellung nach Kenntnis oder Ermittlungen der Bundesregierung der Wahrheit, und wenn ja, hält die Bundesregierung ein solches Vorgehen und eine solche Begründung des BAMF für rechtlich zulässig (bitte begründen; wenn nein, was ist nach Kenntnis der Bundesregierung der Fall, und wurde in dem konkreten Fall zumindest Abschiebungsschutz gewährt, wenn nein, warum nicht), und

In jedem Asylverfahren erfolgt eine Einzelfallentscheidung durch Sachaufklärung und anschließender rechtlicher Würdigung der Angaben der Antragstellenden unter Berücksichtigung der vorliegenden Erkenntnisse sowie unter Anwendung des Maßstabs der beachtlichen Wahrscheinlichkeit („real risk“) einer drohenden Verfolgungsgefahr im Falle einer Rückkehr in den Herkunftsstaat. Zu Einzelfällen können aufgrund datenschutzrechtlicher Vorgaben keine Ausführungen gemacht werden.

- b) berichtet wird (<https://www.nds-fluerat.org/55963/aktuelles/guelen-verfolgung-in-der-tuerkei-wird-vom-bamf-immer-wieder-verkannt/#comments>), dass es „systematische Probleme bei der Entscheidungspraxis“ des BAMF in Bezug auf Gülen-Anhängerinnen und Gülen-Anhänger aus der Türkei gebe, weil nicht berücksichtigt werde, dass es bei der Strafverfolgung gegen Gülen-Anhängerinnen und Gülen-Anhänger, die pauschal unter Terrorismusverdacht gestellt würden, einen sog. Politmalus gebe, der aufgrund der politisierten und unfairen Strafverfahren zu einer Flüchtlingsanerkennung führen müsse, während das BAMF von letztlich rechtsstaatlich funktionierenden Strafverfahren auch bei der sog. Terrorismusbekämpfung in der Türkei ausgehe (bitte Ausführungen zur diesbezüglichen Einschätzung und Praxis des BAMF machen und darstellen, wie die Bundesregierung dies bewertet) – und welche Einschätzung hat das Auswärtige Amt dazu, ob bei Strafverfahren in der Türkei gegen Gülen-Anhängerinnen und Gülen-Anhänger bzw. kurdische Aktivistinnen und Aktivisten (bitte differenzieren) von fairen und rechtsstaatlichen Verfahren auszugehen ist, insbesondere wenn es um den Vorwurf des „Terrorismus“ oder Ähnliches geht?

Die Bundesregierung beobachtet und analysiert die Situation in der Türkei fortlaufend. Auch das BAMF passt die Herkunftsländerleitsätze bei Bedarf unter Berücksichtigung der vorhandenen Lageeinschätzungen des Auswärtigen Amtes, der Erkenntnisse des UN-Flüchtlingskommissariats (UNHCR), anderer NGOs und der Europäischen Asylagentur (EUAA) an. Auch die Situation von (mutmaßlichen) Gülen-Anhängern und -Anhängerinnen wird in den als Verschlussache eingestuften Herkunftsländerleitsätzen des BAMF und dem ebenfalls als Verschlussache eingestuften Asyllagebericht des Auswärtigen Amtes differenziert dargestellt. Diesbezügliche Asylentscheidungen werden immer als Einzelfallentscheidungen unter Berücksichtigung des individuellen Sachvortrags und vorgelegter Unterlagen getroffen. Zur Einschätzung der Lage der Rechtsstaatlichkeit in der Türkei wird auf die Ausführungen im 15. Bericht der

Bundesregierung über ihre Menschenrechtspolitik auf Bundestagsdrucksache 20/4865 verwiesen.

10. Wie viele Ablehnungen und wie viele Abschiebungsandrohungen des BAMF gab es im ersten Halbjahr 2023 gegenüber unbegleiteten Minderjährigen (bitte nach den zehn wichtigsten Herkunftsländern differenzieren), und in wie vielen Fällen wurde in diesem Zeitraum gegenüber unbegleiteten Minderjährigen keine Abschiebungsandrohung trotz Ablehnung des Asylantrags erlassen, weil im Herkunftsland keine geeigneten Aufnahmemöglichkeiten zur Verfügung standen (bitte ebenfalls nach den zehn wichtigsten Herkunftsstaaten differenzieren)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

1. Halbjahr 2023	Ablehnungen
Gesamt	84
darunter	
Syrien	0
Afghanistan	3
Somalia	0
Türkei	39
Irak	9
Guinea	3
Marokko	5
Eritrea	4
Äthiopien	0
Iran	4

1. Halbjahr 2023	Abschiebungsandrohung auch in Herkunftsstaat	Abschiebungsandrohung nur in Drittstaat	Abschiebungsanordnung in sicheren Drittstaat
Gesamt	104	5	6
darunter:			
Syrien	0	5	4
Afghanistan	6	0	2
Somalia	0	0	0
Türkei	37	0	0
Irak	11	0	0
Guinea	5	0	0
Marokko	6	0	0
Eritrea	3	0	0
Äthiopien	0	0	0
Iran	5	0	0

1. Halbjahr 2023	Keine Abschiebungsandrohung trotz Ablehnung des Antrags *
Gesamt	10
darunter	

1. Halbjahr 2023	Keine Abschiebungsandrohung trotz Ablehnung des Antrags *
Eritrea	1
Gambia	1
Marokko	1
Sudan	2
Türkei	5

\* Hinweis: Es liegen keine Daten darüber vor, aus welchen Gründen die Abschiebungsandrohung trotz Ablehnung des Asylantrags entfällt.

11. Wie wurde bzw. wird das Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom 15. Februar 2023 in der Rechtssache C-484/22, wonach das Kindeswohl und die familiären Bindungen von Minderjährigen vor dem Erlass einer Rückkehrentscheidung berücksichtigt werden müssen, durch das BAMF umgesetzt (bitte so konkret wie möglich darlegen), und welche Maßnahmen hat das Bundesministerium des Innern und für Heimat gegebenenfalls ergriffen oder geplant, um gegenüber den Bundesländern bzw. Ausländerbehörden für eine Umsetzung des genannten EuGH-Urteils zu sorgen (bitte darlegen und gegebenenfalls begründen, falls dies nicht geschehen oder nicht beabsichtigt ist)?

Gemäß der jüngeren Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) sind die Mitgliedstaaten der Europäischen Union vor dem Erlass einer Rückkehrentscheidung zur Prüfung von Artikel 5 Halbsatz 1 Buchstabe a bis c der Richtlinie 2008/115/EG (Rückführungsrichtlinie, RFRL) verpflichtet. Dies umfasst die Berücksichtigung der Aspekte „Kindeswohl“ (Urteil vom 14. Januar 2021, C-441/19), „familiäre Bindungen“ (Beschluss vom 15. Februar 2023, C-484/22) und „Gesundheitszustand“ (Urteil vom 22. November 2022, C-69/21).

Stehen zum Zeitpunkt des Erlasses einer Rückkehrentscheidung das Kindeswohl, familiäre Bindungen oder der Gesundheitszustand eines Ausländers der Rückführung entgegen, dürfen die Mitgliedstaaten keine Rückführungsentscheidung erlassen.

Die Belange des Artikel 5 Halbsatz 1 Buchstabe a bis c RFRL wurden bislang erst nach Erlass der Abschiebungsandrohung des BAMF als sog. „inlandsbezogene Vollstreckungshindernisse“ ausschließlich durch die Ausländerbehörden (ABH) geprüft.

Durch die Entscheidungen des EuGH berücksichtigt das BAMF künftig die in Artikel 5 Halbsatz 1 Buchstabe a bis c RFRL genannten Belange bereits vor Erlass einer Ausreiseaufforderung und Abschiebungsandrohung nach den §§ 34, 35 AsylG.

Das BAMF führt im Asylverfahren zu diesem Zweck eine vertiefte Sachverhaltsaufklärung unter Einbeziehung der Mitwirkungspflicht der Antragstellenden durch; erforderlichenfalls auch durch Anfragen bei den ABH. Liegen die Voraussetzung der §§ 34, 35 AsylG vor, prüft das BAMF zusätzlich, ob dem Erlass der Abschiebungsandrohung das Kindeswohl, die familiären Bindungen oder der Gesundheitszustand entgegenstehen. Ist dies der Fall, erlässt das BAMF keine Ausreiseaufforderung und Abschiebungsandrohung. Die §§ 34, 35 AsylG werden wegen des entgegenstehenden Unionsrechts nicht angewandt; Artikel 5 Halbsatz 1 Buchstabe a bis c RFRL gilt insoweit unmittelbar.

Nach unanfechtbarer Ablehnung des Asylantrags ist das Asylverfahren abgeschlossen. Für die weiteren aufenthaltsrechtlichen Maßnahmen sind die ABH zuständig, da sie im Hinblick auf die berücksichtigungsfähigen Umstände nach bestands- oder rechtskräftiger Entscheidung des BAMF sachnäher sind. Dies umfasst auch die Frage, ob die Voraussetzungen für den Erlass einer Abschiebungsandrohung zu einem späteren Zeitpunkt vorliegen oder aber zwischenzeitlich entfallen sind.

Solange Belange des Artikel 5 Halbsatz 1 Buchstabe a bis c RFRL dem Erlass einer Abschiebungsandrohung (weiterhin) entgegenstehen, sodass eine Abschiebung nicht durchgeführt werden kann, und der Ausländer auch sonst keinen Anspruch auf Erteilung eines Aufenthaltstitels hat, ist aus Sicht der Bundesregierung der Anwendungsbereich des § 60a AufenthG eröffnet. Insoweit liegt ein inlandsbezogenes Abschiebungshindernis bereits nach der BAMF-Entscheidung vor, eine aufenthaltsrechtliche Prüfung im Übrigen erfolgt aber durch die ABH.

Über die asylverfahrensrechtliche Umsetzung dieser EuGH-Entscheidung durch das BAMF wurden die Länder im Juni 2023 anlässlich der Bund-Länder-Tagung Asyl und Rückkehr bereits informiert. Zusätzlich hat das BAMF, die Länder auch mittels Länderschreiben entsprechend informiert. Dieses Vorgehen ist mit dem Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) abgestimmt, weitere Maßnahmen zur Information sind nach Ansicht des BMI nicht erforderlich.

12. Wie viele Asylsuchende wurden im ersten Halbjahr 2023 registriert (bitte nach Monaten auflisten und der Zahl der gestellten Asylerstanträge in den jeweiligen Monaten gegenüberstellen), wie groß war die Zahl der Asylsuchenden, die noch keinen Asylantrag stellen konnten, zum 30. Juni 2023 (bitte auch nach Bundesländern und den zehn wichtigsten Herkunftsländern auflisten), und inwieweit konnten Zeitverzögerungen bei der Asylantragstellung durch die eingeleiteten Maßnahmen inzwischen reduziert werden (vgl. Antwort zu Frage 8 auf Bundestagsdrucksache 20/5709; bitte ausführen)?

Auch mit Hilfe der bereits im Herbst 2022 eingeleiteten Maßnahmen konnten die Kapazitäten zur Antragsannahme in den Außenstellen deutlich besser an die Zugangssituation angepasst werden. Dies zeigt sich auch daran, dass in den Monaten Januar bis April 2023 die Zahl der Antragsannahmen die Zahl der in den gleichen Monaten registrierten Asylgesuche übersteigt und in den Folgemonaten in einem regulären Verhältnis zu den Asylgesuchen stand. Zudem ist bezüglich der Asylgesuche ohne Antragstellung zu berücksichtigen, dass dies auch Asylgesuche einbezieht, die erst vor Kurzem gestellt wurden und sich daher noch im regulären Bearbeitungsprozess befinden. Auch wird erneut darauf hingewiesen, dass nicht jedes Asylgesuch eine Antragstellung nach sich zieht (z. B. aufgrund einer Weiterreise in einen anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union). Im Übrigen wird auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 8 der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 20/5709 verwiesen.

Die weiteren Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

	Asylgesuche*	Asylerstanträge*
Januar 2023	24.623	29.072
Februar 2023	18.092	24.027

	Asylgesuche*	Asylerstanträge*
März 2023	18.463	25.175
April 2023	18.837	19.629
Mai 2023	22.649	21.949
Juni 2023	24.675	23.194

\*Anmerkung: Aufgrund nachträglicher Änderungen können die Monatswerte nicht zu einem Gesamtwert addiert werden.

Land	Asylgesuche ohne Antragstellung (Stand: 30.06.2023)
Gesamt	21.133
davon	
Baden-Württemberg	2.109
Bayern	4.092
Berlin	220
Brandenburg	337
Bremen	132
Hamburg	131
Hessen	745
Mecklenburg-Vorpommern	303
Niedersachsen	1.475
Nordrhein-Westfalen	3.543
Rheinland-Pfalz	827
Saarland	89
Sachsen	923
Sachsen-Anhalt	635
Schleswig-Holstein	724
Thüringen	1.178
Unbekannt*	3.670

\*Registrierungen mit Länderbezeichnung „unbekannt“ sind solche, die hauptsächlich von polizeilichen Stellen vorgenommen wurden. Bei dieser Registrierung kann oftmals noch kein Land zugeordnet werden. Dieses wird dann nachträglich bei der Asylantragstellung bestimmt.

Herkunftsland	Asylgesuche ohne Antragstellung (Stand: 30.06.2023)
Gesamt	21.133
darunter	
Syrien	5.586
Afghanistan	2.808
Türkei	2.643
Georgien	1.191
Russische Föderation	585
Irak	582
Indien	503
Nordmazedonien	486
Iran	480
Kuba	407

13. Zu welchem Anteil und in welcher Zahl verfügten Asylsuchende im ersten Halbjahr 2023 über keine Identitätspapiere (Reisepässe, Ausweise, Sonstiges), mit denen ihre Herkunft bzw. Identität nach Auffassung des BAMF hinreichend sicher zu klären war (bitte nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

Vorlage von Identitätspapieren durch Erstantragsteller im Alter ab 18 Jahren				
1. Halbjahr 2023				
Staatsangehörigkeiten	Anzahl der Erstantragsteller	Anzahl der Antragsteller mit Identitätspapieren*	Anzahl der Antragsteller ohne Identitätspapiere*	Anteil der Antragsteller ohne Identitätspapiere*
Gesamt	102.671	48.897	53.774	52,4 %
darunter:				
Syrien,	29.150	18.598	10.552	36,2 %
Afghanistan	18.896	6.789	12.107	64,1 %
Türkei	13.850	6.561	7.289	52,6 %
Iran	4.683	1.978	2.705	57,8 %
Irak	3.127	1.743	1.384	44,3 %
Georgien	3.457	2.423	1.034	29,9 %
Russische Föderation	2.780	1.475	1.305	46,9 %
Somalia	1.340	95	1.245	92,9 %
Eritrea	717	225	492	68,6 %
Ungeklärt	1.259	509	750	59,6 %
Venezuela	1.435	1.396	39	2,7 %
Nordmazedonien	696	328	368	52,9 %
Kolumbien	1.100	949	151	13,7 %
Indien	1.273	46	1.227	96,4 %
Guinea	918	17	901	98,1 %

\* Pass, Passersatz, Personalausweis

14. In wie vielen Fällen wurden im ersten Halbjahr 2023 bzw. seit dem 16. Februar 2023 (hilfsweise: seit März 2023) mobile Datenträger von Asylsuchenden ausgelesen und wurde ein Ergebnisprotokoll erstellt (bitte auch nach den zehn wichtigsten Herkunftsländern auflisten)?

Mit Einführung eines neuen Verwaltungssystems zur Vorgangsbearbeitung beim Auslesen mobiler Daten im Jahr 2023 änderte sich auch die Betrachtungslogik grundlegend. Nachfolgend werden daher teilweise neue Betrachtungslogiken verwendet, welche nicht vergleichbar mit den Darstellungen aus den Vorjahren sind. Aktuell ist die Einführung des neuen Verwaltungssystems zur Vorgangsbearbeitung noch nicht vollständig abgeschlossen und steht an zwei Außenstellen noch aus.

Daher setzen sich die Angaben der erfolgreichen Auslesungen sowohl aus den Daten des Verwaltungssystems und den Auslesungen, erhoben durch eine separate Auswertung, für die beiden noch nicht an das Verwaltungssystem angeschlossenen Außenstellen, zusammen.

Für die weitere Beantwortung der Fragen kann nur auf die Daten des neu eingeführten Verwaltungssystems zurückgegriffen werden, da die Daten der beiden Außenstellen in der gewünschten Form aktuell nicht weiter differenziert werden können. Dort wo die beiden Außenstellen bei der Beantwortung der Fragen

mit einbezogen werden konnten, ist dies entsprechend in den Antworten vermerkt.

Im ersten Halbjahr 2023 wurden insgesamt 9.625 Datenträger erfolgreich ausgelesen und ein Ergebnisbericht erstellt. Diese setzen sich aus 8.970 erfolgreichen Auslesungen aus dem Verwaltungssystem und 655 erfolgreichen Auslesungen der beiden noch nicht an das Verwaltungssystem angeschlossenen Außenstellen zusammen.

Staatsangehörigkeit*	1. Halbjahr 2023
Syrien	2.619
Afghanistan	2.395
Türkei	829
Irak	383
Iran	304
Russische Föderation	213
Jemen	197
Ungeklärt	166
Tunesien	147
Algerien	146

\*keine Berücksichtigung der beiden noch nicht an das Verwaltungssystem angeschlossenen Außenstellen bei der Auswertung zu den zehn wichtigsten Staatsangehörigkeiten.

Vom 1. März bis 30. Juni 2023 wurden insgesamt 3.528 Datenträger erfolgreich ausgelesen und ein Ergebnisbericht erstellt. Diese setzen sich aus 3.518 erfolgreichen Auslesungen aus dem Verwaltungssystem und zehn erfolgreichen Auslesungen der beiden noch nicht an das Verwaltungssystem angeschlossenen Außenstellen zusammen.

Staatsangehörigkeit*	01.03. – 30.06.2023
Syrien	1.030
Afghanistan	757
Türkei	335
Irak	202
Iran	127
Russische Föderation	103
Guinea	78
Algerien	72
Georgien	71
Marokko	69

\*keine Berücksichtigung der beiden noch nicht an das Verwaltungssystem angeschlossenen Außenstellen bei der Auswertung zu den zehn wichtigsten Staatsangehörigkeiten.

- a) Zu welchem Anteil verfügten in diesen Zeiträumen Asylsuchende, deren Identität bzw. Herkunft nach Auffassung des BAMF nicht hinreichend sicher durch Dokumente geklärt werden konnte, über mobile Datenträgergeräte, zu welchem Anteil konnten diese technisch ausgelesen werden, und in wie vielen Fällen erfolgte bislang eine Auslesung erst nach behördlichen Androhungen oder durch Zwang bzw. gegen den Willen der Betroffenen (bitte so konkret wie möglich antworten)?

Aufgrund der in der Antwort zu Frage 14 beschriebenen Einführung des neuen Verwaltungssystems zur Vorgangsbearbeitung beim Auslesen mobiler Daten

kann die Frage nur teilweise beantwortet werden, da bestimmte Informationen in dem neuen System nicht mehr hinterlegt sind.

Im ersten Halbjahr 2023 wurden von ca. 10,6 Prozent der Erstantragstellenden ohne Pass/Passersatz Datenträger-Geräte erfolgreich ausgelesen (alle Außenstellen). Vom 1. März bis 30. Juni 2023 wurden von ca. 5,9 Prozent der Erstanttragstellenden ohne Pass/Passersatz Datenträger-Geräte erfolgreich ausgelesen (alle Außenstellen).

Asylbewerbende werden unter Hinweis auf ihre Mitwirkungspflichten gemäß § 15 Absatz 1 AsylG aufgefordert, vorhandene Datenträger herauszugeben. Zwangsmaßnahmen wurden bisher nicht angedroht oder durchgeführt.

- b) In wie vielen der Fälle, in denen eine Datenauslesung in diesen Zeiträumen erfolgte und ein Ergebnisreport erstellt wurde, wurde dieser für das Asylverfahren durch die jeweiligen Entscheider angefordert, in wie vielen dieser Fälle wurde diesem Antrag nach entsprechender Prüfung durch einen Volljuristen entsprochen bzw. erfolgte eine Ablehnung (bitte so differenziert wie möglich und in absoluten und relativen Zahlen antworten)?

Im ersten Halbjahr 2023 wurden (zum Stand: 5. Juli 2023) 2.559 Datenträger-Auswertungsanträge gestellt bzw. Ergebnisberichte angefordert. Davon wurden im gleichen Zeitraum 2.340 (91,4 Prozent) Datenträger-Auswertungen freigegeben und 136 (5,3 Prozent) abgelehnt. Die Differenz in Höhe von 83 (3,2 Prozent) ergibt sich aus dem zum Abfragezeitpunkt noch offenen Anträgen, welche noch nicht durch Volljuristen entschieden wurden.

Vom 1. März bis 30. Juni 2023 wurden (zum Stand: 5. Juli 2023) 834 Datenträger-Auswertungsanträge gestellt bzw. Ergebnisberichte angefordert. Davon wurden im gleichen Zeitraum 777 (93,2 Prozent) Datenträger-Auswertungen freigegeben und 37 (4,4 Prozent) abgelehnt. Die Differenz in Höhe von 20 (2,4 Prozent) ergibt sich aus dem zum Abfragezeitpunkt noch offenen Anträgen, welche noch nicht durch Volljuristen entschieden wurden.

- c) In wie vielen dieser Fälle, in denen der Ergebnisreport der Datenauslesung für das Asylverfahren verwandt wurde, hat dieser dazu geführt oder maßgeblich dazu beigetragen, Angaben der Asylsuchenden zu ihrer Herkunft bzw. Identität bzw. Staatsangehörigkeit zu widerlegen bzw. zu bestätigen (bitte ausführen und in absoluten und relativen Zahlen darstellen)?

Im ersten Halbjahr 2023 waren für die 2.340 freigegebenen Datenträger-Auswertungen (zum Stand: 5. Juli 2023) 1.241 Ergebnisdokumentationen hinterlegt. Die Anzahl der Ergebnisdokumentationen wird als Bezugsgröße für die unten genannten Prozentsätze herangezogen. Daraus ergeben sich die folgenden Angaben (100 Prozent = 1.241):

- 25 Prozent (310): Bericht stützt Angaben des Antragstellenden,
- 1,9 Prozent (23): Bericht stützt Angaben des Antragstellenden nicht,
- 73,2 Prozent (908): keine verwertbaren Erkenntnisse.

Vom 1. März bis 30. Juni 2023 waren für die 777 freigegebenen Datenträger-Auswertungen (zum Stand: 5. Juli 2023) 317 Ergebnisdokumentationen hinterlegt. Die Anzahl der Ergebnisdokumentationen wird als Bezugsgröße für die unten genannten Prozentsätze herangezogen. Daraus ergeben sich die folgenden Angaben (100 Prozent = 317):

- 31,9 Prozent (101): Bericht stützt Angaben des Antragstellenden,
- 0,6 Prozent (2): Bericht stützt Angaben des Antragstellenden nicht,

– 67,5 Prozent (214): keine verwertbaren Erkenntnisse.

Grundsätzlich gilt, dass eine Verifikation der Identität und Staatsangehörigkeit ein für das Asylverfahren ebenso relevantes Ergebnis darstellt wie das Widerlegen von Aussagen zur Identität und Staatsangehörigkeit.

- d) Welche gesetzgeberischen oder untergesetzlichen Maßnahmen wurden bislang ergriffen bzw. sind gegebenenfalls noch geplant zur Umsetzung des Urteils des Bundesverwaltungsgerichts vom 16. Februar 2023 (BVerwG, 1 C 19.21), mit dem die Praxis des BAMF zur Auslesung von Datenträgern Asylsuchender in einem Einzelfall für rechtswidrig erklärt wurde (bitte so konkret wie möglich ausführen)?

Das BAMF hat unverzüglich eine Verfahrensanpassung zum Auslesen von Datenträgern vorgenommen, die gewährleistet, dass die Prüfung der Verhältnismäßigkeit durch eine Person, die die Befähigung zum Richteramt hat, bereits zum gesetzlich vorgesehenen Zeitpunkt des Herausgabeverlangens der Zugangsdaten zum Datenträger erfolgt. Das zur Sicherstellung der Verhältnismäßigkeit der Maßnahme einzuhaltende Verfahren wurde in den Weisungsinstrumenten im Detail umfassend überarbeitet und ergänzt. Der Vorgang befindet sich derzeit noch in Abstimmung.

Das BMI hat am 2. August 2023 einen Diskussionsentwurf für ein Gesetz zur Verbesserung der Rückführung veröffentlicht, der die Vorschläge der Ministerpräsidentenkonferenz sowie des Clusterprozesses mit den Ländern und den Kommunalen Spitzenverbänden aufgreift. Mit Ländern und Kommunen ist im Rahmen des Clusterprozesses eine Diskussion der Regelungsvorstellungen vereinbart worden. Dieser Entwurf enthält erste Vorschläge zur Umsetzung der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts vom 16. Februar 2023 (BVerwG 1 C 19.21).

15. Wie viele Asylanträge wurden im ersten Halbjahr 2023 nach § 14a Absatz 2 des Asylgesetzes von Amts wegen für hier geborene (oder eingereiste) Kinder gestellt, wie viele Asylanträge wurden in den genannten Zeiträumen von Kindern bzw. für Kinder unter 16 Jahren bzw. von Jugendlichen zwischen 16 und 18 Jahren bzw. von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen gestellt (bitte jeweils in absoluten Zahlen und in Prozentzahlen in Relation zur Gesamtzahl der Asylanträge sowie die Gesamtzahl der Anträge unter 18-Jähriger und sich überschneidende Teilmengen angeben), und wie hoch waren die jeweiligen (auch bereinigten) Gesamtschutzquoten für die genannten Gruppen?

Die Gesamtschutzquote bei unbegleiteten Minderjährigen unter 16 Jahren lag im ersten Halbjahr 2023 bei 95,8 Prozent, bei unbegleiteten Minderjährigen im Alter von 16 bis unter 18 Jahren bei 91,8 Prozent und bei allen Personen unter 18 Jahren bei 61,1 Prozent.

Die Gesamtschutzquote unter Außerachtlassung formeller Ablehnungen des BAMF bei unbegleiteten Minderjährigen unter 16 Jahren lag im ersten Halbjahr 2023 bei 97,8 Prozent, bei unbegleiteten Minderjährigen im Alter von 16 bis unter 18 Jahren bei 95,3 Prozent und bei allen Personen unter 18 Jahren bei 74,3 Prozent. Die weiteren Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden. Teilmengen sind eingerückt zur beinhaltenden Menge angegeben:

	1. Halbjahr 2023	
	absolut	Verhältnis zu Asylerstanträgen gesamt
Asylerstanträge gesamt	150.166	

	1. Halbjahr 2023	
	absolut	Verhältnis zu Asylerstanträgen gesamt
Asylerstanträge von Minderjährigen unter 18 Jahre insgesamt	47.495	31,6 %
Asylerstanträge von Minderjährigen unter 16 Jahre	39.683	26,4 %
unbegleitete Minderjährige unter 16 Jahre	2.061	1,4 %
Anträge gem. § 14a II AsylG	2.721	1,8 %
Asylerstanträge von Minderjährigen von 16 bis unter 18 Jahre	7.812	5,2 %
unbegleitete Minderjährige (16 bis unter 18 Jahre)	5.351	3,6 %
Anträge gem. § 14a II AsylG	21	0,0 %

16. Wie viele der Asylsuchenden im ersten Halbjahr 2023 waren sogenannte Nachgeborene, d. h. hier geborene Kinder von Asylsuchenden oder Flüchtlingen (bitte in absoluten und relativen Zahlen angeben und nach den zehn wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Erkenntnisse im Sinne der Fragestellung liegen nur zu Asylantragstellenden vor. 11.860 Asylantragstellende im ersten Halbjahr 2023 waren so genannte „Nachgeborene“, d. h. in Deutschland geborene Kinder (und zum Zeitpunkt der Asylantragstellung unter einem Jahr alt), davon 2.071 Kinder von anerkannten Asylberechtigten und 3.142 von anerkannten Flüchtlingen (Artikel 16a Grundgesetz und § 3 Absatz 1 AsylG). Weitere Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

1. Halbjahr 2023	Absolut	Verhältnis zu Asylerstanträgen gesamt
Gesamt	11.860	7,9 %
darunter:		
Syrien	4.787	11,0 %
Afghanistan	1.244	4,6 %
Türkei	520	2,7 %
Iran	177	3,0 %
Irak	1.194	21,1 %
Georgien	178	3,4 %
Russische Föderation	167	4,0 %
Somalia	479	18,5 %
Eritrea	722	29,6 %
Ungeklärt	324	16,5 %

17. Welche Asylentscheidungen ergingen bei unbegleiteten Minderjährigen im ersten Halbjahr 2023 (bitte nach den verschiedenen Schutzstatus, nach Ablehnung, Ablehnung als offensichtlich unbegründet, Dublin-Entscheidung, sonstiger Verfahrenserledigung und wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

1. Halbjahr 2023	Entscheidungen über Erstanträge								
	Gesamt	Anerkennung als Asylberechtigter (Art. 16a GG u. Fam.Asyl)	Anerkennung als Flüchtling gem. § 3 I AsylG	Subsidiärer Schutz gem. § 4 I AsylG	Abschiebungsverbot gem. § 60 V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr. abgelehnt)	Ablehnungen (offens. unbegr. abgelehnt)	Entscheidungen im Dublin-Verfahren (z. B. § 29 INr. 1 AsylG)	sonstige Verfahrenserledigungen (ohne Dublin-Entscheidungen)
Herkunftsländer gesamt	2.442	6	167	1.349	752	84	9	6	69
darunter:									
Afghanistan	841	5	116	32	670	3	-	2	13
Syrien	1.328	-	7	1.296	-	-	-	4	21
Türkei	49	-	1	1	2	39	1	-	5
Somalia	54	-	17	13	22	-	-	-	2
Guinea	18	-	4	2	7	3	-	-	2
Irak	25	-	7	-	7	9	-	-	2
Iran	9	-	3	-	1	4	-	-	1
Ägypten	6	-	1	-	2	1	-	-	2
Ungeklärt	5	-	3	1	1	-	-	-	-
Gambia	5	-	-	-	3	2	-	-	-
Tunesien	3	-	-	-	-	1	-	-	2
Marokko	13	-	-	1	-	5	-	-	7
Kongo, Dem.Rep	1	-	-	-	1	-	-	-	-
Libanon	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Elfenbeinküste (Cote d'Ivoire)	4	-	2	-	2	-	-	-	-

18. Wie viele unbegleitete Minderjährige wurden im ersten Halbjahr 2023 an welchen Grenzen durch die Bundespolizei aufgegriffen, wie viele von ihnen wurden an die Jugendämter übergeben, und wie viele von ihnen wurden zurückgewiesen oder zurückgeschoben (bitte nach den fünf wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

1. Halbjahr 2023	unbegleitete Minderjährige	Zurückschiebungen	Zurückweisungen	Übergabe Jugendamt
Gesamt	2.867	76	281	2.360
davon nach Grenzen				
Schweiz	945	4	36	856
Österreich	568	5	242	308
Polen	546	2	0	530
Frankreich	260	50	2	195
Tschechien	174	1	0	153
Belgien	150	0	0	143
ungeklärt	114	0	0	103
Niederlande	45	13	0	27
Luftgrenze	41	0	1	24
Luxemburg	13	1	0	10

1. Halbjahr 2023	unbegleitete Minderjährige	Zurückschiebungen	Zurückweisungen	Übergabe Jugendamt
Dänemark	10	0	0	10
Seegrenze	1	0	0	1
nach Staatsangehörigkeit (Top 5)				
afghanisch	1.259	9	122	1.078
syrisch	527	7	70	433
somalisch	161	1	13	147
marokkanisch	119	3	8	100
algerisch	116	15	7	85

Differenzen in den Tabellen zwischen der Zahl der festgestellten unbegleiteten Minderjährigen und den aufgeführten Maßnahmen erklären sich aus sonstigen Maßnahmen der Grenzbehörden, etwa der Übergabe an inländische Behörden (z. B. Polizeien der Länder, Ausländerbehörden).

19. Wie viele Asylanträge wurden im ersten Halbjahr 2023 als „offensichtlich unbegründet“ abgelehnt (bitte Angaben differenziert nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern machen und zudem jeweils in Relation zur Gesamtzahl der Ablehnungen setzen)?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

1. Halbjahr 2023	Ablehnung insgesamt	darunter: als offensichtlich unbegründet abgelehnt	Anteil an Ablehnungen gesamt
insgesamt	27.541	11.478	41,7 %
darunter:			
Syrien	18	3	16,7 %
Afghanistan	163	12	7,4 %
Türkei	5.510	970	17,6 %
Iran	1.032	45	4,4 %
Irak	3.519	345	9,8 %
Georgien	3.720	2.801	75,3 %
Russische Föderation	459	83	18,1 %
Somalia	108	2	1,9 %
Eritrea	167	2	1,2 %
Ungeklärt	334	96	28,7 %
Venezuela	676	293	43,3 %
Nordmazedonien	1.574	1.565	99,4 %
Kolumbien	391	78	19,9 %
Indien	366	241	65,8 %
Guinea	229	38	16,6 %

20. Wie viele sog. Flughafenverfahren wurden im ersten Halbjahr 2023 an welchen Flughafenstandorten mit welchem Ergebnis durchgeführt (bitte auch Angaben zum Anteil der Minderjährigen, der unbegleiteten Minderjährigen und zu den zehn wichtigsten Herkunftsländern machen)?

In wie vielen Fällen wurden Rechtsmittel gegen eine Ablehnung als offensichtlich unbegründet eingelegt, und was waren die Ergebnisse der gerichtlichen Überprüfung (bitte nach wichtigsten Herkunftsländern aufschlüsseln)?

Im Berichtszeitraum gab es keine Flughafenverfahren für unbegleitete Minderjährige. Die weiteren Angaben können – soweit vorliegend – den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

1. Halbjahr 2023	Flughafenverfahren			Entscheidungen innerhalb von 2 Tagen nach Antragstellung	
	Akten-anlage	darunter: Personen unter 18 Jahren	Mitteilung § 18a Abs. 6	offens. unbegründet	eingestellt
Insgesamt	200	20	145	59	0
darunter:					
Syrien	51	9	51	0	0
Iran	28	2	25	3	0
Afghanistan	11	0	11	0	0
Simbabwe	10	2	6	4	0
Somalia	10	1	10	0	0
Kuba	9	2	0	9	0
Irak	8	1	5	3	0
Kamerun	8	0	5	3	0
Komoren	7	0	1	6	0
Myanmar	6	1	6	0	0

1. Halbjahr 2023	Flughafenverfahren			Entscheidungen innerhalb von 2 Tagen nach Antragstellung	
	Akten-anlage	darunter: Personen unter 18 Jahren	Mitteilung § 18a Absatz 6	offens. unbegründet	eingestellt
Insgesamt	200	20	145	59	0
Flughafen Berlin	18	0	16	2	0
Flughafen Frankfurt/Main	165	20	117	52	0
Flughafen München	17	0	12	5	0

01.01.- 31.05.2023	Rechtsmittel Verwaltungsgericht		
	eingelegt	stattgegeben	abgelehnt
Insgesamt	54	3	44
Syrien	0	0	0
Iran	3	0	2
Afghanistan	0	0	0
Simbabwe	1	0	1
Somalia	0	0	1
Kuba	13	0	8

01.01.- 31.05.2023	Rechtsmittel Verwaltungsgericht		
	eingelegt	stattgegeben	abgelehnt
Irak	4	0	3
Kamerun	3	0	0
Komoren	7	1	4
Myanmar	0	0	0

21. Wie lauten nach Kenntnis der Bundesregierung die statistischen Daten zu Rechtsmitteln und Gerichtsentscheidungen im Bereich Asyl für das Gesamtjahr 2022 bzw. für das bisherige Jahr 2023 (bitte jeweils in der Differenzierung wie in der Antwort zu Frage 13 auf Bundestagsdrucksache 20/432 darstellen: Asylverfahren, Widerrufsverfahren, Eilanträge in Dublin-Verfahren, Verfahrensdauern, auch zu Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes bzw. nach § 80 Absatz 5 der Verwaltungsgerichtsordnung; neben der Differenzierung nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern bitte in jedem Fall auch Angaben zu den sicheren Herkunftsstaaten sowie zu Marokko, Tunesien, Algerien, Georgien, Moldawien, Belarus, Ukraine, Russische Föderation und Türkei machen – aus Gründen der Übersichtlichkeit und wegen geringer Fallzahlen in den weiteren Instanzen sind Angaben zur ersten Instanz ausreichend)?

Die Angaben können – soweit vorliegend – den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Erst- und Folgeanträge												
01.01- 31.05.2023 (Stand: 15.07.2023)	Eingelegte Klagen	Gerichtsentscheidungen									anhängige Rechtsmittel	
		Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingsschutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot	Ablehnungen	absolut	Anteil	absolut		Anteil
Staatsangehörigkeiten gesamt darunter:	35.991	37.787	149	1.586	471	1.684	10.999	29,1 %	22.872	60,5 %	120.173	
Türkei	5.854	2.993	49	270	8	38	1.113	37,2 %	22.872	60,5 %	120.173	
Syrien	5.652	5.612	6	221	9	22	1.351	24,1 %	1.515	50,6 %	13.974	
Irak	4.033	4.720	-	70	24	273	1.744	36,9 %	4.003	71,3 %	17.327	
Afghanistan	3.420	3.680	9	156	10	320	117	3,2 %	2.606	55,2 %	20.496	
Georgien	2.487	1.953	-	-	4	15	1.048	53,7 %	3.068	83,4 %	6.760	
Iran	1.542	2.027	23	504	15	19	471	23,2 %	886	45,4 %	5.458	
Nordmazedonien	1.275	1.035	-	-	-	6	222	21,4 %	995	49,1 %	7.590	
Russische Föderation	1.198	1.712	13	28	43	53	632	36,9 %	807	78,0 %	2.065	

Erst- und Folgeanträge											
01.01- 31.05.2023 (Stand: 15.07.2023)	Eingelegte Klagen	Gerichtsentscheidungen									anhängige Rechtsmittel
		Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingsschutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot	Ablehnungen	absolut	Anteil	absolut	
Nigeria	779	1.918	9	22	1	155	745	38,8 %	942	55,0 %	6.174
Serbien	610	537	-	-	-	13	119	22,2 %	986	51,4 %	4.666
Pakistan	543	747	7	102	-	21	226	30,3 %	405	75,4 %	1.261
Libanon	521	358	-	5	-	41	93	26,0 %	391	52,3 %	2.130
Ungeklärt	492	698	1	16	12	59	140	20,1 %	218	60,9 %	1.543
Somalia	419	750	1	20	29	121	134	17,9 %	461	66,0 %	2.367
Tunesien	364	173	1	2	-	6	34	19,7 %	444	59,2 %	2.037
Albanien	329	414	0	0	3	9	130	31,4 %	272	65,7 %	959
Bosnien und Herzeg.	208	260	0	0	0	1	50	19,2 %	209	80,4 %	544
Ghana	54	125	0	1	0	8	36	28,8 %	80	64,0 %	366
Kosovo	124	100	0	0	0	0	14	14,0 %	86	86,0 %	407
Montenegro	60	99	0	0	0	0	25	25,3 %	74	74,7 %	171
Senegal	33	62	0	3	0	6	12	19,4 %	41	66,1 %	141
Marokko	180	185	1	6	0	2	52	28,1 %	124	67,0 %	572
Algerien	197	182	1	2	1	2	39	21,4 %	136	74,7 %	495
Moldau, Republik	355	679	0	1	0	0	236	34,8 %	442	65,1 %	1.141
Belarus	101	105	0	0	0	0	12	11,4 %	93	88,6 %	206
Ukraine	8	141	0	0	60	0	8	5,7 %	73	51,8 %	316

Erst- und Folgeanträge											
Jahr 2022 (Stand: 15.02.2023)	Eingelegte Klagen	Gerichtssentscheidungen									anhängige Rechtsmittel
		Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingsschutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot	Ablehnungen	sonst. Verfahrenserledigungen (z. B. Rücknahmen)			
absolut	Anteil							absolut	Anteil		
Staatsangehörigkeiten gesamt	78.080	96.495	461	5.396	1.353	9.385	28.759	29,8 %	51.004	52,9 %	123.158
darunter:											
Irak	15.134	10.126	-	280	156	972	3.937	38,9 %	4.760	47,0 %	21.291
Syrien	12.302	12.739	9	835	23	120	3.416	26,8 %	8.332	65,4 %	17.452
Afghanistan	7.077	15.628	18	787	104	5.204	360	2,3 %	9.139	58,5 %	7.186
Türkei	6.882	5.533	190	572	19	83	2.447	44,2 %	2.211	40,0 %	11.165
Georgien	4.883	2.848	4	8	-	71	1.311	46,0 %	1.454	51,1 %	4.914
Iran	2.872	6.255	77	1.537	63	98	2.286	36,5 %	2.191	35,0 %	8.202
Nigeria	2.636	6.143	5	63	7	485	2.747	44,7 %	2.834	46,1 %	5.912
Nordmazedonien	2.198	1.729	-	3	1	12	388	22,4 %	1.325	76,6 %	1.853
Russische Föderation	1.623	4.224	60	100	83	151	1.629	38,6 %	2.193	51,9 %	6.762
Moldau, Republik	1.566	1.839	-	-	-	4	877	47,7 %	958	52,1 %	1.479
Somalia	1.494	2.070	1	71	74	375	315	15,2 %	1.232	59,5 %	2.384
Ungeklärt	1.443	1.672	7	116	44	181	347	20,8 %	973	58,2 %	2.616
Pakistan	1.247	2.632	13	358	8	89	893	33,9 %	1.271	48,3 %	2.319
Serbien	1.080	846	-	-	-	5	250	29,6 %	590	69,7 %	1.196
Albanien	1.050	1.033	-	4	8	33	286	27,7 %	701	67,9 %	1.055
Bosnien und Herzeg.	650	620	0	0	0	2	83	13,4 %	535	86,3 %	601
Ghana	193	321	0	5	0	16	83	25,9 %	217	67,6 %	441

Erst- und Folgeanträge											
Jahr 2022 (Stand: 15.02.2023)	Eingelegte Klagen	Gerichtssentscheidungen									anhängige Rechtsmittel
		Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingsschutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot	Ablehnungen	sonst. Verfahrenserledigungen (z. B. Rücknahmen)			
								absolut	Anteil	absolut	
Kosovo	166	238	0	0	0	17	67	28,2 %	154	64,7 %	405
Montenegro	188	106	0	0	0	1	32	30,2 %	73	68,9 %	211
Senegal	84	165	0	0	0	17	54	32,7 %	93	56,4 %	177
Marokko	366	530	0	14	0	29	146	27,5 %	333	62,8 %	586
Tunesien	418	472	2	11	6	8	105	22,2 %	340	72,0 %	465
Algerien	471	652	0	7	0	20	187	28,7 %	436	66,9 %	476
Belarus	209	194	0	1	0	1	59	30,4 %	132	68,0 %	211
Ukraine	180	767	0	9	310	14	75	9,8 %	357	46,5 %	458

Widerrufsverfahren										
01.01. - 31.05.2023 (Stand: 15.07.2023)	Eingelegte Klagen	Gerichtssentscheidungen							anhängige Rechtsmittel	
		Gesamt	Widerruf Art. 16a GG/ Flüchtlingseigenschaft / subs. Schutz		kein Widerruf		sonst. Verfahrenserledigungen (z. B. Rücknahmen)			
			absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil		
Staatsangehörigkeiten gesamt	329	742	293	39,5 %	81	10,9 %	368	49,6 %	3.188	
darunter:										
Irak	87	177	83	46,9 %	9	5,1 %	85	48,0 %	951	
Syrien	78	121	56	46,3 %	8	6,6 %	57	47,1 %	434	
Afghanistan	19	86	6	7,0 %	27	31,4 %	53	61,6 %	231	
Türkei	18	26	13	50,0 %	3	11,5 %	10	38,5 %	127	
Iran	15	15	4	26,7 %	1	6,7 %	10	66,7 %	122	
Eritrea	10	11	2	18,2 %	1	9,1 %	8	72,7 %	101	
Somalia	10	19	6	31,6 %	3	15,8 %	10	52,6 %	75	
Armenien	9	41	9	22,0 %	-	0,0 %	32	78,0 %	122	
Staatenlos	8	6	2	33,3 %	-	0,0 %	4	66,7 %	23	
Ungeklärt	8	39	24	61,5 %	2	5,1 %	13	33,3 %	135	

Widerrufsverfahren									
01.01. - 31.05.2023 (Stand: 15.07.2023)	Eingelegte Klagen	Gerichtssentscheidungen							anhängige Rechtsmittel
		Gesamt	Widerruf Art. 16a GG/ Flüchtlingseigen- schaft / subs. Schutz		kein Widerruf		sonst. Verfahrenserledigungen (z. B. Rücknahmen)		
			absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	
Nigeria	7	27	7	25,9 %	3	11,1 %	17	63,0 %	85
Indien	7	12	3	25,0 %	2	16,7 %	7	58,3 %	64
Äthiopien	6	11	6	54,5 %	1	9,1 %	4	36,4 %	66
Libanon	6	15	12	80,0 %	-	0,0 %	3	20,0 %	74
Russische Föderation	5	27	12	44,4 %	6	22,2 %	9	33,3 %	172
Albanien	2	2	2	100,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	17
Bosnien und Herzegowina	0	1	0	0,0 %	0	0,0 %	1	100,0 %	4
Ghana	0	0	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	13
Kosovo	4	5	1	20,0 %	1	20,0 %	3	60,0 %	48
Nordmazedonien	0	3	3	100,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	5
Montenegro	0	4	2	50,0 %	0	0,0 %	2	50,0 %	5
Senegal	0	0	0	0,0 %	0	-	0	0,0 %	2
Serbien	1	14	7	50,0 %	1	7,1 %	6	42,9 %	23
Marokko	1	4	2	50,0 %	1	25,0 %	1	25,0 %	8
Tunesien	0	1	1	100,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	6
Algerien	1	5	1	20,0 %	1	20,0 %	3	60,0 %	15
Georgien	0	2	2	100,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	2
Moldau, Republik	2	0	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	7
Belarus	0	1	1	100,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0
Ukraine	0	0	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	7

Widerrufsverfahren									
Jahr 2022 (Stand: 15.02.2023)	Eingelegte Klagen	Gerichtssentscheidungen							anhängige Rechtsmittel
		Gesamt	Widerruf Art. 16a GG/ Flüchtlingseigen- schaft / subs. Schutz		kein Widerruf		sonst. Verfahrenserledigungen (z. B. Rücknahmen)		
			absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	
Staatsangehörigkeiten gesamt	1.156	2.400	830	34,6 %	291	12,1 %	1.279	53,3 %	3.661
darunter:									
Irak	297	362	178	49,2 %	32	8,8 %	152	42,0 %	1.049
Syrien	202	319	144	45,1 %	23	7,2 %	152	47,6 %	483
Ungeklärt	60	92	47	51,1 %	4	4,3 %	41	44,6 %	175
Armenien	54	75	56	74,7 %	1	1,3 %	18	24,0 %	151
Eritrea	49	85	16	18,8 %	6	7,1 %	63	74,1 %	103
Türkei	47	92	52	56,5 %	7	7,6 %	33	35,9 %	137
Afghanistan	45	685	40	5,8 %	155	22,6 %	490	71,5 %	297
Iran	43	69	27	39,1 %	3	4,3 %	39	56,5 %	122
Indien	37	15	11	73,3 %	-	0,0 %	4	26,7 %	79
Nigeria	35	66	37	56,1 %	2	3,0 %	27	40,9 %	107
Russische Föderation	31	76	27	35,5 %	5	6,6 %	44	57,9 %	196
Somalia	30	51	16	31,4 %	6	11,8 %	29	56,9 %	87

Widerrufsverfahren									
Jahr 2022 (Stand: 15.02.2023)	Eingelegte Klagen	Gerichtssentscheidungen							anhängige Rechtsmittel
		Gesamt	Widerruf Art. 16a GG/ Flüchtlingseigen- schaft / subs. Schutz		kein Widerruf		sonst. Verfahrens- erledigungen (z. B. Rücknah- men)		
			absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	
Äthiopien	22	30	6	20,0 %	5	16,7 %	19	63,3 %	73
Jordanien	19	34	5	14,7 %	2	5,9 %	27	79,4 %	35
Kosovo	15	15	10	66,7 %	-	0,0 %	5	33,3 %	49
Albanien	8	12	2	16,7 %	0	0,0 %	10	83,3 %	18
Bosnien und Herzego- wina	3	9	6	66,7 %	1	11,1 %	2	22,2 %	5
Ghana	4	2	1	50,0 %	0	0,0 %	1	50,0 %	13
Nordmazedonien	3	7	6	85,7 %	0	0,0 %	1	14,3 %	8
Montenegro	1	1	1	100,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	9
Senegal	0	4	0	0,0 %	0	0,0 %	4	100,0 %	2
Serbien	9	16	9	56,3 %	0	0,0 %	7	43,8 %	36
Marokko	3	11	5	45,5 %	1	9,1 %	5	45,5 %	11
Tunesien	6	6	1	16,7 %	1	16,7 %	4	66,7 %	7
Algerien	5	4	2	50,0 %	0	0,0 %	2	50,0 %	19
Georgien	2	4	2	50,0 %	0	0,0 %	2	50,0 %	4
Moldau, Republik	0	3	0	0,0 %	0	0,0 %	3	100,0 %	5
Belarus	1	1	1	100,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	1
Ukraine	1	9	2	22,2 %	2	22,2 %	5	55,6 %	7

## Durchschnittliche Dauer gerichtlicher Verfahren in Monaten

	Verfahrensdauer Erst- und Folgeanträge:	Verfahrensdauer Widerrufe:
01.01. – 31.05.2023	22,5	26,0

## Durchschnittliche Dauer gerichtlicher Verfahren in Monaten

	Verfahrensdauer Erst- und Folgeanträge:	Verfahrensdauer Widerrufe:
Jahr 2022	26,0	20,7

## Gerichtssentscheidungen zu Eilanträgen im Dublin-Verfahren:

01.01. – 31.05.2023 (Stand: 15.07.2023)	abgelehnt	stattgegeben	Gesamtentscheidun- gen
Staatsangehörigkeiten gesamt	4.260	1.744	6.004
darunter:			
Syrien	932	391	1.323
Afghanistan	677	327	1.004
Türkei	694	203	897
Irak	365	281	646
Russische Föderation	392	56	448
Iran	172	178	350
Libanon	62	80	142

01.01. – 31.05.2023 (Stand: 15.07.2023)	abgelehnt	stattgegeben	Gesamtentscheidungen
Ungeklärt	80	31	111
Tunesien	93	15	108
Nigeria	56	22	78
Guinea	46	30	76
Burundi	45	17	62
Aserbaidschan	58	1	59
Pakistan	44	8	52
Algerien	38	5	43
Albanien	0	0	0
Bosnien und Herzegowina	4	0	4
Ghana	6	1	7
Kosovo	5	0	5
Nordmazedonien	6	0	6
Montenegro	0	0	0
Senegal	0	0	0
Serbien	2	0	2
Marokko	32	3	35
Georgien	16	1	17
Moldau, Republik	7	0	7
Belarus	31	0	31
Ukraine	1	0	1

Jahr 2022 (Stand: 15.02.2023)	abgelehnt	stattgegeben	Gesamtentscheidungen
Staatsangehörigkeiten gesamt	5.919	2.357	8.276
darunter:			
Afghanistan	1.245	655	1.900
Irak	870	513	1.383
Syrien	962	323	1.285
Türkei	436	87	523
Iran	249	101	350
Russische Föderation	248	46	294
Nigeria	183	106	289
Ungeklärt	133	54	187
Libanon	137	49	186
Aserbaidschan	84	85	169
Guinea	117	40	157
Pakistan	127	21	148
Libyen	97	36	133
Tunesien	66	21	87
Belarus	80	6	86
Albanien	3	0	3
Bosnien und Herzegowina	15	0	15

Jahr 2022 (Stand: 15.02.2023)	abgelehnt	stattgegeben	Gesamtentscheidungen
Ghana	15	7	22
Kosovo	1	0	1
Nordmazedonien	23	10	33
Montenegro	0	0	0
Senegal	11	6	17
Serbien	4	1	5
Marokko	52	5	57
Algerien	81	3	84
Georgien	38	7	45
Moldau, Republik	49	3	52
Ukraine	19	0	19

Verfahrensdauer Eilanträge im Dublin-Verfahren (in Tagen):

Zeitraum: 01.01. – 31.05.2023 (Stand: 15.07.2023)	Antrag nach § 80 V VwGO	Antrag nach § 80 VII VwGO	Antrag nach § 123 VwGO
Staatsangehörigkeiten gesamt	40,8	24,0	26,9
darunter:			
Syrien	35,3	16,9	16,6
Afghanistan	45,9	20,4	21,0
Türkei	41,1	19,1	62,3
Irak	60,0	17,3	20,6
Russische Föderation	36,6	66,8	0
Iran	30,5	18,9	59,0
Libanon	22,9	16,7	0
Ungeklärt	30,8	22,6	13,0
Tunesien	36,3	0	0
Nigeria	52,7	118,4	21,0
Guinea	28,4	5,5	30,5
Burundi	20,6	4,0	0
Aserbaidshen	16,8	5,3	16,0
Pakistan	17,2	7,0	35,0
Algerien	50,6	0	0
Albanien	0	0	0
Bosnien und Herzegowina	19,0	0,0	0,0
Ghana	25,8	0,0	0,0
Kosovo	27,0	0,0	0,0
Nordmazedonien	14,5	0,0	0,0
Montenegro	0	0	0
Senegal	0	0	0
Serbien	8,0	0,0	0,0

Zeitraum: 01.01. – 31.05.2023 (Stand: 15.07.2023)	Antrag nach § 80 V VwGO	Antrag nach § 80 VII VwGO	Antrag nach § 123 VwGO
Marokko	26,8	20,0	6,0
Georgien	32,0	0,0	0,0
Moldau, Republik	33,3	0,0	0,0
Belarus	146,9	0,0	0,0
Ukraine	41,0	0,0	0,0

Zeitraum: Jahr 2022 (Stand: 15.02.2023)	Antrag nach § 80 Abs. 5 VwGO	Antrag nach § 80 Abs. 7 VwGO	Antrag nach § 123 VwGO
Staatsangehörigkeiten gesamt	46,0	27,5	23,4
darunter:			
Afghanistan	51,3	25,6	20,7
Irak	34,1	24,1	26,9
Syrien	36,7	26,7	17,5
Türkei	34,0	28,4	8,6
Iran	37,2	26,9	28,5
Russische Föderation	43,8	34,3	16,3
Nigeria	103,9	17,9	13,2
Ungeklärt	33,3	14,6	16,6
Libanon	35,6	13,8	2,0
Aserbaidshjan	51,4	6,7	15,0
Guinea	31,2	18,4	8,0
Pakistan	26,1	9,6	15,0
Libyen	88,8	0	0
Tunesien	49,4	4,0	18,0
Belarus	185,8	39,0	36,8
Albanien	54,3	0,0	0,0
Bosnien und Herzegowina	299,7	0,0	0,0
Ghana	39,0	271,0	0,0
Kosovo	4,0	0,0	0,0
Nordmazedonien	60,4	5,0	0,0
Montenegro	0	0	0
Senegal	39,3	354,0	0,0
Serbien	29,2	0,0	0,0
Marokko	28,5	0,0	60,2
Algerien	35,8	0,0	20,0
Georgien	32,7	10,0	0,0
Moldau, Republik	32,7	11,3	48,8
Ukraine	25,2	1,0	0,0

## Gerichtsentscheidungen zu Eilanträgen (einstweiliger Rechtsschutz) Gesamt:

01.01. – 31.05.2023 (Stand: 15.07.2023)	abgelehnt	stattgegeben	Gesamtentscheidungen
Staatsangehörigkeiten gesamt	11.051	3.788	14.839
darunter:			
Syrien	1.200	851	2.051
Türkei	1.384	379	1.763
Georgien	1.679	66	1.745
Afghanistan	897	664	1.561
Irak	723	498	1.221
Nordmazedonien	841	44	885
Russische Föderation	522	102	624
Iran	249	242	491
Serbien	374	13	387
Moldau, Republik	289	17	306
Albanien	260	13	273
Libanon	135	125	260
Ungeklärt	130	89	219
Nigeria	138	77	215
Tunesien	169	29	198
Bosnien und Herzegowina	141	6	147
Ghana	36	13	49
Kosovo	60	3	63
Montenegro	36	1	37
Senegal	16	0	16
Marokko	93	14	107
Algerien	99	18	117
Belarus	58	0	58
Ukraine	2	1	3

Jahr 2022 (Stand: 15.02.2023)	abgelehnt	stattgegeben	Gesamtentscheidungen
Staatsangehörigkeiten gesamt	23.809	5.324	29.133
darunter:			
Irak	2.491	1.011	3.502
Afghanistan	2.466	887	3.353
Georgien	2.883	128	3.011
Syrien	2.268	599	2.867
Nordmazedonien	1.671	86	1.757
Türkei	1.411	326	1.737
Moldau, Republik	1.203	21	1.224
Nigeria	702	250	952
Albanien	847	62	909
Russische Föderation	660	184	844
Iran	581	225	806
Serbien	758	37	795
Bosnien und Herzegowina	502	21	523
Ungeklärt	320	134	454
Pakistan	382	50	432

Jahr 2022 (Stand: 15.02.2023)	abgelehnt	stattgegeben	Gesamtentscheidungen
Ghana	129	31	160
Kosovo	96	22	118
Montenegro	143	6	149
Senegal	60	14	74
Marokko	171	30	201
Tunesien	172	41	213
Algerien	217	21	238
Belarus	101	11	112
Ukraine	99	93	192

Verfahrensdauer Eilanträge (einstweiliger Rechtsschutz) Gesamt (in Tagen):

Zeitraum: 01.01. – 31.05.2023 (Stand: 15.07.2023)	Antrag nach § 80 V VwGO	Antrag nach § 80 VII VwGO	Antrag nach § 123 VwGO
Staatsangehörigkeiten gesamt	40,9	25,3	34,4
darunter:			
Syrien	32,4	30,1	48,1
Türkei	36,2	18,8	26,5
Georgien	34,2	22,4	20,3
Afghanistan	47,3	31,5	56,6
Irak	51,3	22,8	27,9
Nordmazedonien	35,2	13,7	30,3
Russische Föderation	64,3	40,3	100,4
Iran	32,0	16,8	82,7
Serbien	41,8	28,9	18,3
Moldau (Republik)	77,8	25,5	46,5
Albanien	36,3	4,0	20,4
Libanon	27,3	18,0	0
Ungeklärt	39,9	19,9	12,7
Nigeria	56,1	68,6	45,4
Tunesien	46,3	2,8	28,7
Bosnien und Herzegowina	40,7	52,3	41,5
Ghana	32,2	31,0	7,0
Kosovo	29,5	2,0	33,2
Montenegro	15,5	0,0	8,8
Senegal	36,5	22,0	0,0
Marokko	29,9	24,0	12,8
Algerien	33,3	3,7	5,9
Belarus	71,8	0,0	44,0
Ukraine	36,0	32,0	0,0
Zeitraum: Jahr 2022 (Stand: 15.02.2023)			
Staatsangehörigkeiten gesamt	43,6	32,0	44,9
darunter:			
Irak	36,5	21,5	29,6

Zeitraum: Jahr 2022 (Stand: 15.02.2023)	Antrag nach § 80 V VwGO	Antrag nach § 80 VII VwGO	Antrag nach § 123 VwGO
Afghanistan	52,3	40,6	82,6
Georgien	31,6	17,0	21,9
Syrien	44,3	37,8	23,6
Nordmazedonien	42,8	33,9	47,6
Türkei	29,6	31,1	31,4
Moldau (Republik)	46,3	10,7	56,1
Nigeria	100,1	78,3	42,9
Albanien	26,9	24,5	29,1
Russische Föderation	62,1	56,4	59,0
Iran	37,9	31,6	42,9
Serbien	32,0	33,2	38,9
Bosnien und Herzegowina	39,4	41,4	41,6
Ungeklärt	41,3	42,2	29,1
Pakistan	30,0	30,8	63,6
Ghana	45,0	60,3	31,6
Kosovo	32,9	30,6	22,0
Montenegro	31,9	16,7	13,6
Senegal	72,6	182,5	232,5
Marokko	27,1	6,5	36,8
Tunesien	65,0	28,7	19,4
Algerien	32,1	22,1	18,8
Belarus	163,0	39,0	36,8
Ukraine	109,7	20,4	120,7

- a) Wie viele Rechtsmittel sind derzeit nach Kenntnis der Bundesregierung anhängig in Verfahren, in denen subsidiär Schutzberechtigte oder Personen mit nationalem Abschiebungsschutz (bitte differenzieren) auf einen Flüchtlingsstatus klagen (bitte auch nach den zehn wichtigsten Herkunftsländern differenzieren), und wie viele dieser Verfahren wurden im Gesamtjahr 2022 bzw. im bisherigen Jahr 2023 mit welchem Ergebnis entschieden (bitte nach Bundesländern und den zehn wichtigsten Herkunftsländern differenzieren; Angaben zur ersten Instanz sind ausreichend)?

Die folgenden Klagen gegen vom BAMF auf subsidiären Schutz entschiedene Asylanträge waren zum Stichtag vom 31. Mai 2023 anhängig.

anhängige Rechtsmittel gegen subsidiären Schutz zum 31. Mai 2023	
nach Staatsangehörigkeit	Klagen
Gesamt	10.465
darunter:	
Syrien	9.525
Irak	256
Ungeklärt	162
Eritrea	147
Afghanistan	100
Jemen	75
Iran	41
Staatenlos	38

anhängige Rechtsmittel gegen subsidiären Schutz zum 31. Mai 2023	
Somalia	26
Libyen	16

Die folgenden Klagen gegen die Feststellung eines Abschiebungsverbotes waren zum Stichtag vom 31. Mai 2023 anhängig.

anhängige Rechtsmittel gegen Feststellung eines Abschiebungsverbotes zum 31. Mai 2023	
nach Staatsangehörigkeit	Klagen
Gesamt	2.250
darunter:	
Afghanistan	1.268
Irak	309
Syrien	153
Somalia	141
Eritrea	81
Äthiopien	44
Ungeklärt	28
Nigeria	25
Türkei	18
Iran	17

Die folgenden Klagen gegen vom BAMF auf subsidiären Schutz entschiedene Verfahren wurden wie folgt entschieden.

nach Staatsangehörigkeit	Summe Entscheidungen	Anerkennungen gem. Art. 16a GG	Flüchtlingsschutz gem. § 3 I AsylG	Keine Verbesserung
Jahr 2022	6.559	16	922	5.621
darunter				
Syrien	5.736	9	797	4.930
Jemen	144	2	6	136
Ungeklärt	135	5	38	92
Eritrea	125	-	13	112
Irak	119	-	4	115
Afghanistan	80	-	17	63
Staatenlos	51	-	12	39
Somalia	29	-	5	24
Iran	25	-	9	16
Türkei	17	-	3	14

nach Ländern	Summe Entscheidungen	Anerkennungen gem. Art. 16a GG	Flüchtlingsschutz gem. § 3 I AsylG	Keine Verbesserung
Jahr 2022	6.559	16	922	5.621
darunter				
Baden-Württemberg	989	-	97	892
Bayern	789	-	36	753
Berlin	498	1	167	330
Brandenburg	413	1	180	232

nach Ländern	Summe Entscheidungen	Anerkennungen gem. Art. 16a GG	Flüchtlingsschutz gem. § 3 I AsylG	Keine Verbesserung
Bremen	77	-	9	68
Hamburg	116	-	11	105
Hessen	715	7	29	679
Mecklenburg-Vorpommern	63	-		63
Niedersachsen	468	4	18	446
Nordrhein-Westfalen	1.278	3	226	1.049
Rheinland-Pfalz	248	-	30	218
Saarland	48	-		48
Sachsen	272	-	34	238
Sachsen-Anhalt	271	-	6	265
Schleswig-Holstein	93	-	5	88
Thüringen	221	-	74	147

nach Staatsangehörigkeit	Summe Entscheidungen	Anerkennungen gem. Art. 16a GG	Flüchtlingsschutz gem. § 3 I AsylG	Keine Verbesserung
01.01. – 31.05.2023	2.367	8	234	2.125
darunter				
Syrien	2.151	6	210	1.935
Ungeklärt	47	1	6	40
Irak	27		2	25
Jemen	25	-	2	23
Eritrea	25	-	1	24
Somalia	20	-	1	19
Afghanistan	19	-	5	14
Staatenlos	14	-	-	14
Iran	8	1	-	7
Türkei	5	-	3	2

nach Ländern	Summe Ent- scheidungen	Anerkennungen gem. Art. 16a GG	Flüchtlingsschutz gem. § 3 I AsylG	Keine Verbesserung
01.01. – 31.05.2023	2.367	8	234	2.125
Baden-Württemberg	358	1	51	306
Bayern	248	-	10	238
Berlin	165	1	33	131
Brandenburg	118	-	30	88
Bremen	25	1	5	19
Hamburg	28	4	5	19
Hessen	279	-	6	273
Mecklenburg-Vorpommern	37	-	-	37
Niedersachsen	220	1	11	208
Nordrhein-Westfalen	489	-	50	439

nach Ländern	Summe Entscheidungen	Anerkennungen gem. Art. 16a GG	Flüchtlingsschutz gem. § 3 I AsylG	Keine Verbesserung
Rheinland-Pfalz	84	-	7	77
Saarland	8	-	-	8
Sachsen	141	-	16	125
Sachsen-Anhalt	70	-	4	66
Schleswig-Holstein	22	-	1	21
Thüringen	75	1	5	70

Die folgenden Klagen gegen Feststellung eines Abschiebungsverbot wurden wie folgt entschieden.

nach Staatsangehörigkeit	Summe Entscheidungen	Anerkennungen gem. Art. 16a GG	Flüchtlingsschutz gem. § 3 I AsylG	subsidiärer Schutz gem. § 4 I AsylG	Keine Verbesserung
Jahr 2022	2.023	3	176	95	1.749
Afghanistan	1.152	1	120	20	1.011
Irak	258	-	11	2	245
Syrien	117	-	4	7	106
Somalia	97	1	9	5	82
Eritrea	84	-	-	30	54
Äthiopien	39	-	2	3	34
Jemen	30	-	-	13	17
Ungeklärt	26	-	3	4	19
Nigeria	25	-	-	-	25
Pakistan	18	-	6	-	12

nach Ländern	Summe Entscheidungen	Anerkennungen gem. Art. 16a GG	Flüchtlingsschutz gem. § 3 I AsylG	subsidiärer Schutz gem. § 4 I AsylG	Keine Verbesserung
Jahr 2022	2.023	3	176	95	1.749
Baden-Württemberg	132	-	17	16	99
Bayern	239	-	10	23	206
Berlin	177	-	15	3	159
Brandenburg	103	-	22	4	77
Bremen	41	-	1	-	40
Hamburg	50	-	1	-	49
Hessen	244	1	11	9	223
Mecklenburg-Vorpommern	44	-	2	-	42
Niedersachsen	225	2	31	19	173
Nordrhein-Westfalen	498	-	48	13	437
Rheinland-Pfalz	109	-	5	1	103

nach Ländern	Summe Entscheidun- gen	Anerken- nungen gem. Art. 16a GG	Flüchtlings- schutz gem. § 3 I AsylG	subsidiärer Schutz gem. § 4 I AsylG	Keine Verbesse- rung
Saarland	4	-	-	-	4
Sachsen	66	-	9	2	55
Sachsen-Anhalt	24	-	1	-	23
Schleswig-Holstein	39	-	-	5	34
Thüringen	28	-	3	-	25

nach Staatsangehörigkeit	Summe Entscheidun- gen	Anerken- nungen gem. Art. 16a GG	Flüchtlings- schutz gem. § 3 I AsylG	subsidiärer Schutz gem. § 4 I AsylG	Keine Verbesse- rung
01.01. – 31.05.2023	874	5	42	27	800
Afghanistan	566	4	35	4	523
Irak	72	-	1	-	71
Syrien	62	-	-	7	55
Somalia	43	-	2	2	39
Eritrea	25	-	1	7	17
Äthiopien	12	-	-	-	12
Russische Föderation	11	-	-	-	11
Ungeklärt	11	-	-	-	11
Nigeria	11	-	1	1	9
Sudan	7	-	-	1	6

nach Ländern	Summe Entscheidun- gen	Anerken- nungen gem. Art. 16a GG	Flüchtlings- schutz gem. § 3 I AsylG	subsidiärer Schutz gem. § 4 I AsylG	Keine Verbesse- rung
01.01. – 31.05.2023	874	5	42	27	800
Baden-Württemberg	44	-	-	2	42
Bayern	90	2	2	3	83
Berlin	93	-	1	3	89
Brandenburg	39	-	1	2	36
Bremen	14	-	2	1	11
Hamburg	17	-	-	-	17
Hessen	79	1	9	1	68
Mecklenburg-Vorpom- mern	19	-	-	-	19
Niedersachsen	125	1	4	4	117
Nordrhein-Westfalen	229	1	16	6	206
Rheinland-Pfalz	54	-	1	1	52
Saarland	10	-	1	-	9
Sachsen	22	-	3	1	18
Sachsen-Anhalt	9	-	2	-	7
Schleswig-Holstein	17	-	-	1	16
Thüringen	13	-	-	2	11

- b) Wie waren die gerichtlichen Entscheidungen zu Aufstockungsklagen (Gewährung von Flüchtlingsschutz statt subsidiärem Schutz) von männlichen syrischen Asylsuchenden im Alter zwischen 18 und 42 Jahren in den Jahren 2021, 2022 und im bisherigen Jahr 2023, und wie viele solcher Aufstockungsklagen von männlichen syrischen Asylsuchenden im Alter zwischen 18 und 42 Jahren waren zuletzt noch bei den Gerichten anhängig (vgl. Antwort zu Frage 21 auf Bundestagdrucksache 19/27462)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Gerichtsentscheidungen von Aufstockungsklagen männlicher Syrer, 18-42 Jahre					
Jahre	Summe Entscheidungen	Anerkennungen gem. Art. 16a GG	Flüchtlingsschutz gem. § 3 I AsylG	Keine Verbesserung	Verfahrenserledigungen
2021	2.663	6	767	1.423	467
2022	2.536	3	462	1.509	562
2023	1.012	1	128	611	272

Anhängige Klagen (Stand: 31.05.2023)		
Syrien Gesamt	Männliche Syrer, 18 – 42 Jahre	Aufstockungsklagen männlicher Syrer, 18-42 Jahre
17.327	8.934	4.311

- c) Gegen wie viele der Asylbescheide des BAMF wurden im Gesamtjahr 2022 bzw. im bisherigen Jahr 2023 Rechtsmittel eingelegt (bitte in absoluten und relativen Zahlen angeben und Klagequoten in Bezug auf die Gesamtzahl der Bescheide und in Bezug auf ablehnende Bescheide gesondert ausweisen; bitte jeweils nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern und zusätzlich nach den zu sicher erklärten Herkunftsländern differenzieren, zusätzlich nach der Art der Ablehnung: unbegründet, offensichtlich unbegründet, unzulässig differenzieren)?

Wie lautete die Klagequote in Bezug auf alle ablehnenden Bescheide des BAMF für das Jahr 2022 bzw. für das bisherige Jahr 2023?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

Staatsangehörigkeit	Entscheidungen insgesamt		davon Entscheidung „abgelehnt“		davon Entscheidung „o. u. abgelehnt“		davon Entscheidung „Unzulässig“	
	davon beklagt*	Anteil	davon beklagt*	Anteil	davon be- klagt*	Anteil	davon beklagt*	Anteil
01.01. – 31.05.2023								
Stand 15.07.2023								
Gesamt	108.606	34.312	31,6 %	12.848	11.196	87,1 %	26.540	55,3 %
darunter:								
Syrien	37.317	5.230	14,0 %	14	11	78,6 %	5.601	54,0 %
Afghanistan	20.577	3.179	15,4 %	120	104	86,7 %	4.953	52,1 %
Türkei	8.359	5.712	68,3 %	3.525	3.281	93,1 %	2.295	73,0 %
Irak	6.238	3.683	59,0 %	2.615	2.271	86,8 %	1.607	68,6 %
Georgien	3.830	2.541	66,3 %	765	647	84,6 %	423	58,6 %
Nordmazedonien	2.888	1.221	42,3 %	7	7	100,0 %	1.251	46,9 %
Iran	2.811	1.490	53,0 %	797	742	93,1 %	1.109	62,1 %
Russische Föd.	2.113	1.196	56,6 %	280	229	81,8 %	1.505	61,9 %
Somalia	1.781	349	19,6 %	91	85	93,4 %	276	68,5 %
Ungeklärt	1.696	486	28,7 %	200	160	80,0 %	416	57,7 %
Eritrea	1.625	175	10,8 %	142	122	85,9 %	66	36,4 %
Serbien	1.504	592	39,4 %	6	6	100,0 %	678	40,6 %
Moldau, Republik	1.476	323	21,9 %	51	27	52,9 %	700	24,9 %
Nigeria	1.220	727	59,6 %	498	411	82,5 %	357	65,8 %
Albanien	918	314	34,2 %	0	0	0,0 %	250	39,6 %
Bosnien und Herzego- wina	469	198	42,2 %	1	1	100,0 %	253	48,2 %
Ghana	135	49	36,3 %	1	0	0,0 %	30	33,3 %
Kosovo	287	124	43,2 %	0	0	0,0 %	148	49,3 %

Staatsangehörigkeit	Entscheidungen insgesamt			davon Entscheidung „abgelehnt“			davon Entscheidung „o. u. abgelehnt“			davon Entscheidung „Unzulässig“		
	davon beklagt*	Anteil		davon beklagt*	Anteil		davon be- klagt*	Anteil		davon beklagt*	Anteil	
01.01. – 31.05.2023												
Stand 15.07.2023												
Montenegro	98	59	60,2 %	0	0	0,0 %	39	21	53,8 %	52	38	73,1 %
Senegal	67	35	52,2 %	0	0	0,0 %	23	20	87,0 %	33	15	45,5 %
Staatsangehörigkeit	Entscheidungen insgesamt			davon Entscheidung „abgelehnt“			davon Entscheidung „o. u. abgelehnt“			davon Entscheidung „Unzulässig“		
Jahr 2022												
Stand 15.02.2023												
Gesamt	228.673	72.949	31,9 %	30.954	27.289	88,2 %	18.376	10.200	55,5 %	42.496	26.103	61,4 %
darunter:												
Syrien	75.023	11.397	15,2 %	32	19	59,4 %	9	4	44,4 %	6.649	4.896	73,6 %
Afghanistan	44.250	6.003	13,6 %	246	164	66,7 %	14	8	57,1 %	6.422	4.124	64,2 %
Irak	22.185	14.136	63,7 %	10.654	9.559	89,7 %	1.295	1.023	79,0 %	4.419	3.240	73,3 %
Türkei	11.073	6.827	61,7 %	4.773	4.491	94,1 %	898	731	81,4 %	1.930	1.492	77,3 %
Georgien	6.867	4.760	69,3 %	1.610	1.369	85,0 %	3.691	2.773	75,1 %	857	526	61,4 %
Nordmazedonien	5.264	2.105	40,0 %	17	10	58,8 %	2.270	1.044	46,0 %	2.264	1.022	45,1 %
Moldau, Republik	5.239	1.493	28,5 %	224	174	77,7 %	1.895	555	29,3 %	2.755	765	27,8 %
Ungeklärt	5.040	1.340	26,6 %	572	462	80,8 %	232	126	54,3 %	913	611	66,9 %
Iran	4.885	2.684	54,9 %	1.675	1.539	91,9 %	93	66	71,0 %	1.532	1.050	68,5 %
Somalia	4.853	1.363	28,1 %	706	627	88,8 %	26	18	69,2 %	878	607	69,1 %
Nigeria	3.696	2.421	65,5 %	1.601	1.357	84,8 %	262	183	69,8 %	1.204	869	72,2 %
Eritrea	3.626	451	12,4 %	263	225	85,6 %	11	4	36,4 %	246	159	64,6 %
Serbien	2.630	1.061	40,3 %	6	4	66,7 %	1.189	516	43,4 %	1.228	531	43,2 %

Staatsangehörigkeit	Entscheidungen insgesamt		davon Entscheidung „abgelehnt“		davon Entscheidung „o. u. abgelehnt“		davon Entscheidung „Unzulässig“	
	davon beklagt*	Anteil	davon beklagt*	Anteil	davon beklagt*	Anteil	davon beklagt*	Anteil
Jahr 2022								
Stand 15.02.2023	2.594	58,8 %	706	80,2 %	236	53,8 %	1.265	69,3 %
Russische Föd.	2.473	41,4 %	1	100,0 %	1.488	46,1 %	322	45,3 %
Albanien								
Bosnien und Herzego- wina	1.541	39,1 %	6	83,3 %	646	39,3 %	729	45,5 %
Ghana	407	44,0 %	5	80,0 %	248	48,8 %	81	59,3 %
Kosovo	443	34,3 %	1	100,0 %	176	37,5 %	227	35,7 %
Montenegro	356	49,7 %	1	100,0 %	173	47,4 %	172	54,7 %
Senegal	159	46,5 %	3	100,0 %	53	56,6 %	73	46,6 %

Staatsangehörigkeit	ablehnende Entscheidungen		
		davon beklagt	Anteil
01.01. – 31.05.2023 Stand: 15.07.2023			
Gesamt	52.768	31.461	59,6 %
darunter:			
Syrien	5.911	3.085	52,2 %
Afghanistan	5.381	2.735	50,8 %
Türkei	7.093	5.705	80,4 %
Irak	4.764	3.630	76,2 %
Georgien	3.810	2.540	66,7 %
Nordmazedonien	2.887	1.221	42,3 %
Iran	2.047	1.473	72,0 %
Russische Föderation	1.948	1.195	61,3 %
Somalia	400	279	69,8 %
Ungeklärt	772	459	59,5 %
Eritrea	240	153	63,8 %
Serbien	1.501	592	39,4 %
Moldau, Republik	1.471	323	22,0 %
Nigeria	1.068	723	67,7 %
Albanien	911	314	34,5 %
Bosnien und Herzegowina	467	198	42,4 %
Ghana	134	49	36,6 %
Kosovo	286	124	43,4 %
Montenegro	97	59	60,8 %
Senegal	61	35	57,4 %

Staatsangehörigkeit	ablehnende Entscheidungen		
		davon beklagt	Anteil
Jahr 2022 Stand: 15.02.2023			
Gesamt	100.210	64.145	64,0 %
darunter:			
Syrien	6.691	4.640	69,3 %
Afghanistan	6.594	3.990	60,5 %
Irak	16.287	13.127	80,6 %
Türkei	6.997	5.961	85,2 %
Georgien	6.250	4.354	69,7 %

Staatsangehörigkeit	ablehnende Entscheidungen		
		davon beklagt	Anteil
Jahr 2022 Stand: 15.02.2023			
Nordmazedonien	4.874	1.398	28,7 %
Moldau, Republik	1.849	1.162	62,8 %
Ungeklärt	4.660	1.874	40,2 %
Iran	1.672	1.195	71,5 %
Somalia	3.091	2.385	77,2 %
Nigeria	3.092	2.291	74,1 %
Eritrea	537	376	70,0 %
Serbien	2.393	967	40,4 %
Russische Föd.	2.093	1.384	66,1 %
Albanien	2.302	948	41,2 %
Bosnien und Herzegowina	1.539	603	39,2 %
Ghana	394	178	45,2 %
Kosovo	434	152	35,0 %
Montenegro	354	177	50,0 %
Senegal	148	74	50,0 %

d) Wie ist die aktuelle Zahl der anhängigen Gerichtsverfahren im Bereich Asyl, differenziert nach (Bundes-, Ober-)Verwaltungsgerichten?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

Gericht Stand: 15.07.2023	Anzahl anhängiger Gerichtsverfahren
Bei Gericht anhängige Verfahren	121.492
Bundesverwaltungsgericht	19
VGH Baden-Württemberg	58
VG Freiburg	2.211
VG Karlsruhe	2.277
VG Sigmaringen	2.434
VG Stuttgart	3.813
Bayerischer Verwaltungsgerichtshof	176
VG Ansbach	2.686

Gericht Stand: 15.07.2023	Anzahl anhängiger Gerichtsverfahren
VG Augsburg	1.308
VG Bayreuth	1.065
VG München	5.285
VG Regensburg	1.773
VG Würzburg	1.040
Bayerischer VGH – Außenstelle Ansbach	132
OVG Berlin-Brandenburg	84
VG Berlin	9.714
VG Cottbus	1.456
VG Frankfurt / Oder	1.143
VG Potsdam	3.467
VG Bremen	1.194
Hamburgisches Oberverwaltungsgericht	2
VG Hamburg	2.695
Hessischer Verwaltungsgerichtshof	88
VG Darmstadt	3.710
VG Frankfurt/Main	1.765
VG Kassel	1.999
VG Wiesbaden	1.486
VG Gießen	2.927
Niedersächsisches Oberverwaltungsgericht	120
VG Braunschweig	2.909
VG Hannover	4.880
VG Oldenburg	2.912
VG Osnabrück	1.588
VG Stade	1.883
VG Lüneburg	1.705
VG Göttingen	747
OVG für das Land Nordrhein-Westfalen	299
VG Aachen	2.798
VG Arnberg	5.233
VG Düsseldorf	5.141
VG Gelsenkirchen	3.486
VG Köln	4.770
VG Minden	2.755
VG Münster	3.102
OVG Rheinland-Pfalz	72
VG Trier	1.307
OVG des Saarlands	1
VG des Saarlandes	695
Schleswig-Holsteinisches OVG	52
VG Schleswig-Holstein	4.749

Gericht Stand: 15.07.2023	Anzahl anhängiger Gerichtsverfahren
OVG Sachsen-Anhalt	1
VG Magdeburg	838
VG Halle	952
Thüringer Oberverwaltungsgericht	101
VG Gera	230
VG Meiningen	1.235
VG Weimar	1.361
Sächsisches Oberverwaltungsgericht	93
VG Chemnitz	3.412
VG Dresden	2.858
VG Leipzig	1.223
OVG Mecklenburg-Vorpommern	32
VG Greifswald	1.079
VG Schwerin	866

- e) In wie vielen Fällen erhielten zunächst abgelehnte Asylsuchende im Gesamtjahr 2022 bzw. im bisherigen Jahr 2023 doch noch einen Schutzstatus, und in wie vielen Fällen basierte dies auf einer Gerichtsentscheidung, auf einer Abhilfeentscheidung bzw. geschah dies infolge eines Folgeantrags oder aus sonstigem Grunde (bitte differenzieren und zudem nach den 15 wichtigsten Staatsangehörigkeiten auflisten)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Positive Entscheidungen aufgrund einer Gerichts- und Abhilfeentscheidung.

Zeitraum: 01.01. – 31.12.2022			
Staatsangehörigkeit		davon aufgrund einer Gerichtsentscheidung	Abhilfeentscheidungen
Gesamt	25.851	18.083	7.768
davon			
Syrien	1.322	1.028	294
Afghanistan	11.870	7.216	4.654
Türkei	1.213	881	332
Irak	1.743	1.451	292
Georgien	100	93	7
Iran	2.206	1.839	367
Ungeklärt	509	395	114
Somalia	558	467	91
Eritrea	264	210	54
Russische Föderation	1.031	429	602
Nordmazedonien	20	20	0
Moldau, Republik	16	4	12
Nigeria	626	567	59
Venezuela	129	122	7
Libanon	342	289	53

Zeitraum: 01.01. – 31.05.2023			
Staatsangehörigkeit		davon aufgrund einer Gerichtsentscheidung	Abhilfeentscheidungen
Gesamt	6.162	4.588	1.574
davon			
Syrien	405	315	90
Afghanistan	1.243	688	555
Türkei	518	379	139
Iran	864	652	212
Irak	606	473	133
Georgien	16	13	3
Russische Föderation	209	150	59
Somalia	254	208	46
Eritrea	70	57	13
Ungeklärt	181	147	34
Venezuela	94	85	9
Nordmazedonien	2	2	0
Kolumbien	24	21	3
Burundi	4	4	0
Indien	5	1	4

Positive Entscheidungen infolge von Folgeanträgen.

Zeitraum: 01.01. – 31.12.2022	
Staatsangehörigkeit	Summe
Gesamt	12.402
davon	
Syrien	889
Afghanistan	9.919
Türkei	218
Irak	205
Georgien	3
Iran	338
Ungeklärt	92
Somalia	121
Eritrea	32
Russische Föderation	116
Nordmazedonien	7
Moldau, Republik	1
Nigeria	51
Venezuela	16
Libanon	27

Zeitraum: 01.01. – 31.05.2023	
Staatsangehörigkeit	Summe
Gesamt	3.001
davon	
Syrien	345
Afghanistan	2.083
Türkei	52
Iran	141
Irak	85
Georgien	0
Russische Föderation	36
Somalia	83
Eritrea	6
Ungeklärt	32
Venezuela	0
Nordmazedonien	0
Kolumbien	0
Burundi	0
Indien	0

Positive Entscheidungen infolge von sonstigen Gründen.

Zeitraum: 01.01. – 31.12.2022	
Staatsangehörigkeit	Summe
Gesamt	2.281
davon	
Syrien	15
Afghanistan	1.985
Türkei	2
Irak	32
Georgien	1
Iran	7
Ungeklärt	17
Somalia	15
Eritrea	7
Russische Föderation	12
Nordmazedonien	0
Moldau, Republik	0
Nigeria	40
Venezuela	0
Libanon	29

Zeitraum: 01.01. – 31.05.2023	
Staatsangehörigkeit	Summe
Gesamt	596

Zeitraum: 01.01. – 31.05.2023	
Staatsangehörigkeit	Summe
davon	
Syrien	9
Afghanistan	441
Türkei	3
Iran	8
Irak	15
Georgien	0
Russische Föderation	1
Somalia	21
Eritrea	0
Ungeklärt	4
Venezuela	1
Nordmazedonien	2
Kolumbien	0
Burundi	0
Indien	0

- f) Wie viele gerichtliche Entscheidungen im Eilverfahren gab es im Jahr 2022 bzw. im bisherigen Jahr 2023 zu Asylsuchenden, denen bereits in einem anderen Mitgliedstaat Schutz gewährt worden war, und mit welchem Ergebnis (bitte nach den zehn wichtigsten Herkunftsstaaten auflisten)?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

Entscheidungen in Eilverfahren – Schutzgewährung in einem anderen MS nach § 29 I Nr. 2 AsylG Zeitraum: 01.01. – 31.12.2022 (Stand: 15.02.2023)			
Staatsangehörigkeit	abgelehnt	stattgegeben	Gesamt
Gesamt	1.151	138	1.289
darunter:			
Syrien	566	72	638
Afghanistan	239	12	251
Irak	100	5	105
Somalia	84	16	100
Ungeklärt	29	8	37
Nigeria	19	2	21
Eritrea	17	2	19
Türkei	17	4	21
Südsudan	11		11
Iran	9	9	18

Entscheidungen in Eilverfahren – Schutzgewährung in einem anderen MS nach § 29 I Nr. 2 AsylG Zeitraum: 01.01. – 31.05.2023 (Stand: 15.07.2023)			
Staatsangehörigkeit	abgelehnt	stattgegeben	Gesamt
Gesamt	238	692	930
darunter:			
Syrien	123	268	391
Afghanistan	56	224	280
Somalia	13	42	55
Irak	11	82	93
Ungeklärt	7	27	34
Pers. aus palästinensischen Gebieten (nicht als Staat anerkannt)	6	25	31
Iran	4	3	7
Guinea	3	1	4
Kongo, Dem. Republik	3	1	4
Eritrea	2	2	4

- g) Wie hoch waren die Kosten, die dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge im bisherigen Jahr 2023 aufgrund verlorener Asyl-Gerichtsverfahren entstanden sind (bitte Gesamtkosten nennen und zudem nach den zehn wichtigsten Herkunftsländern aufschlüsseln)?

Die im Zeitraum vom 1. Januar bis 24. Juli 2023 entstandenen Kosten im Sinne der Fragestellung für alle Staatsangehörigkeiten belaufen sich auf 10.175.456,64 Euro.

Die Kosten, die dem BAMF bezüglich der zehn wichtigsten Herkunftsländer (nach Antragszahlen) im Zeitraum vom 1. Januar bis zum 24. Juli 2023 entstanden sind, können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

Herkunftsland	Kosten in EUR
Syrien	1.839.977,12
Afghanistan	2.105.653,88
Türkei	626.951,25
Iran	1.104.059,35
Irak	899.070,68
Georgien	49.935,97
Russland	270.240,75
Somalia	397.500,32
Eritrea	126.698,20
ungeklärte Staatsangehörigkeit	276.254,96

Es wird darauf hingewiesen, dass gemäß § 83b AsylG keine Gerichtskosten (Gebühren und Auslagen) in asylrechtlichen Streitigkeiten erhoben werden. Kosten können jedoch für die rechtsanwaltliche Vertretung der Kläger anfallen,

die das BAMF bei einem Unterliegen im gerichtlichen Verfahren teilweise oder ganz zu erstatten hat.

Rückschlüsse auf die Qualität der Asyl-Entscheidungen des BAMF lassen sich aus der Höhe der Kosten nicht ziehen. Eine Ursache für anderslautende Urteile der Verwaltungsgerichte kann der Umstand sein, dass die beklagte Entscheidung des BAMF zum Zeitpunkt der Gerichtsentscheidung oftmals bereits einige Monate, teilweise aber auch mehrere Jahre, zurücklag. Daher kann die Beurteilung der Gerichte durch zwischenzeitliche Veränderungen, die das BAMF bei seiner Entscheidung nicht berücksichtigen konnte (wie die Geburt von Kindern oder eine veränderte Situation im Herkunftsland), zwangsläufig abweichen. Solche Veränderungen wirken sich bei der gerichtlichen Entscheidung je nach Sachlage zu Gunsten der Kläger aus.

Das BAMF führt anlassbezogene Überprüfungen gerichtlich anhängiger Asylverfahren durch, was wiederum zu Abhilfeentscheidungen führt. Zudem überprüft das BAMF im Rahmen der aktiven Prozessführung auf Anfrage der Gerichte und Verfahrensbevollmächtigten regelmäßig ergangene Bescheide in gerichtlichen Verfahren und ändert bei Vorliegen der Voraussetzungen der jeweiligen Schutzform den Ausgangsbescheid entsprechend ab.

- h) Welche Verwaltungsgerichte (VG) wiesen im Jahr 2022 bzw. im bisherigen Jahr 2023 bei Asylklagen Aufhebungsquoten (erfolgreiche Klagen Asylsuchender gegen das BAMF) auf, die weniger als halb so hoch waren wie im Bundesdurchschnitt (bitte zu den Herkunftsstaaten Afghanistan, Äthiopien, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Russische Föderation, Somalia und Türkei jeweils alle Verwaltungsgerichte auflisten, die dieses Kriterium erfüllen, soweit mehr als zehn Entscheidungen zum jeweiligen Herkunftsland getroffen wurden, in jedem Fall jedoch alle Entscheidungen des VG Gera berücksichtigen, und entsprechende absolute und relative Zahlenangaben zu den Verfahrensausgängen machen)?

Gibt es entsprechende statistische Angaben auch zu einzelnen Kammern der Gerichte (die gleichlautende Frage 17i wurde auf Bundestagsdrucksache 20/5709 nicht beantwortet), und wenn ja, wie lauten entsprechend differenzierte Zahlenangaben für die Jahre 2020, 2021, 2022 bzw. das bisherige Jahr 2023 für die Asylkammern des VG Gera?

Die erfragten statistischen Angaben zu einzelnen Kammern der Gerichte liegen nicht vor. Die weiteren Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden (ggf. mit Entscheidungen des VG Gera).

Jahr 2022:

Afghanistan	Verwaltungsgerichte	Gerichtsentscheidungen						Positive Entscheidungen		
		Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlings- schutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot	absolut	Anteil	absolut	Anteil
	VG Gesamt	15.628	18	787	120	5.204	6.129	39,2 %		
	darunter:									
	VG Münster	189	6	4	0	26	36	19,0 %		
	VG Gießen	541	0	2	0	101	103	19,0 %		
	VG Greifswald	265	0	3	1	44	48	18,1 %		
	VG Schleswig-Holstein	605	0	2	0	98	100	16,5 %		
	VG Osnabrück	105	0	2	3	12	17	16,2 %		
	VG Karlsruhe	180	0	0	0	26	26	14,4 %		
	VG Braunschweig	280	6	15	2	17	40	14,3 %		
	VG Regensburg	65	0	4	2	3	9	13,8 %		

Äthiopien	Verwaltungsgerichte	Gerichtsentscheidungen						Positive Entscheidungen		
		Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlings- schutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot	absolut	Anteil	absolut	Anteil
	VG Gesamt	1.421	0	39	12	208	259	18,2 %		
	darunter:									
	VG Schleswig-Holstein	14	0	1	0	0	1	7,1 %		
	VG München	58	0	2	0	2	4	6,9 %		
	VG Frankfurt/Main	101	0	0	0	1	1	1,0 %		
	VG Hamburg	12	0	0	0	0	0	-		
	VG Kassel	31	0	0	0	0	0	-		
	VG Bayreuth	34	0	0	0	0	0	-		
	VG Schwerin	16	0	0	0	0	0	-		
	VG Gera	3	0	0	0	0	0	-		
	VG Gießen	70	0	0	0	0	0	-		

Irak	Verwaltungsgerichte	Gerichtsentscheidungen						Positive Entscheidungen	
		Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlings-schutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot	absolut	Anteil	
	VG Gesamt	10.126	0	280	177	972	1.429	14,1 %	
	darunter:								
	VG Wiesbaden	84	0	2	0	3	5	6,0 %	
	VG Düsseldorf	552	0	10	4	18	32	5,8 %	
	VG Bayreuth	192	0	3	0	8	11	5,7 %	
	VG Münster	115	0	3	0	3	6	5,2 %	
	VG Würzburg	76	0	0	0	2	2	2,6 %	
	VG Regensburg	540	0	4	1	7	12	2,2 %	
	VG Augsburg	330	0	2	4	1	7	2,1 %	
	VG Potsdam	102	0	2	0	0	2	2,0 %	
	VG Osnabrück	214	0	1	1	2	4	1,9 %	
	VG Gera	1	0	0	0	0	0	-	
	VG Frankfurt/Main	89	0	0	0	0	0	-	
	VG Ansbach	320	0	0	0	0	0	-	

Iran	Verwaltungsgerichte	Gerichtsentscheidungen						Positive Entscheidungen	
		Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlings-schutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot	absolut	Anteil	
	VG Gesamt	6.255	77	1.537	66	98	1.778	28,4 %	
	darunter:								
	VG Greifswald	154	2	15	3	0	20	13,0 %	
	VG Schleswig-Holstein	364	0	39	1	2	42	11,5 %	
	VG Gelsenkirchen	118	1	8	0	2	11	9,3 %	
	VG Berlin	303	0	15	2	4	21	6,9 %	

Nigeria	Verwaltungsgerichte	Gerichtsentscheidungen						Positive Entscheidungen	
		Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlings- schutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot	absolut	Anteil	
	VG Gesamt	6.143	5	63	9	485	562	9,1 %	
	darunter:								
	VG Arnsberg	263	0	0	0	10	10	3,8 %	
	VG Schleswig-Holstein	81	0	3	0	0	3	3,7 %	
	VG Augsburg	140	0	0	0	5	5	3,6 %	
	VG Leipzig	59	0	0	0	2	2	3,4 %	
	VG Kassel	81	0	0	0	2	2	2,5 %	
	VG Gera	46	0	0	0	1	1	2,2 %	
	VG Schwerin	53	0	1	0	0	1	1,9 %	
	VG Trier	149	0	0	0	1	1	0,7 %	
	VG Bayreuth	49	0	0	0	0	0	-	
	VG Cottbus	34	0	0	0	0	0	-	
	VG Frankfurt/Main	13	0	0	0	0	0	-	
	VG Braunschweig	19	0	0	0	0	0	-	
	VG Ansbach	58	0	0	0	0	0	-	
	VG Oldenburg	20	0	0	0	0	0	-	
	VG Hamburg	36	0	0	0	0	0	-	

Pakistan	Verwaltungsgerichte	Gerichtsentscheidungen							Positive Entscheidungen	
		Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlings- schutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot	absolut	Anteil		
	VG Gesamt	2.632	13	358	8	89	468	17,8 %		
	darunter:									
	VG München	61	0	2	0	2	4	6,6 %		
	VG Gelsenkirchen	41	0	0	0	2	2	4,9 %		
	VG Münster	24	0	0	0	1	1	4,2 %		
	VG Frankfurt / Oder	29	0	1	0	0	1	3,4 %		
	VG Dresden	67	0	1	0	1	2	3,0 %		
	VG Aachen	36	0	1	0	0	1	2,8 %		
	VG Regensburg	16	0	0	0	0	0	-		
	VG Augsburg	13	0	0	0	0	0	-		
	VG Cottbus	14	0	0	0	0	0	-		
	VG Ansbach	13	0	0	0	0	0	-		
	VG Leipzig	26	0	0	0	0	0	-		
	VG Minden	59	0	0	0	0	0	-		

Russische Föderation	Verwaltungsgerichte	Gerichtsentscheidungen						Positive Entscheidungen	
		Gesamt		Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlings-schutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot	absolut	Anteil
	VG Gesamt	4.224	60	100	91	151	402	9,5 %	
	darunter:								
	VG Bremen	54	1	0	0	1	2	3,7 %	
	VG Weimar	165	4	1	0	1	6	3,6 %	
	VG Trier	57	0	2	0	0	2	3,5 %	
	VG Göttingen	29	0	1	0	0	1	3,4 %	
	VG Leipzig	60	2	0	0	0	2	3,3 %	
	VG Cottbus	148	1	3	0	0	4	2,7 %	
	VG Regensburg	40	0	0	0	1	1	2,5 %	
	VG Schleswig-Holstein	293	0	5	1	0	6	2,0 %	
	VG Arnberg	56	0	0	0	1	1	1,8 %	
	VG Schwerin	102	0	0	0	1	1	1,0 %	
	VG Bayreuth	408	0	3	0	0	3	0,7 %	
	VG Oldenburg	146	0	0	0	1	1	0,7 %	
	VG Münster	16	0	0	0	0	0	-	
	VG Magdeburg	48	0	0	0	0	0	-	
	VG Hannover	88	0	0	0	0	0	-	
	VG Karlsruhe	12	0	0	0	0	0	-	
	VG Hamburg	44	0	0	0	0	0	-	
	VG Augsburg	13	0	0	0	0	0	-	
	VG Würzburg	41	0	0	0	0	0	-	
	VG Stade	21	0	0	0	0	0	-	
	VG Minden	42	0	0	0	0	0	-	

Somalia	Verwaltungsgerichte	Gerichtsentscheidungen						Positive Entscheidungen	
		Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlings-schutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot	absolut	Anteil	
	VG Gesamt	2.070	1	71	76	375	523	25,3 %	
	darunter:								
	VG Gera	25	0	1	2	5	8	32,0 %	
	VG Bremen	49	0	0	0	6	6	12,2 %	
	VG Dresden	25	0	0	0	3	3	12,0 %	
	VG Würzburg	142	0	1	0	12	13	9,2 %	
	VG Aachen	71	0	0	0	6	6	8,5 %	
	VG Ansbach	16	0	0	0	1	1	6,3 %	
	VG Karlsruhe	32	0	1	0	1	2	6,3 %	
	VG Minden	35	0	0	0	2	2	5,7 %	
	VG Cottbus	22	0	1	0	0	1	4,5 %	
	VG Augsburg	12	0	0	0	0	0	-	
	VG Schwerin	45	0	0	0	0	0	-	
	VG Leipzig	13	0	0	0	0	0	-	

Türkei	Verwaltungsgerichte	Gerichtsentscheidungen							Positive Entscheidungen	
		Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlings-schutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot	absolut	Anteil		
	VG Gesamt	5.533	190	572	30	83	875	15,8 %		
	darunter:									
	VG Leipzig	40	2	0	0	1	3	7,5 %		
	VG Würzburg	18	1	0	0	0	1	5,6 %		
	VG Frankfurt/Main	114	1	3	0	2	6	5,3 %		
	VG Chemnitz	41	0	2	0	0	2	4,9 %		
	VG Trier	294	1	8	0	2	11	3,7 %		
	VG Augsburg	283	0	10	0	0	10	3,5 %		
	VG Stade	40	0	0	0	1	1	2,5 %		
	VG Darmstadt	44	0	0	0	0	0	-		
	VG Regensburg	12	0	0	0	0	0	-		
	VG Gera	0	0	0	0	0	0	-		

1. Januar bis 31. Mai 2023:

Afghanistan	Verwaltungsgerichte	Gerichtsentscheidungen						Positive Entscheidungen	
		Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlings- schutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot	absolut	Anteil	
	VG Gesamt	3.680	9	156	10	320	495	13,5 %	
	darunter:								
	VG Greifswald	46	0	0	0	3	3	6,5 %	
	VG Gießen	154	0	1	0	8	9	5,8 %	
	VG Hamburg	181	0	2	0	8	10	5,5 %	
	VG Düsseldorf	182	0	0	0	9	9	4,9 %	
	VG Meiningen	64	0	1	0	2	3	4,7 %	
	VG Würzburg	102	2	1	0	1	4	3,9 %	
	VG Aachen	58	0	0	0	0	0	-	
	VG Magdeburg	48	0	0	0	0	0	-	
	VG Bayreuth	26	0	0	0	0	0	-	
	VG Karlsruhe	46	0	0	0	0	0	-	
	VG Ansbach	24	0	0	0	0	0	-	
	VG Minden	74	0	0	0	0	0	-	
	VG Augsburg	117	0	0	0	0	0	-	

Äthiopien	Verwaltungsgerichte	Gerichtsentscheidungen						Positive Entscheidungen	
		Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlings-schutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot	absolut	Anteil	
	VG Gesamt	527	1	18	7	58	84	15,9 %	
	darunter:								
	VG Ansbach	160	0	2	0	6	8	5,0 %	
	VG Würzburg	18	0	0	0	0	0	-	
	VG Gera	0	0	0	0	0	0	-	
	VG Frankfurt/Main	53	0	0	0	0	0	-	

Irak	Verwaltungsgerichte	Gerichtsentscheidungen						Positive Entscheidungen	
		Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlings-schutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot	absolut	Anteil	
	VG Gesamt	4.720	0	70	27	273	370	7,8 %	
	darunter:								
	VG Minden	152	0	1	0	4	5	3,3 %	
	VG Augsburg	246	0	0	0	5	5	2,0 %	
	VG Schleswig-Holstein	270	0	3	0	2	5	1,9 %	
	VG Münster	115	0	1	0	1	2	1,7 %	
	VG Potsdam	134	0	0	0	2	2	1,5 %	
	VG Bayreuth	94	0	0	1	0	1	1,1 %	
	VG Hamburg	97	0	0	0	1	1	1,0 %	
	VG Regensburg	292	0	1	1	1	3	1,0 %	
	VG Köln	125	0	0	0	1	1	0,8 %	
	VG Gera	0	0	0	0	0	0	-	
	VG Osnabrück	88	0	0	0	0	0	-	
	VG Darmstadt	52	0	0	0	0	0	-	
	VG Frankfurt/Main	24	0	0	0	0	0	-	

Iran	Verwaltungsgerichte	Gerichtsentscheidungen						Positive Entscheidungen	
		Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingsschutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot	absolut	Anteil	
	VG Gesamt	2.027	23	504	15	19	561	27,7 %	
	darunter:								
	VG Gelsenkirchen	58	0	6	0	1	7	12,1 %	
	VG Greifswald	44	0	4	0	0	4	9,1 %	
	VG Berlin	127	0	8	0	2	10	7,9 %	
	VG Frankfurt/Main	14	0	0	0	1	1	7,1 %	
	VG Schleswig-Holstein	23	0	0	0	0	0	-	
	VG Chemnitz	19	0	0	0	0	0	-	

Nigeria	Verwaltungsgerichte	Gerichtsentscheidungen						Positive Entscheidungen	
		Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingsschutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot	absolut	Anteil	
	VG Gesamt	1.918	9	22	1	155	187	9,7 %	
	darunter:								
	VG Cottbus	21	0	0	0	1	1	4,8 %	
	VG Karlsruhe	28	0	0	0	1	1	3,6 %	
	VG Arnberg	86	0	0	0	1	1	1,2 %	
	VG Gera	8	0	0	0	0	0	-	
	VG Augsburg	26	0	0	0	0	0	-	
	VG Gießen	22	0	0	0	0	0	-	
	VG Gelsenkirchen	126	0	0	0	0	0	-	
	VG Leipzig	19	0	0	0	0	0	-	
	VG Oldenburg	11	0	0	0	0	0	-	
	VG Trier	34	0	0	0	0	0	-	
	VG Göttingen	12	0	0	0	0	0	-	

Pakistan	Verwaltungsgerichte	Gerichtsentscheidungen							Positive Entscheidungen	
		Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlings- schutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot	absolut	Anteil		
	VG Gesamt	747	7	102	0	21	130	17,4 %		
	darunter:									
	VG Karlsruhe	16	0	0	0	1	1	6,3 %		
	VG Potsdam	47	0	2	0	0	2	4,3 %		
	VG Frankfurt/Main	33	0	0	0	1	1	3,0 %		
	VG Gießen	22	0	0	0	0	0	-		
	VG Frankfurt / Oder	13	0	0	0	0	0	-		
	VG Münster	11	0	0	0	0	0	-		
	VG Dresden	12	0	0	0	0	0	-		

Russische Föderation	Verwaltungsgerichte	Gerichtsentscheidungen						Positive Entscheidungen	
		Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlings- schutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot	absolut	Anteil	Anteil
	VG Gesamt	1.712	13	28	44	53	138	8,1 %	
	darunter:								
	VG Frankfurt / Oder	238	1	3	3	1	8	3,4 %	
	VG Cottbus	83	0	1	0	0	1	1,2 %	
	VG Ansbach	14	0	0	0	0	0	-	
	VG Würzburg	12	0	0	0	0	0	-	
	VG Arnsberg	23	0	0	0	0	0	-	
	VG Leipzig	33	0	0	0	0	0	-	
	VG Braunschweig	18	0	0	0	0	0	-	
	VG München	25	0	0	0	0	0	-	
	VG Trier	21	0	0	0	0	0	-	
	VG Minden	13	0	0	0	0	0	-	
	VG Bayreuth	42	0	0	0	0	0	-	
	VG Stuttgart	25	0	0	0	0	0	-	
	VG Chemnitz	22	0	0	0	0	0	-	

Somalia	Verwaltungsgerichte	Gerichtsentscheidungen						Positive Entscheidungen	
		Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlings-schutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot	absolut	Anteil	
	VG Gesamt	750	1	20	30	121	172	22,9 %	
	darunter:								
	VG Hamburg	48	0	0	0	4	4	8,3 %	
	VG München	18	0	0	1	0	1	5,6 %	
	VG Aachen	18	0	0	0	1	1	5,6 %	
	VG Gießen	62	0	0	1	2	3	4,8 %	
	VG Gera	3	0	0	0	0	0	-	

Türkei	Verwaltungsgerichte	Gerichtsentscheidungen						Positive Entscheidungen	
		Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlings-schutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot	absolut	Anteil	
	VG Gesamt	2.993	49	270	8	38	365	12,2 %	
	darunter:								
	VG Karlsruhe	58	0	0	0	3	3	5,2 %	
	VG Schwerin	48	0	2	0	0	2	4,2 %	
	VG Braunschweig	54	2	0	0	0	2	3,7 %	
	VG Dresden	31	0	1	0	0	1	3,2 %	
	VG Trier	147	0	3	0	0	3	2,0 %	
	VG Augsburg	130	1	0	0	0	1	0,8 %	
	VG Chemnitz	45	0	0	0	0	0	-	
	VG Göttingen	36	0	0	0	0	0	-	
	VG Gera	0	0	0	0	0	0	-	
	VG Oldenburg	22	0	0	0	0	0	-	
	VG Regensburg	13	0	0	0	0	0	-	
	VG Ansbach	59	0	0	0	0	0	-	

- i) Wie waren die Aufhebungsquoten des VG Gera im Vergleich zum Durchschnittswert aller Verwaltungsgerichte für die Herkunftsländer Eritrea, Äthiopien, Nigeria, Libyen, Mali, Sierra Leone, Guinea, Somalia, Marokko, Algerien, Senegal und Elfenbeinküste in absoluten und relativen Zahlen in den letzten 15 Jahren (bitte jeweils nach Jahren auflisten)?

Angaben im Sinne der Fragestellung liegen ab dem Jahr 2014 vor und können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Zeitraum	Gerichtsentscheidungen und Aufhebungsquoten bei Asylklagen für das HKL Eritrea					
	VG Gesamt			VG Gera		
	Entscheidungen Gesamt	Positive Entschei- dungen	Anteil (%)	Entscheidungen Gesamt	Positive Entschei- dungen	Anteil (%)
2014	382	34	8,9 %	12	-	-
2015	666	50	7,5 %	16	-	-
2016	655	84	12,8 %	54	10	18,5 %
2017	3.161	294	9,3 %	261	2	0,8 %
2018	2.966	339	11,4 %	93	2	2,2 %
2019	2.315	323	14,0 %	55	-	-
2020	1.822	306	16,8 %	48	2	4,2 %
2021	1.274	279	21,9 %	23	2	8,7 %
2022	870	209	24,0 %	11	-	-
01.01. – 31.05.2023	245	71	29,0 %	1	-	-

Zeitraum	Gerichtsentscheidungen und Aufhebungsquoten bei Asylklagen für das HKL Äthiopien					
	VG Gesamt			VG Gera		
	Entscheidungen Gesamt	Positive Entschei- dungen	Anteil (%)	Entscheidungen Gesamt	Positive Entschei- dungen	Anteil (%)
2014	314	89	28,3 %	-	-	-
2015	324	80	24,7 %	-	-	-
2016	338	46	13,6 %	2	-	-
2017	1.176	205	17,4 %	19	1	5,3 %
2018	1.859	207	11,1 %	48	-	-
2019	2.285	162	7,1 %	39	-	-
2020	2.423	1.035	42,7 %	14	1	7,1 %
2021	1.419	479	33,8 %	9	-	-
2022	1.421	259	18,2 %	3	-	-
01.01. – 31.05.2023	527	84	15,9 %	-	-	-

Zeitraum	Gerichtsentscheidungen und Aufhebungsquoten bei Asylklagen für das HKL Nigeria					
	VG Gesamt			VG Gera		
	Entscheidungen Gesamt	Positive Entschei- dungen	Anteil (%)	Entscheidungen Gesamt	Positive Entschei- dungen	Anteil (%)
2014	460	61	13,3 %	2	-	-
2015	516	25	4,8 %	-	-	-
2016	517	26	5,0 %	-	-	-
2017	2.881	104	3,6 %	1	-	-
2018	8.022	310	3,9 %	132	1	0,8 %
2019	10.705	537	5,0 %	184	-	-
2020	10.682	698	6,5 %	200	-	-
2021	8.964	728	8,1 %	107	-	-
2022	6.143	562	9,1 %	46	1	2,2 %
01.01. – 31.05.2023	1.918	187	9,7 %	8	0	-

Zeitraum	Gerichtsentscheidungen und Aufhebungsquoten bei Asylklagen für das HKL Libyen					
	VG Gesamt			VG Gera		
	Entscheidungen Gesamt	Positive Entschei- dungen	Anteil (%)	Entscheidungen Gesamt	Positive Entschei- dungen	Anteil (%)
2014	54	0	-	-	-	-
2015	138	-	-	-	-	-
2016	125	12	9,6 %	-	-	-
2017	422	80	19,0 %	2	-	-
2018	946	152	16,1 %	132	3	2,3 %
2019	645	98	15,2 %	129	3	2,3 %
2020	548	123	22,4 %	60	5	8,3 %
2021	380	32	8,4 %	95	4	4,2 %
2022	472	45	9,5 %	133	8	6,0 %
01.01. – 31.05.2023	218	9	4,1 %	80	-	-

Zeitraum	Gerichtsentscheidungen und Aufhebungsquoten bei Asylklagen für das HKL Mali					
	VG Gesamt			VG Gera		
	Entscheidungen Gesamt	Positive Entschei- dungen	Anteil (%)	Entscheidungen Gesamt	Positive Entschei- dungen	Anteil (%)
2014	117	-	-	-	-	-
2015	150	-	-	-	-	-
2016	156	3	1,9 %	-	-	-

Zeitraum	Gerichtsentscheidungen und Aufhebungsquoten bei Asylklagen für das HKL Mali					
	VG Gesamt			VG Gera		
	Entscheidungen Gesamt	Positive Entschei- dungen	Anteil (%)	Entscheidungen Gesamt	Positive Entschei- dungen	Anteil (%)
2017	418	11	2,6 %	-	-	-
2018	677	9	1,3 %	2	-	-
2019	446	15	3,4 %	-	-	-
2020	332	15	4,5 %	-	-	-
2021	217	14	6,5 %	-	-	-
2022	177	16	9,0 %	-	-	-
01.01. – 31.05.2023	84	9	10,7 %	-	-	-

Zeitraum	Gerichtsentscheidungen und Aufhebungsquoten bei Asylklagen für das HKL Sierra Leone					
	VG Gesamt			VG Gera		
	Entscheidungen Gesamt	Positive Entschei- dungen	Anteil (%)	Entscheidungen Gesamt	Positive Entschei- dungen	Anteil (%)
2014	28	6	21,4 %	-	-	-
2015	27	4	14,8 %	-	-	-
2016	27	-	-	-	-	-
2017	287	6	2,1 %	-	-	-
2018	659	7	1,1 %	3	-	-
2019	651	18	2,8 %	5	-	-
2020	475	19	4,0 %	1	-	-
2021	446	26	5,8 %	2	-	-
2022	279	37	13,3 %	-	-	-
01.01. – 31.05.2023	74	3	4,1 %	-	-	-

Zeitraum	Gerichtsentscheidungen und Aufhebungsquoten bei Asylklagen für das HKL Guinea					
	VG Gesamt			VG Gera		
	Entscheidungen Gesamt	Positive Entschei- dungen	Anteil (%)	Entscheidungen Gesamt	Positive Entschei- dungen	Anteil (%)
2014	212	9	4,2 %	-	-	-
2015	260	5	1,9 %	-	-	-
2016	89	5	5,6 %	-	-	-
2017	997	6	0,6 %	3	-	-
2018	2.286	43	1,9 %	11	-	-
2019	2.927	74	2,5 %	27	-	-

Zeitraum	Gerichtsentscheidungen und Aufhebungsquoten bei Asylklagen für das HKL Guinea					
	VG Gesamt			VG Gera		
	Entscheidungen Gesamt	Positive Entschei- dungen	Anteil (%)	Entscheidungen Gesamt	Positive Entschei- dungen	Anteil (%)
2020	2.252	105	4,7 %	7	-	-
2021	2.092	140	6,7 %	1	-	-
2022	1.499	186	12,4 %	-	-	-
01.01. – 31.05.2023	510	62	12,2 %	-	-	-

Zeitraum	Gerichtsentscheidungen und Aufhebungsquoten bei Asylklagen für das HKL Somalia					
	VG Gesamt			VG Gera		
	Entscheidungen Gesamt	Positive Entschei- dungen	Anteil (%)	Entscheidungen Gesamt	Positive Entschei- dungen	Anteil (%)
2014	921	112	12,2 %	3	-	-
2015	1.135	157	13,8 %	17	-	-
2016	1.318	251	19,0 %	25	1	4,0 %
2017	2.191	465	21,2 %	130	37	28,5 %
2018	3.743	536	14,3 %	150	20	13,3 %
2019	3.886	636	16,4 %	137	7	5,1 %
2020	3.347	555	16,6 %	118	26	22,0 %
2021	2.967	512	17,3 %	61	9	14,8 %
2022	2.070	523	25,3 %	25	8	32,0 %
01.01. – 31.05.2023	750	172	22,9 %	3	-	-

Zeitraum	Gerichtsentscheidungen und Aufhebungsquoten bei Asylklagen für das HKL Marokko					
	VG Gesamt			VG Gera		
	Entscheidungen Gesamt	Positive Entschei- dungen	Anteil (%)	Entscheidungen Gesamt	Positive Entschei- dungen	Anteil (%)
2014	156	4	2,6 %	-	-	-
2015	233	2	0,9 %	-	-	-
2016	502	14	2,8 %	3	-	-
2017	953	11	1,2 %	27	-	-
2018	997	34	3,4 %	31	-	-
2019	763	28	3,7 %	27	-	-
2020	558	34	6,1 %	22	2	9,1 %

Zeitraum	Gerichtsentscheidungen und Aufhebungsquoten bei Asylklagen für das HKL Marokko					
	VG Gesamt			VG Gera		
	Entscheidungen Gesamt	Positive Entschei- dungen	Anteil (%)	Entscheidungen Gesamt	Positive Entschei- dungen	Anteil (%)
2021	564	25	4,4 %	13	1	7,7 %
2022	530	51	9,6 %	9	7	77,8 %
01.01. – 31.05.2023	185	9	4,9 %	2	-	-

Zeitraum	Gerichtsentscheidungen und Aufhebungsquoten bei Asylklagen für das HKL Algerien					
	VG Gesamt			VG Gera		
	Entscheidungen Gesamt	Positive Entschei- dungen	Anteil (%)	Entscheidungen Gesamt	Positive Entschei- dungen	Anteil (%)
2014	159	-	-	-	-	-
2015	273	4	1,5 %	-	-	-
2016	622	8	1,3 %	-	-	-
2017	1.055	20	1,9 %	-	-	-
2018	1.008	16	1,6 %	-	-	-
2019	831	18	2,2 %	1	-	-
2020	552	14	2,5 %	-	-	-
2021	722	22	3,0 %	1	-	-
2022	652	29	4,4 %	-	-	-
01.01. – 31.05.2023	182	7	3,8 %	-	-	-

Zeitraum	Gerichtsentscheidungen und Aufhebungsquoten bei Asylklagen für das HKL Senegal					
	VG Gesamt			VG Gera		
	Entscheidungen Gesamt	Positive Entschei- dungen	Anteil (%)	Entscheidungen Gesamt	Positive Entschei- dungen	Anteil (%)
2014	68	2	2,9 %	-	-	-
2015	68	1	1,5 %	-	-	-
2016	338	3	0,9 %	-	-	-
2017	611	21	3,4 %	-	-	-
2018	388	16	4,1 %	3	-	-
2019	357	8	2,2 %	2	-	-
2020	219	8	3,7 %	3	-	-
2021	207	15	7,2 %	2	-	-

Gerichtsentscheidungen und Aufhebungsquoten bei Asylklagen für das HKL Senegal						
Zeitraum	VG Gesamt			VG Gera		
	Entscheidungen Gesamt	Positive Entschei- dungen	Anteil (%)	Entscheidungen Gesamt	Positive Entschei- dungen	Anteil (%)
2022	165	18	10,9 %	-	-	-
01.01. – 31.05.2023	62	9	14,5 %	1	-	-

  

Gerichtsentscheidungen und Aufhebungsquoten bei Asylklagen für das HKL Elfenbeinküste						
Zeitraum	VG Gesamt			VG Gera		
	Entscheidungen Gesamt	Positive Entschei- dungen	Anteil (%)	Entscheidungen Gesamt	Positive Entschei- dungen	Anteil (%)
2014	119	5	4,2 %	-	-	-
2015	215	3	1,4 %	-	-	-
2016	259	4	1,5 %	-	-	-
2017	620	12	1,9 %	-	-	-
2018	1.112	16	1,4 %	62	-	-
2019	1.138	42	3,7 %	56	-	-
2020	754	48	6,4 %	47	-	-
2021	520	37	7,1 %	52	1	1,9 %
2022	626	32	5,1 %	15	1	6,7 %
01.01. – 31.05.2023	217	18	8,3 %	10	-	-

- j) Wie waren die Erfolgsquoten im Eilrechtsschutzverfahren gegen Dublin-Bescheide des BAMF beim VG Gera im Vergleich zum Durchschnittswert aller Verwaltungsgerichte in Bezug auf die Mitgliedstaaten Italien, Malta und Griechenland in absoluten und relativen Zahlen in den letzten 15 Jahren (bitte jeweils nach Jahren auflisten)?

Angaben im Sinne der Fragestellung liegen ab dem Jahr 2015 vor und können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Jahr 2015 Stand: 15.02.2016	Gesamt	darunter stattgegeben	Anteil d. Stattgaben
Italien	2.796	727	26,0 %
Malta	78	32	41,0 %
Griechenland	0	0	-
darunter VG Gera			
Italien	12	0	0,0 %
Malta	3	0	0,0 %
Griechenland	0	0	-

Jahr 2016 Stand: 15.02.2017	Gesamt	darunter stattgegeben	Anteil d. Stattgaben
Italien	1.179	290	24,6 %
Malta	9	6	66,7 %
Griechenland	0	0	-
darunter VG Gera			
Italien	4	0	0,0 %
Malta	0	0	-
Griechenland	0	0	-

Jahr 2017 Stand: 15.02.2018	Gesamt	darunter stattgegeben	Anteil d. Stattgaben
Italien	8.588	1.912	22,3 %
Malta	74	41	55,4 %
Griechenland	31	21	67,7 %
darunter VG Gera			
Italien	213	0	0,0 %
Malta	11	0	0,0 %
Griechenland	0	0	-

Jahr 2018 Stand: 15.02.2019	Gesamt	darunter stattgegeben	Anteil d. Stattgaben
Italien	8.512	2.371	27,9 %
Malta	102	26	25,5 %
Griechenland	108	46	42,6 %
darunter VG Gera			
Italien	180	3	1,7 %

Jahr 2018 Stand: 15.02.2019	Gesamt	darunter stattgegeben	Anteil d. Stattgaben
Malta	0	0	-
Griechenland	0	0	-

Jahr 2019 Stand: 15.02.2020	Gesamt	darunter stattgegeben	Anteil d. Stattgaben
Italien	6.878	1.891	27,5 %
Malta	83	16	19,3 %
Griechenland	277	132	47,7 %
darunter VG Gera			
Italien	88	1	1,1 %
Malta	1	0	0,0 %
Griechenland	0	0	-

Jahr 2020 Stand: 15.02.2021	Gesamt	darunter stattgegeben	Anteil d. Stattgaben
Italien	2.328	873	37,5 %
Malta	31	15	48,4 %
Griechenland	236	100	42,4 %
darunter VG Gera			
Italien	38	0	0,0 %
Malta	0	0	-
Griechenland	0	0	-

Jahr 2021 Stand: 15.02.2022	Gesamt	darunter stattgegeben	Anteil d. Stattgaben
Italien	1.747	795	45,5 %
Malta	26	10	38,5 %
Griechenland	63	48	76,2 %
darunter VG Gera			
Italien	23	0	0,0 %
Malta	0	0	-
Griechenland	0	0	-

Jahr 2022 Stand: 15.02.2023	Gesamt	darunter stattgegeben	Anteil d. Stattgaben
Italien	2.514	1.051	41,8 %
Malta	22	8	36,4 %
Griechenland	2	2	100,0 %
darunter VG Gera			
Italien	45	6	13,3 %
Malta	0	0	-
Griechenland	0	0	-

01.01. – 31.05.2023 Stand: 15.07.2023	Gesamt	darunter stattgegeben	Anteil d. Stattgaben
Italien	2.000	995	49,8 %
Malta	21	3	14,3 %
Griechenland	4	2	50,0 %
darunter VG Gera			
Italien	12	12	100,0 %
Malta	0	0	-
Griechenland	0	0	-

- k) Welche Erklärung oder Einschätzung hat die Bundesregierung bzw. hat das BAMF dazu, dass nach Wahrnehmung der Fragestellenden (vgl. Antwort zu Frage 17i auf Bundestagsdrucksache 20/5709) überdurchschnittlich viele bayerische Verwaltungsgerichte mit unterdurchschnittlichen Aufhebungsquoten auffallen (zum Herkunftsland Afghanistan beispielsweise lagen die vier Verwaltungsgerichte mit den – mit Abstand – niedrigsten Aufhebungsquoten alle in Bayern; die Aufhebungsquoten der Verwaltungsgerichte in Bayern lagen in den Jahren 2020, 2021 und 2022 zudem in der Regel [Ausnahme: Herkunftsland Äthiopien] und zum Teil deutlich unter dem Bundesdurchschnitt, siehe ebd., Antwort zu Frage 17j; bitte ausführen)?

Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse im Sinne der Fragestellung vor.

- l) Wie waren die Entscheidungen der Verwaltungsgerichte und die jeweiligen Aufhebungsquoten bei Asylklagen in Bezug auf die Herkunftstaaten Afghanistan, Äthiopien, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Russische Föderation, Somalia und Türkei im Gesamtjahr 2022 bzw. im bisherigen Jahr 2023, nach Bundesländern differenziert?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Gerichtsentscheidungen und Aufhebungsquote bei Asylklagen										
Afghanistan Jahr 2022	Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.-Asyl	(GFK) Flüchtlingsschutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot gem. § 60V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr./of- fens. unbegr.)	Kein weiteres Verfahren	Formelle Verfahrenserledigungen	Abschiebungsandrohung	Aufhebungsquote
Länder gesamt	15.628	18	787	120	5.204	360	94	9.039	6	39,2 %
davon:										
Baden- Württemberg	819	2	63	17	205	21	16	493	2	35,0 %
Bayern	2.741	1	42	12	1.476	39	2	1.169	0	55,9 %
Berlin	1.135	1	42	0	221	48	11	812	0	23,3 %
Brandenburg	1.027	0	103	6	221	66	0	631	0	32,1 %
Bremen	188	0	11	0	33	1	0	143	0	23,4 %
Hamburg	618	0	40	5	143	1	0	429	0	30,4 %

Gerichtsentscheidungen und Aufhebungsquote bei Asylklagen										
Afghanistan Jahr 2022	Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam. Asyl	(GFK) Flüchtlingsschutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot gem. § 60V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr./of- fens. unbegr.)	Kein weiteres Verfahren	Formelle Verfahrenserledigungen	Abschiebungsandrohung	Aufhebungsquote
Hessen	2.357	1	55	22	870	29	1	1.379	0	40,2 %
Mecklenburg- Vorpommern	257	0	3	1	39	2	0	212	0	16,7 %
Niedersachsen	2.168	6	203	31	747	67	3	1.111	0	45,5 %
Nordrhein- Westfalen	2.283	7	148	8	796	53	21	1.250	0	42,0 %
Rheinland-Pfalz	309	0	7	1	63	8	22	205	3	23,0 %
Saarland	64	0	9	0	18	0	0	37	0	42,2 %
Sachsen	547	0	27	7	175	11	2	324	1	38,2 %
Sachsen-Anhalt	211	0	10	0	44	3	0	154	0	25,6 %
Schleswig- Holstein	610	0	2	0	102	8	12	486	0	17,0 %
Thüringen	289	0	22	10	51	3	4	199	0	28,7 %
Unbekannt	5	0	0	0	0	0	0	5	0	0,0 %

Gerichtsentscheidungen und Aufhebungsquote bei Asylklagen										
Afghanistan 01.01. – 31.05.2023	Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingsschutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot gem. § 60V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr./of- fens. unbegr.)	Kein weiteres Verfahren	Formelle Verfahrenserledigungen	Abschiebungsandrohung	Aufhebungsquote
Länder gesamt	3.680	9	156	10	320	117	31	3.031	6	13,5 %
davon:										
Baden- Württemberg	208	0	9	0	20	4	5	170	0	13,9 %
Bayern	459	2	3	0	19	11	2	422	0	5,2 %
Berlin	203	0	7	2	10	11	4	169	0	9,4 %
Brandenburg	151	0	18	2	9	10	0	109	3	19,2 %
Bremen	51	0	5	0	0	0	0	46	0	9,8 %
Hamburg	187	0	2	0	11	0	0	174	0	7,0 %
Hessen	609	0	31	3	93	14	3	465	0	20,9 %
Mecklenburg- Vorpommern	46	0	0	0	3	2	0	41	0	6,5 %
Niedersachsen	419	6	38	2	72	25	2	274	0	28,2 %
Nordrhein- Westfalen	736	1	27	0	34	32	9	630	3	8,4 %
Rheinland-Pfalz	147	0	0	1	19	3	3	121	0	13,6 %
Saarland	18	0	1	0	5	0	0	12	0	33,3 %
Sachsen	118	0	5	0	15	0	1	97	0	16,9 %
Sachsen-Anhalt	66	0	2	0	0	1	1	62	0	3,0 %
Schleswig- Holstein	199	0	7	0	8	2	0	182	0	7,5 %
Thüringen	61	0	1	0	2	2	0	56	0	4,9 %
Unbekannt	2	0	0	0	0	0	1	1	0	0,0 %

Gerichtsentscheidungen und Aufhebungsquote bei Asylklagen										
Äthiopien Jahr 2022	Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam. Asyl	(GFK) Flüchtlingsschutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot gem. § 60V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr./of- fens. unbegr.)	Kein weiteres Verfahren	Formelle Verfahrenserledigungen	Abschiebungsandrohung	Aufhebungsquote
Länder gesamt	1.421	0	39	12	208	617	102	443	0	18,2 %
davon:										
Baden- Württemberg	34	0	2	2	7	11	2	10	0	32,4 %
Bayern	855	0	10	2	142	406	73	222	0	18,0 %
Berlin	6	0	0	1	2	1	0	2	0	50,0 %
Brandenburg	17	0	1	1	2	7	0	6	0	23,5 %
Bremen	6	0	1	0	0	0	0	5	0	16,7 %
Hamburg	12	0	0	0	0	5	0	7	0	0,0 %
Hessen	314	0	13	0	21	134	10	136	0	10,8 %
Mecklenburg- Vorpommern	16	0	0	0	0	5	5	6	0	0,0 %
Niedersachsen	35	0	0	2	10	10	1	12	0	34,3 %
Nordrhein- Westfalen	37	0	4	2	7	14	1	9	0	35,1 %
Rheinland- Pfalz	20	0	0	0	5	5	4	6	0	25,0 %
Saarland	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0,0 %
Sachsen	39	0	7	2	7	12	1	10	0	41,0 %
Sachsen-An- halt	12	0	0	0	5	2	2	3	0	41,7 %
Schleswig- Holstein	14	0	1	0	0	4	3	6	0	7,1 %
Thüringen	3	0	0	0	0	1	0	2	0	0,0 %



Gerichtsentscheidungen und Aufhebungsquote bei Asylklagen										
Irak Jahr 2022	Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingsschutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot gem. § 60V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr./of- fens. unbegr.)	Kein weiteres Verfahren	Formelle Verfahrenserledigungen	Abschiebungsandrohung	Aufhebungsquote
Länder gesamt	10.126	0	280	177	972	3.937	428	4.328	4	14,1 %
davon:										
Baden- Württemberg	1.054	0	40	18	263	311	33	387	2	30,5 %
Bayern	1.588	0	12	7	49	788	84	648	0	4,3 %
Berlin	867	0	30	10	110	429	14	274	0	17,3 %
Brandenburg	108	0	2	0	0	15	3	88	0	1,9 %
Bremen	99	0	6	9	13	27	3	41	0	28,3 %
Hamburg	212	0	1	3	14	43	11	140	0	8,5 %
Hessen	591	0	5	13	75	208	29	261	0	15,7 %
Mecklenburg- Vorpommern	215	0	2	3	15	117	22	56	0	9,3 %
Niedersachsen	1.398	0	89	20	114	612	45	518	0	16,0 %
Nordrhein- Westfalen	2.206	0	50	24	157	781	97	1.097	0	10,5 %
Rheinland- Pfalz	268	0	2	0	23	148	19	75	1	9,3 %
Saarland	39	0	5	1	0	29	0	4	0	15,4 %
Sachsen	544	0	19	40	42	171	21	251	0	18,6 %
Sachsen-An- halt	135	0	3	4	33	25	9	61	0	29,6 %
Schleswig- Holstein	486	0	8	12	27	143	35	261	0	9,7 %
Thüringen	313	0	6	13	37	90	3	163	1	17,9 %
Unbekannt	3	0	0	0	0	0	0	3	0	0,0 %

Gerichtsentscheidungen und Aufhebungsquote bei Asylklagen										
Irak 01.01. – 31.05.2023	Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingsschutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot gem. § 60V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr./of- fens. unbegr.)	Kein weiteres Verfahren	Formelle Verfahrenserledigungen	Abschiebungsandrohung	Aufhebungsquote
Länder gesamt	4.720	0	70	27	273	1.744	161	2.429	16	7,8 %
davon:										
Baden- Württemberg	312	0	3	3	16	84	5	201	0	7,1 %
Bayern	811	0	2	3	21	421	27	331	6	3,2 %
Berlin	274	0	5	2	33	116	1	117	0	14,6 %
Brandenburg	131	0	0	0	1	36	1	92	1	0,8 %
Bremen	23	0	1	1	1	11	0	9	0	13,0 %
Hamburg	97	0	0	0	1	40	4	51	1	1,0 %
Hessen	264	0	2	5	19	87	13	138	0	9,8 %
Mecklenburg- Vorpommern	94	0	0	1	10	25	11	47	0	11,7 %
Niedersachsen	681	0	21	1	59	222	16	362	0	11,9 %
Nordrhein- Westfalen	1.071	0	15	3	53	310	48	640	2	6,6 %
Rheinland- Pfalz	167	0	0	0	7	98	4	52	6	4,2 %
Saarland	18	0	0	2	0	9	0	7	0	11,1 %
Sachsen	263	0	12	2	22	125	1	101	0	13,7 %
Sachsen-An- halt	96	0	3	2	4	16	5	66	0	9,4 %
Schleswig- Holstein	271	0	3	0	2	94	24	148	0	1,8 %
Thüringen	147	0	3	2	24	50	1	67	0	19,7 %

Gerichtsentscheidungen und Aufhebungsquote bei Asylklagen										
Iran Jahr 2022	Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingsschutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot gem. § 60V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr./of- fens. unbegr.)	Kein weiteres Verfahren	Formelle Verfahrenserledigungen	Abschiebungsandrohung	Aufhebungsquote
Länder gesamt	6.255	77	1.537	66	98	2.286	228	1.957	6	28,4 %
davon:										
Baden- Württemberg	571	10	146	6	17	195	16	180	1	31,3 %
Bayern	650	5	117	6	9	291	38	184	0	21,1 %
Berlin	339	1	29	2	4	145	13	144	1	10,6 %
Brandenburg	255	1	115	0	1	92	1	45	0	45,9 %
Bremen	128	12	48	0	7	16	1	44	0	52,3 %
Hamburg	372	1	90	3	13	76	3	186	0	28,8 %
Hessen	627	5	117	18	5	236	35	208	3	23,1 %
Mecklenburg- Vorpommern	152	2	14	3	0	90	7	36	0	12,5 %
Niedersachsen	638	5	310	5	14	154	10	140	0	52,4 %
Nordrhein- Westfalen	1.439	24	313	18	17	539	46	482	0	25,9 %
Rheinland- Pfalz	193	0	23	1	6	71	18	73	1	15,5 %
Saarland	18	0	15	0	1	0	0	2	0	88,9 %
Sachsen	110	7	40	0	0	17	2	44	0	42,7 %
Sachsen-An- halt	185	4	52	3	1	48	5	72	0	32,4 %
Schleswig- Holstein	359	0	40	0	2	214	27	76	0	11,7 %
Thüringen	218	0	68	1	1	102	6	40	0	32,1 %
Unbekannt	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0,0 %

Gerichtsentscheidungen und Aufhebungsquote bei Asylklagen										
Iran 01.01. – 31.05.2023	Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingsschutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot gem. § 60V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr./of- fens. unbegr.)	Kein weiteres Verfahren	Formelle Verfahrenserledigungen	Abschiebungsandrohung	Aufhebungsquote
Länder gesamt	2.027	23	504	15	19	471	43	952	0	27,7 %
davon:										
Baden- Württemberg	90	1	23	1	1	17	3	44	0	28,9 %
Bayern	224	3	29	5	1	64	8	114	0	17,0 %
Berlin	140	0	14	0	2	39	4	81	0	11,4 %
Brandenburg	141	0	52	3	1	55	0	30	0	39,7 %
Bremen	79	2	43	0	0	4	0	30	0	57,0 %
Hamburg	116	0	45	4	4	5	0	58	0	45,7 %
Hessen	179	2	50	0	5	43	2	77	0	31,8 %
Mecklenburg- Vorpommern	37	0	2	0	0	17	1	17	0	5,4 %
Niedersachsen	189	0	66	0	1	32	5	85	0	35,4 %
Nordrhein- Westfalen	595	12	138	2	4	140	11	288	0	26,2 %
Rheinland- Pfalz	51	0	7	0	0	17	1	26	0	13,7 %
Saarland	2	0	2	0	0	0	0	0	0	100,0 %
Sachsen	53	2	7	0	0	3	1	40	0	17,0 %
Sachsen-An- halt	67	1	19	0	0	18	6	23	0	29,9 %
Schleswig- Holstein	24	0	0	0	0	0	0	24	0	0,0 %
Thüringen	40	0	7	0	0	17	1	15	0	17,5 %

Gerichtsentscheidungen und Aufhebungsquote bei Asylklagen										
Nigeria Jahr 2022	Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam. Asyl	(GFK) Flüchtlingsschutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot gem. § 60V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr./of- fens. unbegr.)	Kein weiteres Verfahren	Formelle Verfahrenserledigungen	Abschiebungsandrohung	Aufhebungsquote
Länder gesamt	6.143	5	63	9	485	2.747	450	2.373	11	9,1 %
davon:										
Baden- Württemberg	1.745	2	32	2	160	805	118	623	3	11,2 %
Bayern	2.120	0	11	2	140	1.000	191	776	0	7,2 %
Berlin	20	0	0	0	2	2	1	15	0	10,0 %
Brandenburg	37	0	0	0	0	6	1	30	0	0,0 %
Bremen	72	0	1	0	7	18	3	43	0	11,1 %
Hamburg	36	0	0	0	0	14	0	22	0	0,0 %
Hessen	291	0	0	1	35	95	2	158	0	12,4 %
Mecklenburg- Vorpommern	52	0	1	0	0	19	8	24	0	1,9 %
Niedersachsen	136	0	1	0	10	62	9	54	0	8,1 %
Nordrhein- Westfalen	1.252	3	14	4	119	526	59	520	7	11,2 %
Rheinland- Pfalz	149	0	0	0	1	95	27	25	1	0,7 %
Saarland	2	0	0	0	0	1	0	1	0	0,0 %
Sachsen	77	0	0	0	7	29	9	32	0	9,1 %
Sachsen-An- halt	29	0	0	0	3	11	4	11	0	10,3 %
Schleswig- Holstein	80	0	3	0	0	35	17	25	0	3,8 %
Thüringen	45	0	0	0	1	29	1	14	0	2,2 %

Gerichtsentscheidungen und Aufhebungsquote bei Asylklagen										
Nigeria 01.01. – 31.05.2023	Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingsschutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot gem. § 60V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr./of- fens. unbegr.)	Kein weiteres Verfahren	Formelle Verfahrenserledigungen	Abschiebungsandrohung	Aufhebungsquote
Länder gesamt	1.918	9	22	1	155	745	154	830	2	9,7 %
davon:										
Baden- Württemberg	422	8	9	0	74	174	23	132	2	21,6 %
Bayern	629	0	3	0	36	235	67	288	0	6,2 %
Berlin	38	1	2	0	3	10	2	20	0	15,8 %
Brandenburg	19	0	0	0	0	4	10	5	0	0,0 %
Bremen	26	0	0	1	2	15	0	8	0	11,5 %
Hamburg	7	0	0	0	0	0	0	7	0	0,0 %
Hessen	65	0	0	0	4	35	2	24	0	6,2 %
Mecklenburg- Vorpommern	8	0	0	0	0	5	0	3	0	0,0 %
Niedersachsen	121	0	5	0	10	54	9	43	0	12,4 %
Nordrhein- Westfalen	476	0	2	0	22	176	23	253	0	5,0 %
Rheinland- Pfalz	34	0	0	0	0	17	10	7	0	0,0 %
Saarland	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0,0 %
Sachsen	40	0	0	0	1	12	4	23	0	2,5 %
Sachsen-An- halt	8	0	0	0	2	2	0	4	0	25,0 %
Schleswig- Holstein	16	0	1	0	1	2	3	9	0	12,5 %
Thüringen	8	0	0	0	0	4	0	4	0	0,0 %

Gerichtsentscheidungen und Aufhebungsquote bei Asylklagen										
Pakistan Jahr 2022	Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam. Asyl	(GFK) Flüchtlingsschutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot gem. § 60V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr./of- fens. unbegr.)	Kein weiteres Verfahren	Formelle Verfahrenserledigungen	Abschiebungsandrohung	Aufhebungsquote
Länder gesamt	2.632	13	358	8	89	893	210	1.057	4	17,8 %
davon:										
Baden- Württemberg	204	1	14	1	11	83	38	55	1	13,2 %
Bayern	107	0	2	0	2	25	14	64	0	3,7 %
Berlin	201	0	15	0	16	103	6	61	0	15,4 %
Brandenburg	124	1	2	0	11	51	8	50	1	11,3 %
Bremen	2	0	0	0	0	0	0	2	0	0,0 %
Hamburg	8	0	1	0	2	1	0	4	0	37,5 %
Hessen	505	1	97	4	12	191	46	154	0	22,6 %
Mecklenburg- Vorpommern	2	0	1	0	0	1	0	0	0	50,0 %
Niedersachsen	128	0	32	0	8	37	7	43	1	31,3 %
Nordrhein- Westfalen	568	3	76	1	16	185	29	257	1	16,9 %
Rheinland- Pfalz	410	1	88	2	6	94	25	194	0	23,7 %
Saarland	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0,0 %
Sachsen	362	6	30	0	5	120	36	165	0	11,3 %
Sachsen-An- halt	9	0	0	0	0	1	1	7	0	0,0 %
Schleswig- Holstein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0,0 %
Thüringen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0,0 %
Unbekannt	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0,0 %



Gerichtsentscheidungen und Aufhebungsquote bei Asylklagen										
Russische Föderation Jahr 2022	Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingsschutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot gem. § 60V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr./of- fens. unbegr.)	Kein weiteres Verfahren	Formelle Verfahrenserledigungen	Abschiebungsandrohung	Aufhebungsquote
Länder gesamt	4.224	60	100	91	151	1.629	328	1.853	12	9,5 %
davon:										
Baden- Württemberg	171	0	0	9	17	46	21	74	4	15,2 %
Bayern	609	4	5	5	2	64	34	495	0	2,6 %
Berlin	340	17	15	15	8	111	8	166	0	16,2 %
Brandenburg	1.195	1	29	50	49	646	60	360	0	10,8 %
Bremen	54	1	0	0	1	27	7	18	0	3,7 %
Hamburg	46	0	1	0	0	10	1	34	0	2,2 %
Hessen	99	20	4	0	5	10	10	50	0	29,3 %
Mecklenburg- Vorpommern	104	0	0	0	3	42	11	48	0	2,9 %
Niedersachsen	346	1	4	0	4	177	62	98	0	2,6 %
Nordrhein- Westfalen	319	0	15	5	20	122	13	144	0	12,5 %
Rheinland- Pfalz	59	0	2	0	1	19	20	17	0	5,1 %
Saarland	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0,0 %
Sachsen	343	12	18	6	40	103	36	121	7	22,2 %
Sachsen-An- halt	83	0	2	0	0	30	13	38	0	2,4 %
Schleswig- Holstein	291	0	4	1	0	156	26	103	1	1,7 %
Thüringen	165	4	1	0	1	66	6	87	0	3,6 %

Gerichtsentscheidungen und Aufhebungsquote bei Asylklagen										
Russische Föderation 01.01. – 31.05.2023	Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingsschutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot gem. § 60V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr./of- fens. unbegr.)	Kein weiteres Verfahren	Formelle Verfahrenserledigungen	Abschiebungsandrohung	Aufhebungsquote
Länder gesamt	1.712	13	28	44	53	632	94	848	0	8,1 %
davon:										
Baden- Württemberg	65	2	1	12	1	13	1	35	0	24,6 %
Bayern	105	0	0	4	0	22	3	76	0	3,8 %
Berlin	126	1	3	5	1	17	4	95	0	7,9 %
Brandenburg	632	0	5	13	8	312	19	275	0	4,1 %
Bremen	16	0	1	0	0	7	4	4	0	6,3 %
Hamburg	33	0	0	0	2	9	1	21	0	6,1 %
Hessen	29	3	0	0	0	0	6	20	0	10,3 %
Mecklenburg- Vorpommern	78	0	2	0	6	19	12	39	0	10,3 %
Niedersachsen	87	0	0	0	4	50	3	30	0	4,6 %
Nordrhein- Westfalen	200	7	6	0	10	71	6	100	0	11,5 %
Rheinland-Pfalz	20	0	0	0	0	1	6	13	0	0,0 %
Saarland	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0,0 %
Sachsen	99	0	7	0	17	18	8	49	0	24,2 %
Sachsen-Anhalt	32	0	1	0	1	5	6	19	0	6,3 %
Schleswig- Holstein	173	0	1	10	3	85	10	64	0	8,1 %
Thüringen	15	0	1	0	0	3	5	6	0	6,7 %
Unbekannt	2	0	0	0	0	0	0	2	0	0,0 %

Gerichtsentscheidungen und Aufhebungsquote bei Asylklagen										
Somalia Jahr 2022	Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingsschutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot gem. § 60V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr./of- fens. unbegr.)	Kein weiteres Verfahren	Formelle Verfahrenserledigungen	Abschiebungsandrohung	Aufhebungsquote
Länder gesamt	2.070	1	71	76	375	315	118	1.109	5	25,3 %
davon:										
Baden- Württemberg	181	0	6	8	30	23	14	100	0	24,3 %
Bayern	253	0	7	2	24	41	15	164	0	13,0 %
Berlin	56	0	9	3	9	2	0	33	0	37,5 %
Brandenburg	156	0	6	46	15	6	4	79	0	42,9 %
Bremen	52	0	0	0	6	2	0	44	0	11,5 %
Hamburg	85	0	1	0	18	27	4	35	0	22,4 %
Hessen	388	1	14	0	100	60	7	205	1	29,6 %
Mecklenburg- Vorpommern	45	0	0	0	0	12	19	11	3	0,0 %
Niedersachsen	119	0	9	6	35	12	4	53	0	42,0 %
Nordrhein- Westfalen	395	0	12	6	83	68	11	215	0	25,6 %
Rheinland- Pfalz	177	0	5	3	23	33	23	89	1	17,5 %
Saarland	6	0	0	0	6	0	0	0	0	100,0 %
Sachsen	44	0	0	0	4	13	3	24	0	9,1 %
Sachsen-An- halt	48	0	1	0	8	9	6	24	0	18,8 %
Schleswig- Holstein	40	0	0	0	9	6	6	19	0	22,5 %
Thüringen	25	0	1	2	5	1	2	14	0	32,0 %

Gerichtsentscheidungen und Aufhebungsquote bei Asylklagen										
Somalia 01.01. – 31.05.2023	Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingsschutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot gem. § 60V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr./of- fens. unbegr.)	Kein weiteres Verfahren	Formelle Verfahrenserledigungen	Abschiebungsandrohung	Aufhebungsquote
Länder gesamt	750	1	20	30	121	134	21	422	1	22,9 %
davon:										
Baden- Württemberg	40	0	4	3	8	4	0	21	0	37,5 %
Bayern	71	0	0	1	10	16	2	42	0	15,5 %
Berlin	30	0	2	3	4	2	1	18	0	30,0 %
Brandenburg	60	0	3	11	4	10	1	31	0	30,0 %
Bremen	12	0	1	1	6	1	0	3	0	66,7 %
Hamburg	48	0	0	0	4	21	4	19	0	8,3 %
Hessen	149	0	3	1	36	29	3	76	1	26,8 %
Mecklenburg- Vorpommern	7	0	0	0	0	0	1	6	0	0,0 %
Niedersachsen	58	0	0	0	15	10	1	32	0	25,9 %
Nordrhein- Westfalen	153	1	5	9	18	19	5	96	0	21,6 %
Rheinland- Pfalz	95	0	2	1	13	17	1	61	0	16,8 %
Saarland	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0,0 %
Sachsen	6	0	0	0	1	1	0	4	0	16,7 %
Sachsen-An- halt	8	0	0	0	0	0	0	8	0	0,0 %
Schleswig- Holstein	10	0	0	0	2	2	1	5	0	20,0 %
Thüringen	3	0	0	0	0	2	1	0	0	0,0 %

Gerichtsentscheidungen und Aufhebungsquote bei Asylklagen										
Türkei Jahr 2022	Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam. Asyl	(GFK) Flüchtlingsschutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot gem. § 60V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr./of- fens. unbegr.)	Kein weiteres Verfahren	Formelle Verfahrenserledigungen	Abschiebungsandrohung	Aufhebungsquote
Länder gesamt	5.533	190	572	30	83	2.447	152	2.055	4	15,8 %
davon:										
Baden- Württemberg	946	21	111	5	21	466	35	283	4	16,7 %
Bayern	455	4	20	0	9	210	28	184	0	7,3 %
Berlin	481	21	59	1	2	210	6	182	0	17,3 %
Brandenburg	122	8	9	2	3	46	1	53	0	18,0 %
Bremen	63	0	7	5	4	10	0	37	0	25,4 %
Hamburg	221	2	31	0	5	98	0	85	0	17,2 %
Hessen	732	24	78	2	5	309	10	304	0	14,9 %
Mecklenburg- Vorpommern	74	5	7	2	0	33	2	25	0	18,9 %
Niedersachsen	501	9	47	1	26	212	12	194	0	16,6 %
Nordrhein- Westfalen	968	74	129	9	2	371	23	360	0	22,1 %
Rheinland- Pfalz	301	1	8	0	2	196	15	79	0	3,7 %
Saarland	64	1	9	0	1	31	0	22	0	17,2 %
Sachsen	153	2	11	0	1	62	1	76	0	9,2 %
Sachsen-An- halt	140	3	20	0	0	58	10	49	0	16,4 %
Schleswig- Holstein	120	2	10	1	2	46	8	51	0	12,5 %
Thüringen	181	13	16	2	0	89	1	60	0	17,1 %
Unbekannt	11	0	0	0	0	0	0	11	0	0,0 %

Gerichtsentscheidungen und Aufhebungsquote bei Asylklagen										
Türkei 01.01. – 31.05.2023	Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingsschutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot gem. § 60V/VII AufenthaltG	Ablehnungen (unbegr./of- fens. unbegr.)	Kein weiteres Verfahren	Formelle Verfahrenserledigungen	Abschiebungsandrohung	Aufhebungsquote
Länder gesamt	2.993	49	270	8	38	1.113	76	1.439	0	12,2 %
davon:										
Baden- Württemberg	356	5	39	0	6	111	7	188	0	14,0 %
Bayern	284	3	6	0	0	93	10	172	0	3,2 %
Berlin	265	7	11	0	2	117	12	116	0	7,5 %
Brandenburg	86	4	13	0	0	35	0	34	0	19,8 %
Bremen	65	0	13	0	1	12	1	38	0	21,5 %
Hamburg	104	0	10	0	11	39	2	42	0	20,2 %
Hessen	386	2	47	1	2	126	1	207	0	13,5 %
Mecklenburg- Vorpommern	47	0	2	0	0	17	0	28	0	4,3 %
Niedersachsen	282	4	24	4	5	103	8	134	0	13,1 %
Nordrhein- Westfalen	506	19	75	2	7	150	15	238	0	20,4 %
Rheinland-Pfalz	150	0	4	0	0	99	5	42	0	2,7 %
Saarland	25	0	2	0	2	5	1	15	0	16,0 %
Sachsen	114	0	7	0	1	46	1	59	0	7,0 %
Sachsen-Anhalt	56	0	2	1	0	27	4	22	0	5,4 %
Schleswig- Holstein	206	4	9	0	0	113	9	71	0	6,3 %
Thüringen	56	1	6	0	1	20	0	28	0	14,3 %
Unbekannt	5	0	0	0	0	0	0	5	0	0,0 %

22. Wie viele Asylanhörungen gab es im ersten Halbjahr 2023 (bitte nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Anhörungen 1. Halbjahr 2023	Anzahl
Gesamt	93.026
darunter:	
Syrien	34.468
Afghanistan	16.068

Anhörungen 1. Halbjahr 2023	Anzahl
Türkei	9.854
Iran	3.594
Irak	3.296
Georgien	3.007
Russische Föderation	1.940
Somalia	1.364
Ungeklärt	1.328
Venezuela	1.274
Eritrea	1.055
Pakistan	833
Nordmazedonien	818
Indien	783
Guinea	744

23. Wie viele Amtshilfeersuchen in Form von Anfragen in Asyl- und Rückführungsangelegenheiten hat das BAMF in den Jahren 2019, 2020, 2021, 2022 und im bisherigen Jahr 2023 an das Auswärtige Amt gestellt (bitte nach Jahren und den zehn wichtigsten Herkunftsländern aufschlüsseln)?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden (Länder mit zehn Fällen oder weniger wurden aus Datenschutzgründen nicht gesondert aufgeführt).

2019			2020		
Nr.	Land	Anzahl	Nr.	Land	Anzahl
1.	Türkei	429	1.	Iran	54
2.	Iran	138	2.	Afghanistan	33
3.	Aserbaidschan	43	3.	Türkei	33
4.	Russische Föderation	43	4.	Syrien	29
5.	Irak	32	5.	Aserbaidschan	28
6.	Guinea	25	6.	Indien	22
7.	Nigeria	25	7.	Ägypten	21
8.	Afghanistan	23	8.	Jordanien	20
9.	Ägypten	23	9.	Russische Föderation	17
10.	Pakistan	22	10.	Jemen	14
	Gesamt alle Länder	1.119		Gesamt alle Länder	450

2021			2022		
Nr.	Land	Anzahl	Nr.	Land	Anzahl
1.	Iran	35	1.	Irak	12

2021			2022		
Nr.	Land	Anzahl	Nr.	Land	Anzahl
2.	Afghanistan	17	2.	Syrien	11
3.	Indien	16			
4.	Libanon	13			
5.	Russische Föderation	11			
	übrige Staaten haben 10 oder weniger Fälle			übrige Staaten haben 10 oder weniger Fälle	
	Gesamt alle Länder	215		Gesamt alle Länder	151

Vom 1. Januar bis 25. Juli 2023 gab es 52 Amtshilfeersuchen im Sinne der Fragestellung. Betroffen waren 32 Staatsangehörigkeiten mit ausschließlich kleinen einstelligen Fallzahlen (drei oder weniger).

- a) Wie viele Amtshilfeersuchen in Form von Anfragen in Asyl- und Rückführungsangelegenheiten haben die Verwaltungsgerichte in den Jahren 2019, 2020, 2021 2022 und im bisherigen Jahr 2023 an das Auswärtige Amt gestellt (bitte nach Jahren und den zehn wichtigsten Herkunftsländern aufschlüsseln)?

Eine statistische Erfassung von Amtshilfeersuchen der Verwaltungsgerichte in Asyl- und Rückführungsangelegenheiten an das Auswärtige Amt erfolgt nicht.

- b) Wie ist die derzeitige Praxis des BAMF bzw. der Gerichte in Bezug auf die Türkei zur Überprüfung von Angaben in Asyl- und Rückführungsangelegenheiten (vgl. Bundestagsdrucksachen 19/16825 und 19/31392; bitte ausführen)?

Zur Praxis des BAMF wird auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 14 der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 19/26758 verwiesen. Zur Praxis der Gerichte liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse vor.

24. Wie viele Erst- und Folgeanträge (bitte differenzieren) wurden von Asylsuchenden aus Serbien, Kosovo, Mazedonien, Montenegro, Albanien und Bosnien-Herzegowina im ersten Halbjahr 2023 gestellt (bitte jeweils auch den prozentualen Anteil der Roma-Angehörigen nennen), und wie wurden diese Asylanträge jeweils mit welchem Ergebnis beschieden?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

Herkunftsland	1. Halbjahr 2023			Entscheidungen über Asylanträge						
	Asylanträge gesamt	davon Erstanträge	davon Folgeanträge	insgesamt	Anerkennungen als Asylberechtigte (Art. 16a GG und Famil. asyl)	Gewährung von Flüchtlingsschutz gem. § 3 I AsylG	Gewährung von subsidiärem Schutz gem § 4 I AsylG	Feststellung eines Abschiebungsverbot gem. § 60 V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr. abgel./offens. unbegr. abgel.)	sonstige Verfahrenserledigungen
Serbien	1.984	1.100	884	1.813	-	-	3	-	887	923
davon Roma	1.744	917	827	1.610	-	-	1	-	769	840
Kosovo	381	185	196	334	-	1	-	1	125	207

Herkunftsland	1. Halbjahr 2023			Entscheidungen über Asylanträge						
	Asylanträge gesamt	davon Erstanträge	davon Folgeanträge	insgesamt	Anerkennungen als Asylberechtigte (Art. 16a GG und Famil. asyl)	Gewährung von Flüchtl.-schutz gem. § 3 I AsylG	Gewährung von subsidiärem Schutz gem § 4 I AsylG	Feststellung eines Abschiebungsverbotes gem. § 60 V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr. abgel./offens. unbegr. abgel.)	sonstige Verfahrenserledigungen
davon Roma	195	67	128	189	-	-	-	-	55	134
Nordmazedonien	3.241	1.720	1.521	3.351	-	1	-	-	1.574	1.776
davon Roma	2.099	1.035	1.064	2.086	-	-	-	-	960	1.126
Montenegro	144	73	71	123	-	-	1	2	49	71
davon Roma	97	39	58	91	-	-	-	1	35	55
Albanien	1.132	794	338	1.101	-	2	2	5	686	406
davon Roma	270	129	141	381	-	-	1	-	212	168
Bosnien und Herzegowina	610	334	276	561	-	1	-	1	219	340
davon Roma	498	245	253	442	-	1	-	1	166	274

25. Welche aktuellen Informationen gibt es zur Personalsituation, Personalentwicklung und Personalplanung im BAMF (bitte auch spezifische Angaben zu den Bereichen Asylprüfung, Widerrufsprüfung, Dublin-Verfahren, Qualitätssicherung und Prozessvertretung machen; bitte wie in der Antwort zu Frage 20 auf Bundestagsdrucksache 20/5709 angeben)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Personal-Einsatz ausgewählter Bereiche in VZÄ (Vollzeitäquivalente)				
	eD/mD	gD	hD	Summe
Asyl (ohne Widerruf)*	1.146,4	1.064,8	46,0	2.257,2
Widerrufsprüfung*	51,8	54,0	3,5	109,2
Prozess gesamt	152,3	188,6	33,6	374,5
dezentral*	142,3	180,3	17,2	339,9
zentral **	10,0	8,3	16,4	34,6
QS gesamt	40,1	117,2	14,5	171,8
dezentral*	32,0	88,5	7,1	127,6
zentral **	8,1	28,7	7,4	44,2
Dublin gesamt	152,8	179,3	10,4	342,5
dezentral (Dublinzentren)*	61,5	101,3	1,5	164,3
Dublinreferate **	91,3	78,0	8,9	178,2
*gemäß Personal-Ist Abfrage KW27 (03.07. – 07.07.2023)				
** gemäß ZSD Stand 01.07.2023				
Personal-Einsatz durch Leiharbeitnehmende im mD in VZÄ zur temporären Verstärkung des Asylbereichs*				

Personal-Einsatz ausgewählter Bereiche in VZÄ (Vollzeitäquivalente)				
	eD/mD	gD	hD	Summe
	Summe			
Asyl (ohne Widerruf)**	228,8			
Widerrufsprüfung**	0,0			
Prozess**	11,7			
QS**	0,0			
Dublin**	18,9			
*Die Leiharbeitnehmenden sind in der darüberliegenden Tabelle „Personal-Einsatz ausgewählte Bereiche“ nicht inbegriffen, da es sich bei diesen nicht um originäre Mitarbeitende des BAMF handelt.				
**gemäß Personal-Ist Abfrage KW27 (03.07. – 07.07.2023)				
Vakante Stellen in VZÄ (Stand: 01.07.2023)				
	mD	gD	hD	
Prozess zentral	0,0	0,0	5,5	
QS zentral	0,0	6,3	1,1	
Dublin	56,2	46,2	5,6	
Soll in VZÄ (Stand: 01.07.2023)				
	mD	gD	hD	
Prozess zentral	10,0	7,0	21,9	
QS zentral	8,0	35,0	8,5	
Dublin	209,0	225,5	16,0	

#### Personalplanung:

Asyl und Widerruf: Aktuell sind 77 VZÄ im mD und 117 VZÄ im gD in Ausschreibung.

Prozess: Aktuell sind 13 VZÄ im gD in Ausschreibung.

QS zentral: Aktuell ist 1 VZÄ im mD in Ausschreibung.

Dublin: Aktuell sind 4 VZÄ im mD und 14 VZÄ im gD in Ausschreibung.

Die zukünftige Personalplanung für den operativen Bereich hängt maßgeblich von den künftigen Aufgabenschwerpunkten ab. Eine verbindliche Aussage kann deshalb zum jetzigen Zeitpunkt nicht getroffen werden.

26. Wie viele Einreise- und Aufenthaltsverbote hat das BAMF im ersten Halbjahr 2023 gegenüber abgelehnten Asylsuchenden mit welcher Begründung erlassen (bitte nach den zehn wichtigsten Herkunftsländern differenzieren), und in wie vielen Fällen wurde in diesem Zeitraum ein Schutzstatus an Asylsuchende mit einem Wiedereinreiseverbot erteilt (bitte nach Status und wichtigsten Herkunftsstaaten differenzieren)?

Angaben zu vom BAMF erlassenen Einreise- und Aufenthaltsverboten können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

01.01. - 30.06.2023	Entscheidungen zu § 11 II AufenthG	Entscheidungen zu § 11 VII AufenthG	Entscheidungen mit Aufenthalts- und Wiedereinreiseverboten (§ 11 II und/oder § 11 VII AufenthG)
Gesamt	52.049	4.859	53.467
darunter			
Syrien	5.754	3	5.756
Afghanistan	5.335	3	5.338
Türkei	7.816	14	7.830
Iran	2.244	13	2.257
Irak	4.881	20	4.900
Georgien	4.025	44	4.064
Russische Föderation	2.268	8	2.276
Somalia	339	4	343
Eritrea	198	0	198
Ungeklärt	760	5	763

27. In wie vielen Fällen wurde das BAMF im ersten Halbjahr 2023 bei der Prüfung zielstaatsbezogener Abschiebungshindernisse nach § 72 Absatz 2 AufenthG im Auftrag der Ausländerbehörden welcher Bundesländer mit welchem Ergebnis beteiligt (bitte auch nach den zehn wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Angaben zur Beteiligung des BAMF bei der Prüfung zielstaatsbezogener Abschiebungshindernisse nach § 72 Absatz 2 AufenthG können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

1. Halbjahr 2023	Stellungnahmen gem. § 72 II AufenthG	davon positiv	davon negativ	davon sonstige (Abbruch u. a.)
Gesamt	1.537	163	797	577
darunter:				
Baden-Württemberg	137	7	58	72
Bayern	90	26	17	47
Berlin	784	35	542	207
Brandenburg	12	3	3	6
Bremen	1	1		
Hamburg	85	12	23	50
Hessen	61	11	19	31
Mecklenburg-Vorpommern	32	10	18	4
Niedersachsen	62	7	13	42
Nordrhein-Westfalen	155	25	59	71
Rheinland-Pfalz	14	3	4	7
Saarland	4			4
Sachsen	35	11	10	14
Sachsen-Anhalt	9	3	5	1
Schleswig-Holstein	39	6	18	15
Thüringen	17	3	8	6

1. Halbjahr 2023	Stellungnahmen gem. § 72 II AufenthG	davon positiv	davon negativ	davon sonstige (Abbruch u. a.)
Gesamt	1.537	163	797	577
darunter:				
Syrien	43	21	1	21
Afghanistan	85	25	8	52
Türkei	34	1	22	11
Iran	84	3	12	69
Irak	24	4	8	12
Georgien	10	1	6	3
Russische Föderation	40	6	5	29
Somalia	20	15	0	5
Eritrea	4	3	0	1
Ungeklärt	21	5	6	10

28. Welche Angaben für das erste Halbjahr 2023 lassen sich zu überprüfen (vor allem: Ausweis-)Dokumenten und zum Anteil ge- oder verfälschter Dokumente Asylsuchender machen (bitte zum Vergleich auch die Anzahl der „beanstandeten“ Dokumente angeben und nach den zehn wichtigsten Hauptherkunftsländern differenzieren)?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

1. Halbjahr 2023	Geprüfte Dokumente	Dokumente ohne Beanstandung	Nicht abschließend bewertbare Dokumente	beanstandete Dokumente	Anteil der beanstandeten Dokumente in %
Gesamt	130.119	120.699	6.701	2.719	2,1
darunter					
Syrien	54.731	51.648	1.743	1.340	2,4
Afghanistan	22.062	20.010	923	511	2,3
Türkei	12.174	11.868	246	60	0,5
Iran	6.110	5.936	128	46	0,8
Irak	7.080	6.464	395	221	3,1
Georgien	4.795	4.240	526	29	0,6
Russische Föd.	3.362	3.264	82	16	0,5
Somalia	513	386	109	18	3,5
Eritrea	1.527	1.390	112	25	1,6
Ungeklärt	1.695	1.695			0,0

29. Welche Mittel in welcher Höhe wurden an wie viele Asylsuchende oder abgelehnte Asylsuchende (bitte auch nach den zehn wichtigsten Zielländern differenzieren) nach dem „StarthilfePlus“-Programm im ersten Halbjahr 2023 ausgezahlt?

Aus den nachfolgenden Tabellen sind diejenigen Mittel ersichtlich, die den jeweils relevanten Personenkreisen im Jahr 2023 bewilligt und nach Ausreise auch ausgezahlt wurden.

Hinweise:

- 1) Zur Statistikauswertung:

Die nachfolgende Kategorie „Asylsuchende“ umfasst bereits anerkannte ehemalige Asylsuchende sowie Asylsuchende im laufenden Verfahren (zum Zeitpunkt der Antragstellung). Nicht dargestellt werden Personen, die keinen Asylantrag gestellt haben und so genannte „Altfälle“, d. h. Fälle jeweils vorangegangener Jahre, für die nachträglich Leistungen abgerechnet worden sind. Die Darstellung erfolgt nach den jeweils zehn zahlenmäßig relevantesten Zielländern, bezogen auf die Anzahl aller Asylsuchenden. Die Zahlenwerte sind jeweils noch vorläufig, werden kontinuierlich aktualisiert und liegen erst mit der jeweils abschließenden Erstellung des Verwendungsnachweises endgültig vor.

- 2) Zur Einordnung der Zahlenwerte:

Aufgrund der Programmlogik des StarthilfePlus-Programms spiegeln die Auszahlungen in einem Halbjahr notwendigerweise nicht die Zahl der im betreffenden Zeitraum durch das Programm unterstützten Personen wider, da Auszahlungen innerhalb von maximal sechs Monaten nach Bewilligung und Ausreise nicht den Regelfall abbilden. Daher sind im Folgenden ergänzend (und abweichend zu der sonst üblichen Darstellungsform) diejenigen Zahlenwerte von Personen aufgeführt, die im Jahr 2022 nach Bewilligung ausgereist sind und im ersten Halbjahr 2023 Auszahlungen erhalten haben (Tabelle 2).

StarthilfePlus 2023 – Ausreisen 2023 – Auszahlungen 1. Halbjahr 2023					
Zielland	Art	Personen	Barauszahlung	Sachleistung	Gesamt (in Euro)
Iran	Asylsuchende	13	14.000,00	0,00	14.000,00
	abgelehnte Asylsuchende	18	18.999,44	0,00	18.999,44
Georgien	Asylsuchende	0	0,00	0,00	0,00
	abgelehnte Asylsuchende	22	6.498,90	0,00	6.498,90
Aserbaidschan	Asylsuchende	17	14.532,18	0,00	14.532,18
	abgelehnte Asylsuchende	<10	4.000,00	0,00	4.000,00
Libanon	Asylsuchende	<10	6.048,87	0,00	6.048,87
	abgelehnte Asylsuchende	10	11.063,33	0,00	11.063,33
Tadschikistan	Asylsuchende	<10	0,00	4.988,76	4.988,76
	abgelehnte Asylsuchende	<10	0,00	5.972,44	5.972,44
Türkei	Asylsuchende	<10	3.200,00	0,00	3.200,00
	abgelehnte Asylsuchende	<10	1.800,00	0,00	1.800,00
Serbien	Asylsuchende	0	0,00	0,00	0,00

StarthilfePlus 2023 – Ausreisen 2023 – Auszahlungen 1. Halbjahr 2023					
Zielland	Art	Personen	Barauszahlung	Sachleistung	Gesamt (in Euro)
	abgelehnte Asyl-suchende	<10	1.500,01	0,00	1.500,01
Bosnien-Herzeg.	Asylsuchende	0	0,00	0,00	0,00
	abgelehnte Asyl-suchende	<10	1.000,00	0,00	1.000,00
Montenegro	Asylsuchende	0	0,00	0,00	0,00
	abgelehnte Asyl-suchende	<10	1.000,00	1.620,00	2.620,00
Albanien	Asylsuchende	0	0,00	0,00	0,00
	abgelehnte Asyl-suchende	<10	500,00	0,00	500,00
Gesamt Top10	Asylsuchende	49	37.781,05	4.988,76	42.769,81
	abgelehnte Asyl-suchende	76	46.361,68	7.592,44	53.954,12
	Gesamt	125	84.142,73	12.581,20	96.723,93
Alle Staatsangehörig-keiten	Asylsuchende	49	37.781,05	4.988,76	42.769,81
	abgelehnte Asyl-suchende	77	46.861,37	7.592,44	54.453,81
	Gesamt	126	84.642,42	12.581,20	97.223,62

StarthilfePlus 2022 – Ausreisen 2022 – Auszahlungen 1. Halbjahr 2023					
Zielland	Art	Personen	Barauszahlung	Sachleistung	Gesamt (in Euro)
Irak	Asylsuchende	184	129.500,00	0,00	129.500,00
	abgelehnte Asyl-suchende	252	190.000,00	0,00	190.000,00
Russ. Föderation	Asylsuchende	32	19.000,00	0,00	19.000,00
	abgelehnte Asyl-suchende	110	120.500,00	0,00	120.500,00
Algerien	Asylsuchende	31	32.009,24	0,00	32.009,24
	abgelehnte Asyl-suchende	32	28.014,39	0,00	28.014,39
China	Asylsuchende	<10	5.000,00	0,00	5.000,00
	abgelehnte Asyl-suchende	56	85.000,00	0,00	85.000,00
Armenien	Asylsuchende	11	0,00	11.126,47	11.126,47
	abgelehnte Asyl-suchende	41	6.999,99	38.453,64	45.453,63
Aserbajdschan	Asylsuchende	17	0,00	13.024,48	13.024,48
	abgelehnte Asyl-suchende	31	4.000	26.669,00	30.669,00
Pakistan	Asylsuchende	<10	13.958,71	0,00	13.958,71
	abgelehnte Asyl-suchende	36	38.351,40	0,00	38.351,40
Nigeria	Asylsuchende	<10	5.050,54	0,00	5.050,54
	abgelehnte Asyl-suchende	35	30.739,23	0,00	30.739,23

StarthilfePlus 2022 – Ausreisen 2022 – Auszahlungen 1. Halbjahr 2023					
Zielland	Art	Personen	Barauszahlung	Sachleistung	Gesamt (in Euro)
Georgien	Asylsuchende	0	0,00	0,00	0,00
	abgelehnte Asylsuchende	36	4.999,23	13.962,42	18.961,65
Türkei	Asylsuchende	12	961,81	10.989,49	11.951,30
	abgelehnte Asylsuchende	20	2.499,99	17.770,08	20.270,07
Gesamt Top10	Asylsuchende	305	205.480,30	35.140,44	240.620,74
	abgelehnte Asylsuchende	649	511.104,23	96.855,14	607.959,37
	Gesamt	954	716.584,53	131.995,58	848.580,11
Alle Länder	Asylsuchende	356	236.609,63	51.209,04	287.818,67
	abgelehnte Asylsuchende	896	645.673,79	149.367,95	795.041,74
	Gesamt	1.252	882.283,42	200.576,99	1.082.860,41

Quelle: Internationale Organisation für Migration (IOM). Aus Datenschutzgründen hat IOM Herkunftsländer mit weniger als zehn unterstützten Ausreisen nicht näher aufgeschlüsselt.

30. Welche Projekte werden in Deutschland aktuell mit Mitteln aus dem Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) gefördert (bitte nach Bundesländern auflisten)?

In Deutschland werden mit Stand vom 26. Juli 2023 zwei Projekte mit Mitteln des Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) 2014 bis 2020 gefördert (beide NRW) und 44 mit Mitteln des AMIF 2021 bis 2027. Die Verteilung auf die Länder für den AMIF 2021 bis 2027 kann der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

SPEZIFISCHES ZIEL	Land	Gesamt- ausgaben	Fördersumme	Anzahl Pro- jekte
1 – Gemeinsames Euro- päisches Asylsystem:	Baden-Württemberg	3.821.641,44	3.312.094,06	3
	Bayern	2.293.251,19	1.897.766,89	2
	Berlin	3.286.602,14	2.624.552,30	2
	Mecklenburg-Vorpommern	652.045,50	586.840,95	1
	Niedersachsen	2.019.981,96	1.817.982,99	1
	Rheinland-Pfalz	4.211.571,51	3.158.678,63	1
1 – Gesamt SZ 1		16.285.093,74	13.397.915,82	10

SPEZIFISCHES ZIEL	Land	Gesamt- ausgaben	Fördersumme	Anzahl Pro- jekte
2 – Legale Migration / Integration	Bayern	16.757.556,91	15.031.482,83	4
	Berlin	21.338.953,37	19.193.182,38	7
	Bremen	793.270,68	709.875,19	1
	Hamburg	622.681,69	559.681,69	1
	Mecklenburg-Vorpommern	833.254,05	749.921,05	1
	Niedersachsen	7.040.185,46	6.336.080,43	5
	Nordrhein-Westfalen	6.253.340,67	5.606.707,30	5
	Rheinland-Pfalz	785.926,58	707.285,90	1
	Sachsen-Anhalt	6.599.114,08	5.920.905,94	2
	Schleswig-Holstein	1.241.227,63	991.155,26	2
	Thüringen	3.118.535,57	2.806.682,01	1
2 – Gesamt SZ 2		65.384.046,69	58.612.959,98	30
3 – Bekämpfung irreguläre Migration / Rückkehr / Reintegration	Baden-Württemberg	1.724.888,22	1.552.278,36	2
	Thüringen	1.150.910,83	1.035.244,29	1
3 – Gesamt SZ 3		2.875.799,05	2.587.522,65	3
4 – Solidarität	Bayern	3.229.266,89	3.229.266,89	1
4 – Gesamt SZ 4		3.229.266,89	3.229.266,89	1
Gesamt – Auswertung		87.774.206,37	77.827.665,34	44